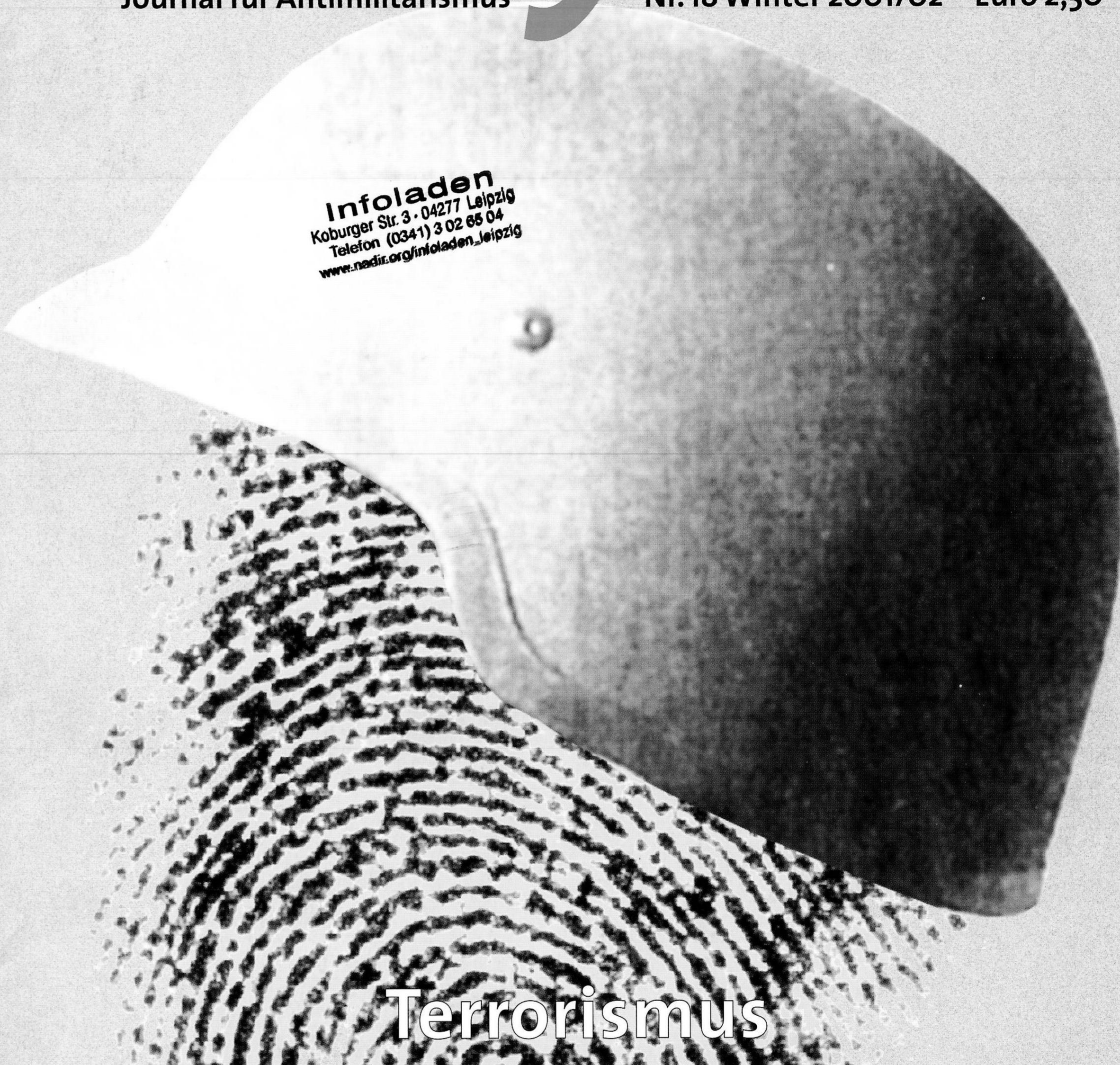
# illoyal

Journal für Antimilitarismus Nr. 18 Winter 2001/02 · Euro 2,50

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig



# Terrorismus und innere Sicherheit

***Überwachung gesichert • Völkerrechtsbruch garantiert***
***Bundeswehr involviert***

# Inhalt


3 Worte zum Quartal

## Terrorismus und innere Sicherheit

4 »Wünsch Dir was...« Das World Trade Center als Security Shopping Mall *(Volker Eick)*
7 Frosch im heißen Wasser *(Matthias Brüstle)*
10 Wider die Besessenheit, Probleme militärisch zu lösen. Terrorismus und Völkerrecht *(Gerhard Stuby)*
14 Sprung auf, marsch marsch. Dabeisein ist alles *(Ralf Siemens)*
16 Islamismus in Südasien: Das »Revivalist Movement« *(Torsten Otto)*

## Berichte

19 News
21 Erfüllte Hoffnungen oder Ernüchterung am Kap? Friedlicher Wandel in Südafrika. *(Jochen Neumann)*
24 Vom massenhaften gegenseitigen Töten *(Sabine Schaaf)*
24 Männliches Schläferpotential *(Rosa Bölts)*
26 Jesus als Truppenbetreuer – auch nach 2003 *(Hans-Jochen Vogel)*
28 In der Rüstung sind sie fix... Sozialabbau und Aufrüstung *(Anne Rieger)*
31 Eindrücke aus der Türkei nach dem 11.09.2001 *(Poyraz)*

## Rezension

33 Mehmet im Krieg *(Ulrike Gramann)*

## Totale Kriegsdienstverweigerung

34 Brief aus dem Arrest *(Malik Sharif)*

## Innenansichten

35 Bombodrom Wittstock: Zweite Halbzeit hat begonnen ! *(FREIe HEIDe)*
38 Eine Adresse, an der vieles zusammenläuft *(Friedenskooperative Bonn)*
40 Preußenjahr 2001 – Ein Reinfall geht baden *(Kampagne Potsdam)*

## Service

41 Aktuelle Änderungen im Wehrpflichtgesetz *(Michael Behrendt)*
43 Kontakt und Termine



IMPRESSUM
Herausgeber: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin
Tel. 0 30 / 44 01 30-28 · Fax 0 30 / 44 01 30-29 · E-Mail: illoyal@kampagne.de · Internet: www.illoyal.de

Redaktion: Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.), Sabine Schaaf, Ralf Siemens · Mitarbeit: Undine Schneider
Für die Fotos auf den Seiten 4 bis 17 danken wir www.arbeiterfotografie.com.
Redaktionsschluß 6. Dezember 2001.
Die veröffentlichten Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor. Nachdruck einzelner Beiträge, auch auszugsweise, wird gern gesehen, und zwar in Absprache mit der Redaktion und unter Nennung der Quelle sowie Zusendung von Belegexemplaren.
Gestaltung: Marc Berger · Karikatur: Andreas Otto · Druck: agit

Bezug: *illoyal* erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder des Vereins Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: Euro 2,50 zuzüglich Porto. Jahresabonnement: Euro 12,50 inklusive Versand. ISSN: 1434-2871

# Worte zum Quartal

## *Liebe Leser und Leserinnen,*

unser Schwerpunktthema »Terrorismus und innere Sicherheit«, *illoyal* wie allen anderen aufgenötigt durch die aktuellen politischen Entwicklungen, erweist sich als überraschend zeitlos: Im Gefolge des »Kriegs gegen den Terrorismus« werden Pläne umgesetzt, die längst in den Schubladen der Innen-, Außen- und Verteidigungspolitiker lagen. Volker Eick berichtet, wie im Namen von Sicherheit für Freiheit und Demokratie exakt jene Bürgerrechte abgebaut werden, die durch die »Anti-Terrorpakete« vorgeblich geschützt werden sollen.
Der Völkerrechtler Gerhard Stuby hat für *illoyal* das ebenfalls nicht erst seit dem 11. September 2001 aktuelle Thema beleuchtet, was den »Terrorismus« vom Befreiungskampf unterscheidet und welche Anstrengungen bisher in den UN unternommen wurden, sich auch nur über eine Definition des Begriffes zu einigen, von wirkungsvollen kollektiven Gegenmaßnahmen ganz zu schweigen. Übrigens gehörte die US-Regierung in den UN nicht unbedingt zu den Vorreitern, wenn es um eine internationale Gerichtsbarkeit, der auch Terroristen unterliegen würden, ging. Aber wir wollen nicht den Eindruck erwecken, der Krieg »gegen den Terror«, der möglicherweise beim Erscheinen dieses Hefts nach Afghanistan schon das nächste Land und damit notwendig auch die nächsten ZivilistInnen trifft, sei allein Sache der USA. Deshalb kommentiert Ralf Siemens für *illoyal* die Beteiligung in der Bundeswehr. Torsten Otto dagegen wendet sich der vermeintlichen Gegenseite zu und beschreibt eine der radikalen und islamistischen unter den zahlreichen Strömungen des Islams.

Indessen scheint bei den Bundestagsabgeordneten von Bündnis90/Die Grünen ein gewisser Automatismus eingetreten zu sein. Fragt der Kanzler, ob sie ihm vertrauen oder ob er lieber mit der FDP in den Krieg ziehen soll, sind sie eher für den Krieg als gegen die Teilhabe an der Macht. Wie es sich fügt, sind die Taliban ja Frauenhasser, da pulverisieren die Grünen doch gleich zwei Fliegen mit einer Missile, Koalition gerettet und für die grüne »Querschnittsaufgabe« gibt es auch einen Pluspunkt.
Ausgewählte Alibi-Abgeordnete aus vermeintlich sicheren Wahlkreisen dürfen ablehnen, solange keine kritische Masse erreicht wird. Der Rest geht in die innere Emigration oder versendet E-Mails an die einstigen MitstreiterInnen, in denen erklärt wird, warum das Gewissen schon wieder mal eine Ausnahme zuließ.

Wer gegen den Krieg ist, kann die meist aggressiv vorgetragene Frage »Was würdest du denn machen?« inzwischen mitsingen. Aber die Antwort fällt in der Tat nicht leicht. Ein Beispiel der gewaltfreien Konfliktbearbeitung ist die friedliche Beendigung der Apartheid in Südafrika. Daß der Euphorie Ernüchterung folgt, wenn der tiefgreifende soziale Wandel ausbleibt, zeigt Jochen Neumann. Auch in den Köpfen der Akteure muß sich etwas wandeln. Rosa Bölts und Sabine Schaaf besuchten eine Tagung über das »massenhafte Töten im Krieg« und fragten einen Mann, was in den Köpfen bewaffneter Männer vorgeht.

Ihnen und uns wünschen wir kritische Gedanken, eine wache Aufmerksamkeit, Lust am Lesen und Freude am Widerspruch

Ihre Redaktion *illoyal*

*Karikatur: Andreas Otto*

# WÜNSCH DIR WAS -

## Das World Trade Center als Security Shopping Mall

*»Ich habe Anlaß zu der Feststellung, daß diese Gesamtkonzeption von Bund und Ländern nicht etwa, wie man heute gelegentlich in den Zeitungen lesen konnte, das Ergebnis der Besorgnis aus den Terrorakten der letzten Monate ist, sondern das Ergebnis langwieriger, sehr gründlicher, objektiver und leidenschaftsloser Beratungen von Innenministern aller demokratischen Parteien, die sich ihrer Gesamtverantwortung für die innere Sicherheit unseres Landes gestellt haben.« (1)*

Das wäre ein leidlich offenes Wort für das, was wir heute zu den Maßnahmen aus den Otto-Katalogen I und II des Bundesinnenministeriums (BMI) sagen können. Nicht aber Otto Schily, sondern der damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher sprach 1972 unter Verweis auf die Einführung eines neuen Waffen- und Haftrechts, von neuen Bundesgrenzschutz-, Bundeskriminalamts- und Geheimdienstgesetzen von eben diesen »leidenschaftslosen Beratungen«.

So zeigt dieses Zitat überdeutlich, daß und wie sehr wir es mit rechtsstaatlich-reaktionären Rumpftraditionen (west)deutscher Wirklichkeit zu tun haben, wenn bei sich bietender Gelegenheit polizeilich präventiv Bürgerrechte demontiert werden können. Wenn aktuell und legitimatorisch lamentiert wird, nach dem 11. September könne die Welt nicht mehr so sein wie zuvor, dann trifft diese ideologische Leerformel weder die Wirklichkeit angeblicher Ayatollah-Amateurpiloten amerikanischer Airlines oder ihrer Auftraggeber, noch erfordern die zu fliegenden Präzisionsbomben pervertierten Passagiermaschinen, die in das World Trade Center in New York City und das Pentagon in Washington D.C. einschlugen, ein neues Weltbild. Vielmehr ist zu erkennen, daß sich Gesetz- und Rechtlosigkeit der neoliberalen Globalisierung im Innern – »mit freundlicher Unterstützung der ›Zivilgesellschaft‹« (Joachim Hirsch) – reproduziert. Denn die Auguren allumfassenden Angstmanagements bedienen sich im Gegenteil altbackener Argumentationen, um als »turbanlose Ayatollahs des heimischen Fundamentalismus« (Mike Davis) zur Liquidierung sie belastender Bürgerrechte beizutragen.
Die Luftangriffe auf das World Trade Center in New York City und das Pentagon in Washington D.C. waren ein krimineller Akt und kein Beitrag zur Befreiung von irgendeiner Form von Unterdrückung. Daß dies auch für die derzeit als »Gegenmaßnahmen« gehandelten Aktivitäten Innerer Sicherheit in der Bundesrepublik gilt, ist hier das tragende Argument – sie stellen keinen Beitrag zum Schutz vor (terroristischer) Bedrohung dar.

### *In »uneingeschränkter Solidarität« gegen Bürgerrechte*

Das aber wird uns gebetsmühlenartig immer wieder aufs Neue vorgetragen: »Die neue Dimension des Terrorismus und dessen internationale Ausprägung stellen die Sicherheitsbehörden vor neue, schwere Aufgaben. [...] Die gemeinsame Aufgabe aller staatlichen Kräfte muß es sein, dieser Bedrohung mit geeigneten Schutzmaßnahmen entgegen zu treten«, heißt es zur Begründung des Sicherheitspakets II durch das Bundesinnenministerium. (2) Doch genau von diesen »geeigneten Schutzmaßnahmen« ist nichts zu sehen.

Nachdem bereits im Sicherheitspaket I das Religionsprivileg abgeschafft, die Einführung eines § 129b auf den Weg gebracht und bundeseinheitliche Sicherheitsüberprüfungen für Bodenpersonal auf Flughäfen durchgesetzt sowie aus der GSG 9 rekrutierte Sky Marshalls eingesetzt wurden, stehen in den nächsten Wochen Änderungen bzw. Neuerungen in nahezu allen Sicherheitsgesetzen in Rede – oder eben gerade nicht, denn alle Gesetzentwürfe wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit entworfen.
Es sprengt den Rahmen dieses Beitrages, die auf mehr als 200 Seiten aufbereiteten Maßnahmen – mit derzeit geschätzten Kosten von 664 Mio. Mark allein im BMI – aufzulisten; es können hier nur einige genannt werden. (3)

### *Knapp vorbei an der Gestapo...*

Knapp an der Gestapo vorbei, bekommen das Bundeskriminalamt (BKA) und die diversen Geheimdienste weitere Datenaustausch- und Ermittlungsbefugnisse – so darf das BKA »Daten zur Ergänzung vorhandener Sachverhalte oder sonst zu Zwecken der Auswertung [...] erheben«; (4) auch verdeckte Ermittler, die nicht Mitarbeiter des BKA sind, dürfen technische Mittel zur Überwachung einsetzen, was einem kommerziellen Lauschangriff gleichkommt. Erleichtert wird auch der Datenaustausch zwischen Sozialleistungsträgern, Ausländer- und Asylbehörden, Polizei, Bundesgrenzschutz (BGS), BKA, Zoll

*(1) Hans-Dietrich Genscher, Bundestagsrede vom 22. Juni 1972, Bonn, S. 11467.*
*(2) Bundesministerium des Innern 2001: Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) vom 29. Oktober 2001, Berlin, S. 1.*
*(3) Eine längere Auseinandersetzung mit den als »Anti-Terror-Paketen« bezeichneten Maßnahmen erscheint in einer Sondernummer der ProKla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft; weitere Informationen und Stellungnahmen finden sich unter: www.cilip.de*
*(4) Bundesministerium des Innern 2001, S. 2; vgl. Fn. 2.*

# Terrorismus & innere Sicherheit

*Köln 13.9. 2001: Mahnwache gegen Vergeltung (Foto: Arbeiterfotografie)*

und Geheimdiensten. Der Verfassungsschutz wird zukünftig alle Daten von Finanz- und Postdienstleistungsunternehmen, von Luftverkehrsunternehmen, von Anbietern von Telekommunikationsdiensten und Telediensten unentgeltlich abfragen sowie zur Überwachung und Ortung von Mobiltelefonen sogenannte IMSI-Catcher einsetzen können. Auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) und der Bundesnachrichtendienst (BND) erhalten entsprechende Befugnisse.

Durfte bislang schon der BGS in einem 30 Kilometer langen Grenzstreifen verdachtsunabhängig Kontrollen durchführen, soll dieses Gebiet zukünftig auf 50 Kilometer im Küstenbereich ausgeweitet werden. So wird der Zuständigkeitsbereich des BGS massiv ausgeweitet und könnte – wird das Bundesinnenministerium dazu ermächtigt, das Seegebiet auch über die 50 Kilometerzone hinaus auszudehnen – die flächendeckende Kontrolle von Hamburg, Rostock, Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven übernehmen. Damit ist Schily dem bereits von seinem Vorgänger, Manfred Kanther, gehegten Wunsch nach einer eigenen Bundespolizei einen weiteren Schritt nähergekommen.
Darüber hinaus soll es dem BGS zukünftig auch möglich sein, nicht nur wie bisher Personen anzuhalten und zu befragen, sondern auch ihre Ausweispapiere zu kontrollieren. Bisher sind von verdachtsunabhängigen Kontrollen vor allem Migranten betroffen, denn der BGS geht nahezu ausnahmslos nach rassistischen Kriterien vor – nahezu, denn auch Trebekids in Bahnhofsbereichen, Obdachlose auf dem Gelände der S- und Fernbahn, Punks und Obdachlose haben alle schon intensive Erfahrungen mit der Bundespolizei im Aufbau gemacht. (5) In Hinblick auf die jüngsten Vorstöße aus dem Hause Schily gegen Migranten hat sich der BGS in den vergangenen zehn Jahren so auch von einer Grenz- zur Sippenpolizei gemausert.

***»Schlafsaal BRD« – die rassistische Seite der Otto-Kataloge***

Geplant sind des weiteren – und zunächst nur für Nicht-Deutsche – Einfügungen biometrischer Merkmale in Personaldokumente (Paß, Personalausweis, Aufenthaltsgenehmigung, Visa).
Überhaupt liegt der Schwerpunkt der insgesamt 87 neuen oder geänderten Paragraphen auf Maßnahmen gegen Migranten. Insbesondere mit den uneingeschränkten Auskunftserlaubnissen der Geheimdienste und Polizeidienststellen sollen die Asylbehörden »ihre Kenntnisse aus den Asylanträgen personenbezogen an den Inlandsgeheimdienst weitergeben, ohne jede rechtsstaatliche Sicherung, ja ohne ein Verbot der Weitergabe an Geheimdienste der Verfolgerstaaten«, wie die Deutsche Vereinigung für Datenschutz zusammenfaßte. (6)
Zusammen mit der Regelung des § 129b, der nun auch Organisationen und Personen im Ausland unter bundesrepublikanische Kuratel stellen und damit zu »Terroristen« machen kann. In dieser – völkerrechtlich bedenklichen – Logik wären dann Nelson Mandela und der ANC, aber auch CIA- und BND-Mitarbeiter wegen ihrer Unterstützung von Usama Bin Laden während der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion als »Terroristen« abzuurteilen. Für die um ihr Leben und ihre Freiheit kämpfenden Gruppen in den Unrechts-Regimes dieser Welt wie für Flüchtlinge aus diesen Ländern eine mörderische Entwicklung bundesrepublikanischer Rechtsstaatlichkeit.

Vor dem 11. September konnte man Schläfer nicht von attraktiven, auf dem Weg nach Deutschland befindlichen Green-Card-Aspiranten unterscheiden, und es ist nicht recht ersichtlich, was sich daran geändert haben sollte. Legaler Aufenthaltsstatus, männlich, islamischen Glaubens, ordnungsgemäße Immatrikulation, womöglich mit herausragenden Noten in technischen Studienfächern, so

*(5) Eick, Volker 1998: Der deutsche Bahnhof – Zentrale oder Filiale der panoptischen Stadt des 21. Jahrhunderts? Aktuelle Sicherheitsdiskussionen, -strategien und -praxen bei und im »Umfeld« der Deutschen Bahn AG (unter: www.big-brother-award.de/2000/.gov/add.html), Frankfurt/M.*
*(6) Deutsche Vereinigung für Datenschutz (Hrsg.) 2001: Pressemitteilung vom 2. November 2001, Bonn/Berlin.*

lauten die für beide Gruppen bekannt (geworden)-en Kriterien.
Mehr noch: Wer sich als Nicht-Deutscher die Forderung nach Assimilation in die bundesrepublikanische Mehrheitsgesellschaft zu eigen gemacht hatte – eine Forderung immerhin, die von Konservativen über Sozialdemokraten bis hin zu Bündnis90/Die Grünen unisono vorgetragen wurde und wird -, sieht sich nun mit dem Vorwurf einer subtilen Form der Unterwanderung dieser Mehrheitsgesellschaft konfrontiert: Schläfer. Daß sich in der gegenwärtigen Debatte kaum eine politisch verantwortliche Stimme vernehmen läßt, die sich den ausländerpolizeilichen Neuregelungen und Sondergesetzen entgegenstellen mag, darf im Wortsinn als beredtes Schweigen gelten. Der Demographie geschuldet, wurden die Fakten und wurde Deutschland als Einwanderungsland zur Kenntnis genommen, wahrhaben mochte das keiner, und so mutiert es (über Nacht) – zum riesigen Schlafsaal.

Schon jetzt gibt es – neben der Hetze gegen kriegskritische Bundestagsabgeordnete, die wie Aussätzige behandelt werden – die ersten Opfer auch im Innern. So werden in den Brandenburger Asylbewerberlagern seit den Anschlägen keine Urlaubsscheine mehr ausgestellt, (7) in Sachsen verlor eine Lehrkraft ihren Arbeitsplatz, weil sie die Anschläge mit der Außenpolitik der USA in Verbindung gebracht und von einem »Denkzettel« für die USA gesprochen haben soll; die Liste ließe sich beliebig verlängern. So wurde dem Lüdenscheider Metin S., der die betrieblich angemahnte Schweigeminute am 13. September anläßlich der Anschläge verweigerte, mit Billigung des Betriebsrats fristlos gekündigt; Otto Schily sprach von »wirklich schlimmen antiamerikanischen Entgleisungen in gewissen intellektuellen Kreisen«, die den Krieg gegen Afghanistan kritisiert hatten und kritisierte die »mangelnde Wehrhaftigkeit der deutschen Gesellschaft« – an den Ausschluß der PDS-Bundestagsfraktion aus den Kanzlerrunden bei Fragen zu Militäreinsätzen sei erinnert. (8)

### *Allzweck-«Terror«: Die europäische Dimension*

Da es derzeit eine einheitliche Terrorismusdefinition auf EU-Ebene nicht gibt, (9) die der Vereinheitlichung der unterschiedlichen Rechtsrahmen dienen kann – einige Staaten kennen die Rechtsfigur der »terroristischen Vereinigung« überhaupt nicht –, nahm die Europäische Kommission die Auseinandersetzungen in Göteborg und Genua zum Anlaß, sich an einer aktualisierten Definition zu versuchen. So heißt es im »Proposal for a Council Framework Decision« unter Artikel 3 (Terrorist Offences) bereits am 19. September, terroristische Angriffe können definiert werden als Angriffe,

»intentionally committed by an individual or a group against one or more countries, their institutions or people with the aim of intimidating them seriously altering or destroying the political, economic, or social structures of a country.« (10)
In einer Erläuterung zu Artikel 3 heißt es anlaßbezogen durchaus konsequent, man habe sich unter Terrorismus auch »acts of urban violence« vorzustellen. (11)
Mit dieser Definition liegt der Vorschlag damit auf einer Linie mit dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der sein Diktum von der »Überlegenheit unserer westlichen Zivilisation« mit der unverhohlenen Drohung würzte, es gebe »eine auffällige Übereinstimmung zwischen diesen Aktionen« – gemeint waren die Anschläge vom 11. September – »und der Bewegung der Globalisierungsgegner«. (12) Ehrhart Körting (SPD), bis vor kurzem Interimsinnensenator in Berlin, rechnete nach den Angriffen auf Afghanistan »mit gewalttätigen Ausschreitungen in der Bundeshauptstadt.« Es sei, so zitiert ihn die Nachrichtenagentur AFP am 8. Oktober, »zu befürchten, daß es zu Gewalttätigkeiten von Linksautonomen oder von islamistischen Gruppen komme.«
Der Berliner Schulsenator Klaus Böger drohte Schülern, die gegen die Bombenangriffe demonstrierten, es gebe »eine klare Weisung, an Schulen nicht zu Demonstrationen aufzurufen«; CDU-Schulexperte Stefan Schlede wurde mit Blick auf eine von sogenannten Globalisierungsgegnern angekündigte Demonstration noch deutlicher: »Ich weiß, daß Teile der Landesschülervertretung antiamerikanisch eingestellt sind«. (13)

### *Globale Mobilmachung: »Cui bono?«*

In den Sicherheitspaketen kommt ein Trend zur Rezentralisierung (geheim)polizeilicher Kompetenzen und Aufrüstung der Apparate zum Ausdruck, der vorrangig rassistisch konnotiert ist – nicht deutsch zu sein, wird zum Verbrechen. Mehr noch: Alle sollen immer und überall verdächtig und verfügbar gemacht und gehalten werden.
Vor dem Hintergrund dessen, daß George W. Bush von einem langjährigen Kreuzzug, einem langandauernden Feldzug spricht, der Kanzler nicht von Krieg, wohl aber von einem langanhaltenden Kampf, fragt sich, ob mehr dahinter steckt, als nur das Abarbeiten einer langgehegten Wunschliste. Unübersehbar ist, daß sich in den vergangenen 15 Jahren die neoliberale Restrukturierung – von den Reaganomics über den Thatcherism bis zur Kohlschen Wende – vor allem ökonomisch vollzog und vollzieht. Daß aber ein derartiger, rein ökonomi(sti)scher Restrukturierungsprozeß ohne eine entsprechende politische Einbettung zu Instabilitäten führt, wird mittlerweile evident.
Es ist daher, so sehr die Formierung nach innen als Business as usual daherkommt, kaum zu übersehen, daß sich die (National)Staaten zielgerichtet ein umfangreiches Arsenal anzulegen beginnen, mit dem sie, in der BRD kofinanziert aus nikotingetränkten Kriegssteuern, jedweden Protest und Widerstand stillsetzen können. Es ist, wenn auch letztlich nur als historischer Fußnote, Bündnis90/Die Grünen zu danken, daß sich dieser Prozeß zivilgesellschaftlich vorbildlich vollzieht.

*Volker Eick*

*(7) Aus den Flüchtlingsheimen in Prenzlau, Potsdam, Rathenow und Neuruppin berichten Hilfsorganisationen von dieser Praxis, die auf eine Anordnung des brandenburgischen Innenministeriums zurückgeht; damit sind seit dem 12. September – nicht nur für Flüchtlinge aus arabischen Herkunftsländern – weder Reisen zur Begegnung mit Freunden noch zu Rechtsanwälten möglich.*
*(8) Vgl. Berliner Zeitung vom 21.9. und 22.10. sowie FAZ vom 10.10.2001.*
*(9) Zu den bundesrepublikanischen Bemühungen vgl. zuletzt Hirschmann, Kai 2001: Das Phänomen »Terrorismus«: Entwicklungen und neue Herausforderungen, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.) 2001: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Mittler Verlag, Hamburg/Berlin/Bonn, S. 453-482.*
*(10) Commission of the European Communities (Ed.) 2001: Proposal for a Council Framework Decision on Combating Terrorism (19.9.2001), Brussels, S. 17.*
*(11) Vgl. Fn 10, S. 9.*
*(12) Braun, Michael: Silvio, mach uns das Abendland. Berlusconi spricht von der »Überlegenheit unserer Zivilisation«, in: die tageszeitung, 28. September 2001, S.4.*
*(13) Wedekind, Olaf: Anti-Amerika-Flugblätter an Schulen aufgetaucht. Senator will hart durchgreifen, in: BZ vom 11. Oktober 2001, S. 6.*

# Frosch im heißen Wasser

*»They that can give up essential liberty to obtain a little temporary safety deserve neither liberty nor safety.«*

*Benjamin Franklin (1706-1790)*

Wird ein Frosch in heißes Wasser gesetzt, bemerkt er, daß sein Leben bedroht ist und versucht zu entkommen. Setzt man ihn dagegen in kaltes Wasser und erhitzt es langsam, merkt er nichts, bis es zu spät ist. Man kann das auch »Salamitaktik« nennen: Scheibchenweise wird die Öffentlichkeit an Überwachung gewöhnt.

***Echelon, Enfopol, Europol***

»Echelon« ist der Name des größten weltweiten Spionagenetzwerkes unter der Leitung der US-amerikanischen National Security Agency (NSA).(1) Der Neuseeländer Nick Hager veröffentlichte seine Erkenntnisse über Echelon in dem Buch »Secret Power«. An Echelon beteiligt sind außer den USA noch Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland. Auf jedem der fünf Kontinente werden Abhörstationen betrieben, eine davon auch in Deutschland, in Bad Aibling. Es werden Richtfunkstrecken, Funkanlagen, Unterseekabel, Satelliten, Internet etc. abgehört und mit Computern analysiert. Das Ergebnis soll eine von Menschen verarbeitbare Datenmenge sein.

Auch in Europa entwickelten sich Begehrlichkeiten nach umfassender Datenüberwachung. 1998 wurde ein geheimes Dokument mit dem Titel »Enfopol 98« veröffentlicht.(2) Enfopol steht für »Enforcement Police«. Dieses Dokument wurde in der europäischen Arbeitsgruppe K4 »Polizeiliche Zusammenarbeit« ausgearbeitet und fordert für die »gesetzlich ermächtigten Behörden« den »Zugriff auf den gesamten Fernmeldeverkehr«: auf Mobilfunk, Festnetztelefonie, Pager, Voicemail, E-Mails, World Wide Web, FTP, Newsgroups, Chats... Aus diesen Plänen wurde glücklicherweise bis jetzt nichts, vermutlich wegen der rechtzeitigen Veröffentlichung dieses Dokumentes.

In der EU gibt es aber noch die Europol.(2) Diese Europäische Polizei besitzt noch keine Exekutivrechte, darf aber praktisch ungehindert Daten herumschieben. Sie unterliegt keiner Kontrolle durch Parlamente oder Richter. Dafür sind die Europol-Beamten immun, d.h., sie können nicht für Verbrechen verfolgt werden. Sie dürfen u.a. Daten über Lebensweise, Religion, sexuelle Gewohnheiten und Orientierung von Straftätern, Verdächtigen, potentiellen Straftätern, tatsächlichen oder möglichen Zeugen, tatsächlichen oder möglichen Opfern und Risikogruppen sammeln. Quellen können selbstverständlich auch Polizeiquellen im außereuropäischen Ausland sein, wobei es durchaus möglich ist, daß die Informationen durch Folter gewonnen wurden. Der Datenschutz wird mit Füßen getreten. Übrigens wurde bei Europol auch die Salamitaktik angewandt: Europol fing 1994 als Europäische Drogeneinheit an, dann kamen die Verfolgung des der Handels mit radioaktivem Material, der Schleuserkriminalität, der Geldwäsche, des Terrorismus etc. hinzu.

Every move you make
Every bond you break
Every step you take

Every single day
Every word you say
Every night you stay

Every vow you break
Every smile you fake
Every claim you stake

I'll be watching you

(Police)

***Kryptographie und Kopierschutz***

Kryptographie, die Verschlüsselung von Daten, ist ein wichtiges Hilfsmittel zum Schutze vor kriminellen Aktivitäten, vor Spionage und auch vor staatlicher Überwachung. Gerade aufgrund des letzten Punktes war die Kryptographie dem Staat schon immer ein Dorn im Auge. In vielen Staaten gibt es Einschränkungen bei der Nutzung kryptographischer Produkte und bei ihrem Im- und Export.(3) Teilweise sind Verbesserungen zu beobachten, so wurde z.B. in Frankreich die zulässige Schlüssellänge vergrößert. (Eine größere Schlüssellänge erhöht die Datensicherheit.) Es gibt aber auch Verschlechterungen, wie das Gesetz »Regulation of Investigatory Powers Act 2000« (RIP) des Vereinigten Königreiches.(4) Dies stellt die Nicht-Herausgabe von Schlüsseln für verschlüsselte Daten unter Strafe. Ein Verstoß kann mit bis zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe bestraft werden.

Ein der Kryptographie verwandter Bereich ist der Kopierschutz. Ein diesbezügliches Gesetz, das viel Beachtung gefunden hat, ist der Digital Millenium Copyright Act (DMCA) der USA. Dieses Gesetz stellt die Verbreitung von Werkzeugen und Informatio-

*(1) www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/default.html; Nick Hager; Secret Power; Craig Potton: Nelson, 1996.*
*(2) Christiane Schulzki-Haddouti (Hrsg.), Vom Ende der Anonymität – Die Globalisierung der Überwachung; Heinz Heise: Hannover, 2001. Lance J. Hoffman (Ed.); Building in Big Brother – The Cryptographic Policy Debate; Springer: New York, 1995. Erich Schmidt-Eenboom, Jo Angerer; Die schmutzigen Geschäfte der Wirtschaftsspione; ECON: Düsseldorf, 1994. Nick Hager; Secret Power; Craig Potton: Nelson, 1996.*
*(3) http://cwis.kub.nl/~frw/people/koops/lawsurvy.htm*
*(4) www.fipr.org/rip/*

nen zum Umgehen von Kopierschutzvorkehrungen unter Strafe. Das Gesetz für den Kopierschutz kann sich gegen diejenigen wenden, die Kopierschutz einsetzen, weil es keine Aussage über die Qualität des Kopierschutzes erlaubt. Das Recht auf »fair use« wird eingeschränkt. Dieses »fair use«-Recht ist auf Anwenderseite, und da kann Kopierschutz nur hinderlich sein. Es ist auch nicht genau abgrenzbar, was ein Werkzeug zur Umgehung von Kopierschutzbestimmungen ist. Ein Programm, das gezielt den Schutz eines Produktes aushebelt, ist klar so ein Werkzeug. Wie sieht es aber mit sogenannten Debuggern aus, die jeder Entwickler zum Finden von Softwarefehlern benutzt? Diese kann man nämlich ebenso zum Analysieren von Kopierschutzvorkehrungen benutzen.

Bei der Entwicklung von Verschlüsselungsalgorithmen ist es normal, ja geradezu notwendig für die Forschung, daß die Wissenschaftler selbst entwickelte und vor allem von anderen entwickelte Algorithmen brechen und dies publizieren. Dies gibt neue Erkenntnisse für den Entwurf neuer und besserer Verschlüsselungen. Davon kann aber eben auch ein Kopierschutz betroffen sein.

Informationen, die zum Brechen von Schutzvorkehrungen geeignet sind, können auch in anderen Bereichen der Wissenschaft interessant sein. Das Informationsverbot behindert ironischerweise auch den Schutz von Kunden der Kopierschutztechnologie. Ohne öffentliche Untersuchung muß jeder den Angaben des Kopierschutzherstellers glauben.

### *Aktuelle Entwicklungen in der Überwachungstechnik*

»Smart Dust« nennt sich ein Konzept, bei dem komplette Wanzen, also Abhörgeräte, in der Größe eines Sandkorns untergebracht werden. In einem Kubikmillimeter könnten Sensor, Batterie, bidirektionale optische Kommunikationshardware und programmierbarer Mikroprozessor untergebracht werden. 1999 war man an der Universität Berkeley soweit, daß man eine Wanze in 100 Kubikmillimeter unterbringen konnte. Sollten sich Militär oder Geheimdienste dafür interessieren – vielleicht tun sie dies bereits – so ist hier mit einer schnellen Entwicklung der Technik zu rechnen, und die Wanzen werden auf Ahornblättern ins Zimmer segeln. An der Universität von Leeds in England wurde ein System entwickelt, mit dem ein Computer per Kamera Passanten oder Autos verfolgen kann.(6) Es geht darum, auffälliges Verhalten von Passanten auf Parkplätzen zu entdecken. Die Medien berichten in letzter Zeit vermehrt über Biometrie, die Möglichkeit, Personen an körperlichen Merkmalen zu identifizieren, wie früher schon am Fingerabdruck und neuerdings auch an ihrem Gang.(7)

Als Tempest-Angriff (8) wird das Messen der elektromagnetischen Abstrahlung von Computern bezeichnet. Hierdurch ist es möglich, Bildschirmausgaben und Tastaturanschläge zu identifizieren. Von einigen Herstellern gibt es Tempest-sichere Hardware, allerdings zu entsprechend hohen Preisen. Für die Überwachung durch lokal installierte Software hat die Firma ProtectCom einen deutschen Big Brother Preis erhalten.(9) Die Funktionalität ihrer »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist Spector«-Software beinhaltet: die regelmäßige Speicherung der Bildschirmanzeige, die Protokollierung der Tastaturanschläge, Alarm bei bestimmten Aktivitäten, die Protokollierung von E-Mails und Internet-Chats.

Die Datenübertragung der GSM-Netze, das heißt, der zur Zeit üblichen Mobilfunknetze, in der Luft ist zur Zeit nicht routinemäßig abhörbar. Es gibt jedoch sogenannte IMSI-Catcher, die das mit einem Eingriff in die Datenübertragung möglich machen.(10) Ein IMSI-Catcher spielt den GSM-Telefonen in seiner Umgebung vor, er wäre eine normale Basis-Station. Die Telefone bauen eine Verbindung zum Catcher auf und übermitteln die Teilnehmeridentifikation. Außerdem werden danach alle Telefonate über den IMSI-Catcher geführt und sind auf diese Weise einfach abhörbar. Solche Geräte sollen schon von deutschen Polizeibehörden eingesetzt worden sein.

Weitere potentielle Überwachungsgeräte listet der STOA-Bericht der EU »An appraisal of technologies of political control« (11) auf: Wanzen, die sich bei Dunkelheit auf den Weg machen, um eine bessere Abhörposition zu erlangen; Wanzen, die in echte, lebende Insekten eingebaut sind; Geräte zur Personenidentifikation per Geruch; Mikrophone, die Gespräche aus über einem Kilometer Entfernung aufzeichnen können; automatische Erkennung von Nummernschildern, wie sie bereits jetzt beim Überwachungsring um London eingesetzt wird, der jedes Auto erkennt, das rein- oder rausfährt.

### *Terrorismus*

Es wird behauptet, daß Terroristen Verschlüsselungsmethoden und Steganographie einsetzen. Letzteres ist eine weitere Methode, zu verhindern, daß unerwünschte Personen an Nachrichten herankommen. Im Gegensatz zur Verschlüsselung wird hier nicht der Nachrichtentext unkenntlich gemacht, sondern die Existenz einer Nachricht überhaupt verborgen. So schrieb etwa »USA Today« (12) im Mai 2001: »Osama bin Laden und andere muslimischen Extremisten posten verschlüsselte (...) Fotografien und Nachrichten auf populären Websites (...) , sagen US-Beamte.« Oder: »Versteckt in nicht-jugendfreien Bildern auf pornographischen Websites und in Kommentaren in Sport-Chat-Räumen können die verschlüsselten Pläne des nächsten terroristischen Angriffs liegen...«. Diese Spekulationen wurden nach dem Anschlag auf das WTC wieder aufgewärmt. Schon damals hat sich aber Nils Provos von der Universität Michigan auf die Suche nach solch versteckten Nachrichten gemacht.(13) Er ging davon aus, daß ein Trupp Terroristen keine Abteilung für Steganographie hätte, sondern im Internet erhältliche Produkte verwenden würde. Provos entwickelte ein Programm, mit dem er automatisch Bilder aus dem Internet herunterladen und nach Bildern, in denen solche Programmen versteckt wären, suchen konnte. Nach dem Auswerten von 2 Millionen Bildern konnte er eine gigantische Zahl von versteckten Nachrichten vorweisen: 0 (null). Seine Untersuchungen sind sicher kein Beweis für das Nichtvorhandensein versteckter Nachrichten, aber es gibt weitere Berichte:

*(5) http://robotics.eecs.berkeley.edu/~pister/SmartDust/*
*(6) www.comp.leeds.ac.uk/vision/imv/index.html*
*(7) www.isis.ecs.soton.ac.uk/image/gait/*
*(8) www.eskimo.com/~joelm/tempest.html*
*(9) www.big-brother-award.de/current/.work/*
*(10) www.datenschutz-und-datensicherheit.de/imsicatc.htm; www.heise.de/newsticker/data/em-11.08.01-004/; www.heise.de/newsticker/data/jes-07.09.01-001/default.shtml*
*(11) www.whispers.demon.nl/publications/stoa/stoa1jan1998.html*
*(12) www.usatoday.com/life/cyber/tech/2001-02-05-binladen-side.htm; www.usatoday.com/life/cyber/tech/2001-02-05-binladen.htm*
*(13) www.citi.umich.edu/techreports/reports/citi-tr-01-11.pdf*
*(14) http://dailynews.yahoo.com/h/nm/20010918/ts/attack_investigation_dc_23.html*
*(15) http://press.coe.int/cp/2001/646a(2001).htm; http://conventions.coe.int/treaty/EN/projets/FinalCybercrime.htm*

*Frankfurt 29.9.2001: »Aufstehen gegen den Krieg« – afghanische KundgebungsteilnehmerInnen (Foto: Arbeiterfotografie)*

Laut FBI (14) hätten die Terroristen des WTC-Anschlages das Internet in großem Umfang genutzt. Das FBI sei an Hunderte von E-Mails herangekommen. Waren sie verschlüsselt? Waren die Nachrichten verborgen? Nein! Sie wurden ganz einfach auf Englisch oder Arabisch übermittelt; und die USA hat sie trotz Echelon nicht bemerkt bzw. nicht darauf reagiert. Einschränkung oder Verbot von Verschlüsselung hätten hier nichts geholfen, aber die Rechte Unbeteiligter massiv beschnitten. Die Berichte in den Medien kann man also nur als Stimmungsmache bezeichnen.

### *Politische Folgen*

Der Europäische Ministerrat hat am 19. September 2001, also nur eine Woche nach dem Anschlag auf das WTC, die Cybercrime-Konvention verabschiedet.(15) Diese fordert unter anderem, Herstellung, Verbreitung und Besitz von Geräten und Software unter Strafe zu stellen, die hauptsächlich für illegale Zugriffe auf Computer, das Datenabhören oder das Beeinflussen von Daten oder Systemen gedacht sind. Weiter sollen Gesetze zum Sammeln elektronischer Beweise erlassen werden, die nicht näher spezifiziert wurden, so daß jeder Staat Beschränkungen der Verschlüsselung mit der Cybercrime-Konvention rechtfertigen kann. Daß Einschränkungen wie Zwangs-Schlüsselhinterlegungen in Deutschland möglich wären, zeigen die Reden des früheren Innenministers Kanther, der dafür war, daß Schlüssel »sicher hinterlegt« werden müßten.(16)

Am 26.10.2001 wurde der »Patriot Act« auch vom US-Senat mit nur einer Gegenstimme und ohne nennenswerte Kritik gebilligt und trat somit in Kraft.(17) »Patriot« steht für »Provide Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism«. Dieses Gesetz beinhaltet u.a: die Einschränkung des Bankgeheimnisses, Auswertung von Verbindungsdaten ohne richterliche Genehmigung, den direkten Zugriff der Bundespolizei auf die Informationen der Geheimdienste, das Abhören der gesamten Kommunikation eines Verdächtigen, die Erweiterung der Liste von terroristischen Straftaten, z.B. auf den Internet-Bereich. Immigranten können ohne konkreten Grund in 7-Tage-Häppchen für die Dauer von bis zu einem halben Jahr inhaftiert werden.

Auch in Frankreich wurde ein Anti-Terrorpaket verabschiedet.(18) Die Dringlichkeit der aktuellen Situation rechtfertige die Anwendung von außergewöhnlichen Prozeduren, z.B. Hausdurchsuchungen auch ohne das Vorliegen beweisbarer strafrechtlicher Aktivitäten, die Genehmigung von Leibesvisitationen und Handtaschen-Durchsuchungen für private Sicherheitsdienste, die Aufbewahrung von Telekommunikations-Verkehrsdaten ein Jahr, die Verpflichtung zur Vorlage der eigenen kryptographischen Schlüssel.

In Holland sind ebenfalls Einschränkungen geplant.(19) So soll etwa durch den Geheimdienst BVD die Satellitenkommunikation abgehört werden. Außerdem soll der BVD die Erlaubnis erhalten, in Computer einzudringen, dort Daten zu stehlen, modifizierte Software zu installieren, etc. Verschlüsselte Kommunikation sei von vornherein verdächtig und soll so weit wie möglich gespeichert werden, falls in Zukunft eine Entschlüsselung möglich werde. Außerdem soll man auch in Holland per Gesetz gezwungen werden können, seine Schlüssel offenzulegen. Tut man dies nicht, entweder weil man nicht möchte oder weil man den Schlüssel einfach nicht hat – wie will man das beweisen? – dann drohen Strafen bis zu 2 Jahren Gefängnis.

Hinter all den Initiativen kann natürlich unser Innenminister Otto Schily nicht zurückbleiben.(20) Zulässig sollen unter anderem Abhörmaßnahmen sein, die bei Gefahr im Verzuge auch nachträglich richterlich genehmigt werden können. (Interessant wäre, was passiert, wenn die nachträgliche Genehmigung nicht erfolgt.) §9 Abs.4 des neuen BVerfSchG wird den Einsatz der schon erwähnten IMSI-Catcher legalisieren. Neu im letzten Entwurf sind die Ausweitung der Kompetenzen des MAD und BND, die nun auch die Informationsabfrage bei Banken und Telekommunikationsdienstleistern enthält. Unter anderem sollen in den Personalausweis biometrische Merkmale aufgenommen werden. Möglich wäre z.B., Gesichtsgeometrien, die von Kameraüberwachungssystemen verwendet werden könnten, oder Gen-Informationen abzulegen.

Fazit: Die Zeichen stehen auf Sturm. Das zeigt schon das schnelle Anrücken des FBIs – zum Teil schon wenige Stunden nach dem WTC-Anschlag – mit den Abhörboxen »Carnivore« bei den Internetprovidern.(21) Eine Einschränkung der Freiheiten – die wir ja vorgeblich gegen den Terrorismus verteidigen wollen – wäre völlig fehl am Platz. Es ist ja noch nicht einmal bekannt, ob die zuletzt in Deutschland erlassenen Abhörgesetze irgendetwas Positives erbracht haben. Man sollte sich statt dessen auch überlegen, ob man nicht zu viel verteilte Befugnisse wieder zurücknehmen sollte. Angesichts der Hamburger Wahlergebnisse wird dies aber wohl nicht passieren.(22) Welche Partei würde nicht gern mit einfachen Parolen Wählerstimmen gewinnen?

*Matthias Brüstle*

*(15) http://press.coe.int/cp/2001/646a(2001).htm; http://conventions.coe.int/treaty/EN/projets/FinalCybercrime.htm*
*(16) www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1185/1.html*
*(17) www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/9927/1.html*
*(18) www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/9880/1.html*
*(19) www.heise.de/tp/english/inhalt/co/6731/1.html*
*(20) Vgl. Beitrag von Volker Eick in diesem Heft; http://home.nexgo.de/kraven/misc/antiterror2.html; Nürnberger Nachrichten, 2001-10-09, S.2*
*(21) www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/9534/1.html*
*(22) Auszüge aus dem Programm der »Partei Rechtsstaatlicher Offensive«: Ausstattung der vorhandenen Jugendarrestanstalt mit unwirtlichen Einzelzellen, Verstärkter Einsatz von Scheinkäufern, zwingende Aufnahme aller Schwerverbrecher in eine GEN-Kartei, zusätzliche Video-Überwachung, ergebnis- und verdachtsunabhängige Kontrollen im gesamten öffentlichen Bereich, Kinder haben ein Recht ... (auf) Bestrafung.*

# Wider die Besessenheit, Probleme militärisch zu lösen! (1)

## Terrorismus und Völkerrecht

In das übliche völkerrechtliche Raster zwischenstaatlicher Beziehungen sind die Anschläge des 11. September 2001 nur mit einigen Schwierigkeiten einzuordnen. In der inzwischen viel zitierten Resolution 1368 vom 12. September 2001 spricht der Sicherheitsrat einerseits von einer »Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen«, andererseits verweist er auf das »naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung« eines jeden Staates. Also auch hier eine gewisse Unsicherheit der Einordnung. Nun ist die Beschäftigung mit dem als »Internationalem Terrorismus« nicht gerade präzise beschriebenen Phänomen (2) innerhalb der UNO nicht neu.

### *»Terrorismus« oder bewaffneter Konflikt?*

Begonnen hat sie im Kontext der Dekolonisierung mit der Auseinandersetzung um das Recht der sich befreienden Kolonialvölker, bewaffnete Gewalt anzuwenden. (3) In langen Auseinandersetzungen setzte sich in den siebziger Jahre die Mehrheitsmeinung durch, daß der bewaffnete Kampf der Befreiungsbewegungen mit dem Völkerrecht vereinbar sei. Der argumentative Widerstand der alten Kolonialländer, aber dann auch zunehmend der USA und vor allem Israels, konzentrierte sich darauf, bewaffnete Aktionen von seiten der Befreiungsbewegungen (PLO, ANC, PAC, SWAPO etc.) als Terrorismus zu bezeichnen. Diesen wollten sie mit innerstaatlichen Mitteln der Verbrechensbekämpfung (nämlich Bestrafung als Mörder nach gemeinem Strafrecht und Standrecht) unterdrücken.

Letztlich obsiegten völkerrechtlich diejenigen Tendenzen, die nicht nur den kolonialen Befreiungskampf als »bewaffneten Konflikt« (Genfer Zusatzprotokoll I von 1977) behandelten, sondern auch Befreiungskämpfern den Kombattantenstatus einräumten (Art. 44 Abs. 3 Zusatzprotokoll I). Da die Dekolonisierung sich dem Ende zuneigte, nahmen auch die alten Kolonialmächte diese völkerrechtliche Entwicklung hin.

Inzwischen machten sich neue Momente bemerkbar, die eine weitere Phase in der Auseinandersetzung um den Terrorismus ankündigten. Der Widerstand gegen das Apartheidregime in Südafrika und der Kampf der Palästinenser gegen die israelische Besetzung hatten innerhalb des Ringens um die Selbstbestimmung von Beginn an einen besonderen Charakter. Insbesondere der Konflikt in Palästina war von der starken Verknüpfung Israels mit den USA und anderen westlichen Ländern geprägt. Zudem waren all diese Konflikte von der Ost-West-Auseinandersetzung überlagert, in der die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder »natürliche« Partner der nach Unabhängigkeit strebenden Länder waren. Eine Reihe von Flugzeugentführungen in den siebziger Jahren, die ebenso auf das Konto palästinensischer Befreiungsorganisationen (»Schwarzer September«) gingen wie der Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München, ließen eine Ausdehnung zumindest des Palästinakonfliktes über den bisherigen territorialen Rahmen hinaus befürchten. Seitdem steht auf Antrag westlicher Staaten die Frage, wie dem Terrorismus vorzubeugen ist, wieder auf der Tagesordnung der UN-Organe, vor allem der UN-Generalversammlung. Die Gruppe der Entwicklungsländer, die gerade die staatliche Selbständigkeit erlangt und die völkerrechtliche Legalisierung des Befreiungskampfes erreicht hatte, vor allem jedoch die arabischen Staaten mit Blick auf Israel fürchteten, daß nunmehr der Kampf gegen den Terrorismus dazu mißbraucht werden sollte, das schon Erreichte rückgängig zu machen. Sie forderten daher eine klare Trennungslinie zwischen den beiden Formen der Gewaltanwendung. Hierbei sei weniger auf die angewandten Mittel und Methoden der Kampfführung abzustellen, als auf Ziele und Motive, wobei grundsätzlich Kampfmethoden außerhalb der Grenzen des kodifizierten Kriegsrechtes auch bei bewaffneter Gewalt im Befreiungskampf ausgeschlossen bleiben müßten. Obwohl die konkrete Grenzlinie in ihrer Argumentation oft unklar blieb, wurden die in Frage stehenden Entführungen ziviler Flugzeuge oder Schiffe sowie Attentate auf Zivilpersonen von den meisten nichtwestlichen Staaten scharf verurteilt. Aber gleichzeitig wurden immer wieder die unterschiedlichen Motive und Ziele angesprochen, die Menschen zu derartigen Verbrechen veranlassen können. Die stets gebrauchte und immer wiederkehrende Formel bestätigte ausdrücklich das »unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit aller Völker, die sich unter dem Joch kolonialistischer und rassistischer Regime und

*(1) Vgl. ausführlicher G. Stuby, Internationaler Terrorismus und Völkerrecht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2001, S. 1330 ff.*
*(2) A. P. Schmid, Political Terrorism: A Research Guide to Concepts, Theories, Data Bases and Literature, Amsterdam 1983, S. 70 ff. nennt 109 Definitionen des Terrorimus.*
*(3) Vgl. Einzelheiten bei N. Paech/G. Stuby, Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, Hamburg 2001, S. 503 ff.*
*(4) Einzelheiten vgl. St. Oeter, Terrorismus – ein völkerrechtliches Verbrechen? Zur Frage der Unterstellung terroristischer Akte unter die internationale Strafgerichtsbarkeit, in: Die Friedens-Warte 1/2001, S. 11 ff.*

*Stuttgart 13.10.2001: »Rache, Prävention oder Angst ist kein Freibrief zum Töten« (Foto: Arbeiterfotografie)*

anderer Formen ausländischer Herrschaft befinden, und (betonte) die Rechtmäßigkeit ihres Kampfes, insbesondere der nationalen Befreiungsbewegungen«.

***Schlichte Formeln reichen nicht aus***

Im weiteren Verlauf der Diskussion sollte sich immer wieder zeigen, daß die Unterscheidung der beiden Arten der Gewaltanwendung nach den Zielen und Motiven angesichts neuer Formen des Terrorismus nicht ausreichte. Nach Abschluß der Dekolonisation, insbesondere nach Ende des Apartheidregimes in Südafrika und nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes veränderten sich die Sichtweisen. Abgesehen vom weiter schwelenden Palästinakonflikt, in den alle arabischen bzw. vom Islam geprägten Staaten direkt oder indirekt involviert waren, hatten die neuen bewaffneten Konflikte in den ehemaligen Kolonialgebieten längst ihren Befreiungscharakter eingebüßt. Daß ein religiös, nämlich islamisch ausgerichteter Fundamentalismus die geräumten Stellungen des früheren marxistisch orientierten einnahm, um die elementarsten Regelungen des humanitären Völkerrechts auszuhebeln, verschärfte die Situation. Der erste Golfkrieg zwischen Iran und Irak (1980-88) spielte sich zwischen zwei Staaten ab, die mühsam ihre Selbständigkeit errungen hatten. In diesem Konflikt standen die USA eher noch auf Seiten des Irak, weil sie nach Beseitigung des Schah-Regimes ihren Einfluß auf den Iran verloren hatten. Er wurde letztlich durch »Ausbluten« beendet. Im zweiten Golfkrieg 1991 nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes kehrte sich die Frontstellung um, nachdem Irak durch seine Aggression gegenüber Kuweit die US-amerikanische Intervention, zum ersten Mal durch den UN-Sicherheitsrat abgedeckt, provoziert hatte. In Afrika, Lateinamerika, auf dem Balkan, dort unter Nato-Aufsicht, herrschen inzwischen vielerorts Warlords, Milizen und Paramilitärs auf verwüsteten und entvölkerten Territorien. Diese sind als sogenannte failed states von dem Zerfall der staatlichen Gebilde übriggeblieben, deren latente ethnischen Sprengmomente im Ost – West – Konflikt noch gehemmt waren. Die im Kalten Krieg übliche und erprobte Taktik der gegenseitigen Destabilisierung, gelenkt und durchgeführt von den jeweiligen Geheimdiensten, trug jetzt ihre fatalen Früchte. Unter diesen Bedingungen sollte der Begriff Terrorismus eine Bedeutung erhalten, die sich gegenüber dem Ausgangspunkt sehr stark verschoben hat.

***Verbrechen, Auslieferung, Strafen***

Die Verlagerung der Perspektive machte sich in der völkerrechtlichen Diskussion um den Terrorismus als internationaler Verbrechenstatbestand und seiner strafprozessualen Verfolgung bemerkbar. Die Formulierung eines einheitlichen Verbrechenstatbestandes »Internationaler Terrorismus« als einer Unterkategorie von Kriegsverbrechen und Menschheitsverbrechen oder als einer eigenen Kategorie und seine Abgrenzung zu diesen Tatbeständen ist bis heute nicht gelungen.(4) Ein besonders dorniges Problem ist die Frage der Auslieferung. Zwar sind seit Ende der 60er Jahre einige internationale Abkommen abgeschlossen worden, die vom Prinzip der sogenannten universellen Jurisdiktion ausgehen, nach dem ein Staat verfolgen darf, auf dessen Territorium sich der Tatverdächtige aufhält, ohne daß er verpflichtet ist, diesen an den am meisten interessierten Staat (meist das Registerland) auszuliefern (iudicare aut dedere). Die Staaten haben sich aber sehr unterschiedlich und widersprüchlich bei der Strafverfolgung verhalten. Bei Entführungen von Ost nach West kamen die Täter im Westen meist sehr glimpflich davon, vice versa bei den selteneren Entführungen in die umgekehrte Richtung. Bei solchen Entführungen aus Entwicklungsländern in westliche Länder, aber auch untereinander, z. B. nach Kuba, spielten die politischen Motive der Entführungen letztlich die ausschlaggebende Rolle. Auslieferungen fanden selten statt.

Inzwischen sind zusätzliche Abkommen verabschiedet worden, die weitere Teilbereiche der völkerstrafrechtlichen Verfolgung des »Internationalen Terrorismus« regeln. Auch die Bemühungen der UN-Generalversammlung um die Formulierung eines internationalen Verbrechenstatbestandes auf Resolutionsebene haben gewisse Fortschritte erreicht. Im Unterschied zu den früheren Phasen der Diskussion ist auffallend, daß noch so hehre Motive und Ziele keine Rechtfertigung oder Entschuldigung mehr begründen sollen. Auch ist gleichgültig, ob die Handlungen im Zustand des bewaffneten Konflikts oder in Friedenszeiten von Einzelnen als »Staatsakt« oder im Auftrag von nichtstaatlichen Gruppierungen mit politischer oder anderer Zielsetzung begangen werden. Es kommt ausschließlich auf die Erfüllung der objektiven und subjektiven Tatbestandsmerkmale an.

***Internationales Strafrecht?***

Auf der Ebene des völkerrechtlichen Vertrages allerdings ist es bislang noch nicht gelungen, einen derartigen Tatbestand einzuführen. So enthält auch das 1998 in Rom verabschiedete Statut für einen internationalen Strafgerichtshof keinen eigenen Tatbestand »Internationaler Terrorismus«. Allerdings dürfte es nicht schwer fallen, die Merk-

*Berlin 13.10.2001 »Kein Krieg! Aufstehen für Frieden« (Foto: Arbeiterfotografie)*

male der genannten Definition unter andere Kategorien – sei es der Menschheitsverbrechen, sei es der Kriegsverbrechen – zu subsumieren. Da die verbrecherischen Handlungen im Kontext des »Internationalen Terrorismus« wegen ihrer Dimension Menschheits- bzw. Kriegsverbrechen gleichzustellen sind, wäre auch hier eine Verfolgung durch internationale Strafgerichtsbarkeit anzustreben. Sie wäre die adäquate Lösung.

Bekanntlich haben gerade die USA bislang die Bemühungen um eine internationale Strafgerichtsbarkeit nur dann gefördert, wenn nicht die Gefahr bestand, daß eigene Staatsbürger betroffen sein könnten. Beim Rom-Statut von 1998 sind sie hingegen die großen Blockierer. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß die Bemühungen der Vereinten Nationen bei der Bekämpfung des Internationalen Terrorismus bislang die Internationale Strafgerichtsbarkeit nicht einbeziehen.

Im Unterschied zur eher zögerlichen Bekämpfung durch strafrechtliche Verfolgung dieser Verbrechensarten richteten die westlichen Länder, allen voran die USA, ihre Intentionen energischer darauf, eine Legitimationsbasis für militärische Sanktionen gegen bestimmte Staaten zu erhalten, die sie als Basis des Terrorismus bezeichneten. Ihre Berufung auf ein Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 UN-Charta ist hierbei mehr als zweifelhaft.

***Das Völkerrecht ist aus bitteren Erfahrungen geboren***

Denn solange keinem einzelnen Staat bzw. keiner Staatengruppe eine Handlung zugerechnet werden kann, die einem bewaffneten Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta gleichzustellen ist, ist auch keine gesicherte völkerrechtliche Rechtfertigung für militärische Maßnahmen zu erkennen. Diese Skepsis bleibt auch gegenüber den gegenwärtigen unilateralen Militärschlägen der USA gegen das afghanische Talibanregime angebracht. Die US-amerikanische Adminstration scheint vollständig von der Idee besessen zu sein, »staatliche« Hintermänner der Anschläge zu treffen. Allerdings ist mit wachsender Beunruhigung gleichzeitig der Mangel an Alternativen festzustellen. Denn zuständig wäre, sobald die Ebene des militärischen Zwanges beschritten wird, der den Kontext des Selbstverteidigungsrechtes sprengt, der Mechanismus des Kollektiven Sicherheitssystems, also der UN-Sicherheitsrat. Dieser verhält sich allerdings augenblicklich im »schweigenden Konsens« der Vetomächte, von denen jede ihre je eigenen Gründe und Motive hat, gegenüber der von der Globalmacht USA bestimmten Situation abwartend und ambivalent.

Kann man sich mit diesem völkerrechtlichen Ergebnis zufriedengeben? Begegnen wir hier nicht einem Zustand, der schon angesichts der massenhaften und systematischen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo, der »humanitären Katastrophe« und der »Blockade« durch den UN-Sicherheitsrat zu Überlegungen geführt hat, ein eigenständiges Handeln im Rahmen der Nato gewohnheitsrechtlich zu legitimieren? Nicht nur Konstellationen, die mit dem Begriff »humanitäre Katastrophe« umschrieben werden, sind jedoch als Grund für eine Änderung des Nato-Vertrages in der Erklärung von Washington vom 23./24. April 1999 angeführt worden. Explizit sollen auch Akte des Terrorismus eine Legitimation für militärische Nato-Maßnahmen außerhalb des UN-Rahmens bilden.

Eine Argumentation auf der schiefen Bahn! Das strikte Gewaltverbot der UN-Charta von 1945 ist das Ergebnis bitterer kollektiver Erfahrungen. Die Ächtung des Krieges im Briand-Kellog-Pakt 1928 war konsequent, aber unvollkommen, weil nicht in ein effektives kollektives Sicherheitssystem eingebunden. Hieraus wurden in der UN-Charta Lehren gezogen, nachdem die gemeinsame Bedrohung durch den deutschen Nationalsozialismus beseitigt war. Die einzige Ausnahme, die Anwendung individueller Gewalt als Selbstverteidigung, sollte nur so lange gelten, bis kollektive Sanktion durch den Sicherheitsrat zur Stelle waren (Art. 51 UN-Charta). Dieser hatte ansonsten das Gewaltmonopol.

***Alleinige Entscheidungskompetenz beim UN-Sicherheitsrat***

Dieses Gewaltmonopol ist dem Normtext nach stark und zugleich maßvoll angelegt. Das betrifft zunächst das Monopol der Feststellung, »ob überhaupt eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt« (Art. 39). Der Sicherheitsrat beschränkt sich schon länger nicht mehr auf die Feststellung von Angriffshandlungen (z.B. Irak-Kuweit) als Friedensbruch. Auch massive und systematische Menschenrechtsverletzungen, die traditionell als genuin innere Angelegenheiten betrachtet wurden, hat er als Friedensbedrohung qualifiziert. Jetzt – in den erwähnten Resolutionen 1368 und auch 1373 – hält er eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auch durch terroristische Anschläge für möglich.

Das Gewaltmonopol bezieht sich ebenfalls auf die Maßnahmen, die zu ergreifen sind. Nach den Ziel-

setzungen in Art. 1 sollen Bedrohungen des Friedens verhütet und beseitigt werden, bevor sie überhaupt relevant werden können. Herstellung gleichberechtigter Beziehungen, internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sollen Vorrang genießen. Bedrohung oder gar Bruch des Friedens werden jedoch einkalkuliert. Sie bergen aber das Risiko, daß das gesamte System scheitert. Daher räumt das Kap. VII dem Sicherheitsrat sehr weitgehende Kompetenzen ein, um durch ein gestuftes System von Zwangsmaßnahmen möglichst schnell wieder in den »Normalzustand« friedlicher Kooperation der Staaten untereinander zu gelangen.

Der Maßnahmenkatalog umfaßt auch den Einsatz militärische Gewalt (Art. 42). Dieser steht als äußerstes Mittel (ultima ratio) aber ganz am Ende auf der streng am Verhältnismäßigkeitssprizip ausgerichteten Eskalationsleiter. Nach Möglichkeit soll er ganz vermieden werden. Diese Prioritätensetzung verrät einen eher polizeilichen als militärischen Ansatz, der zumindest 1946 von dem Bewußtsein getragen war, daß durch Anwendung von bewaffneter Gewalt die komplizierten zwischenstaatlichen Beziehungen eher anarchisiert als reguliert werden.

***Bedrohung durch die Geißel des Krieges***

Die Architekten der UN-Charta waren allerdings keine Utopisten. Ihr Erfahrungshorizont war davon geprägt, daß das Völkerrecht nur so viel taugt als die Staaten ihre nationalen Interessen in ihm aufgehoben finden. Zu weit durfte sich die Charta daher nicht vom realen Kräftegleichgewicht zwischen den Staaten, insbesondere dem zwischen den Großmächten, entfernen. Das konnte durchaus dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder in Art. 2 Ziff. 1 widersprechen. Daher der Versuch, mit dem Vetorecht der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, das eindeutig quer zum gerade angesprochenen Demokratiegebot liegt, den realen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Die Ambivalenz dieses Mechanismus' ist nicht zu übersehen. Jede Vetomacht konnte das gesamte System der kollektiven Konfliktregulierung aushebeln. Daß das möglicherweise auch im Konsens geht, zeigt die augenblickliche Situation.

Auf einen Faktor setzte man zur Zeit des Entstehungsprozesses der UN-Charta besonders. Das Gefühl für die gemeinsame Bedrohung durch die »Geißel des Krieges« (Präambel UN-Charta) und die faschistische Bedrohung der Zivilisation war noch nicht verblaßt. Die Präambel der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 spricht von »Akten der Barbarei, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben«. Kalkulierend, auch für eine Vetomacht wie die USA oder die Sowjetunion sei es nicht ohne Risiko, den Kollektivrahmen für die nicht gebremste Durchsetzung eines offensichtlich egoistischen Interesses zu verlassen und die derart geprägte Weltmeinung zu brüskieren, erhoffte man einen Druck zum Konsens. Man mag das utopisch nennen. Daß der Kalte Krieg nicht in einen heißen umschlug, ja in seiner Endphase Entspannung brachte, war in der Tat weniger dem Gehorsam gegenüber der Charta geschuldet, als dem atomaren Gleichgewicht, unter dem manches gedeihen konnte, dem wir heute nachtrauern. Hierzu gehört das Bewußtsein einer gegen alle gerichteten, einer gemeinsamen Bedrohung und hieraus folgend das Bedürfnis nach gemeinsamer Sicherheit.

Der 11. September 2001, eine Katastrophe im Auge des Taifuns, hatte bei all ihrem Grauen für die unmittelbar Betroffenen Hoffnungen geweckt. Die traditionellen militärischen Mittel (Raketen, Flugzeugträger, Schlachtschiffe, Überschalljets, Panzer etc.) wozu, gegen wen? Waren sie nicht untaugliche Mittel gegen das eigene Leben verachtende Terroristen, deren Drahtzieher vielleicht in afghanischen Höhlen, aber vielleicht auch vor der eigenen Haustüre oder anderswo zu finden sind? Ist nicht eher eine komplexe und kollektive Antwort zu finden als eine allein auf militärische Terrorismusbekämpfung setzende? Die geräuschlose Begleichung eines Teils der amerikanischen UN-Schulden und die lange verzögerte Ernennung eines UN-Botschafters hätte man gern als Wendezeichen der US-Politik gedeutet. Anlaß zu Optimismus besteht jedoch nicht.

*Gerhard Stuby*

# Sprung auf, marsch marsch!

## Dabeisein ist alles

Die Beteiligung der Bundeswehr am Kriegseinsatz gegen den »internationalen Terrorismus« im Rahmen der US-Operation »Enduring Freedom« ist völkerrechts- und grundgesetzwidrig. Die wochenlange Bombardierung Afghanistans erfolgt ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates. Die USA und die mit ihr verbündeten Nato-Staaten können sich dabei auch nicht auf ein Selbstverteidigungsrecht berufen. Die Entrechtlichung von Bundeswehreinsätzen korrespondiert mit der Entgrenzung des Einsatzraumes der Bundeswehr.

Bundeskanzler Schröder kündigte am 11. Oktober ein neues Verständnis bundesdeutscher Außenpolitik an: »Wir haben Grund, bei der Formulierung und Durchsetzung unserer Außenpolitik das eine oder andere zu verändern. (...) Nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir uns in einer neuen Weise der internationalen Verantwortung zu stellen... Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik ist unwiederbringlich vorbei.« Die Zustimmung des Bundestages dazu ist eine historische Zäsur. Die Remilitarisierung deutscher Außenpolitik ist damit abgeschlossen. Das schrittweise Heranrobben der Bundeswehr an die Schützengräben ist geglückt: Von nun an heißt es »Sprung auf, marsch marsch« für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr. Deutschland meldet sich auf der Weltbühne zurück, um endgültig in den Kreis derjenigen einzutreten, die ihre Interessen auch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Für diesen historischen Prozeß benötigte Deutschland lediglich ein gutes Jahrzehnt, in dem Bundeswehr und Gesellschaft auf weltweite Einsätze eingestimmt wurden.(1)

### *Deutschland im Krieg*

Bundeskanzler Schröder kündigte am 6. November an, den USA deutsche Militäreinheiten zur Verfügung zu stellen. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß dies auf Grund von US-Anforderungen geschehen würde. US-Verteidigungsminister Rumsfeld, noch am selben Tag mit den Ausführungen Schröders konfrontiert, entgegnete, daß die USA nicht um »spezifische Dinge«, sondern nur allgemein um eine breite Unterstützung baten. Diese Stellungnahme Rumsfelds sorgte für einige Verwirrung in der politischen Szene in der BRD. Nach Telefonaten zwischen dem Bundeskanzleramt und der US-Regierung korrigierte Rumsfeld einen Tag später seine Äußerung dahingehend, daß die USA Deutschland um Hilfe gebeten hätten.(2)

### *Bundestag segnet Kriegseinsatz ab*

Der Bundestag hat am 16. November den Verteidigungsminister ermächtigt, für zunächst 12 Monate bis zu insgesamt 3.900 Soldaten der Bundeswehr an der Operation »Enduring Freedom« zu beteiligen. Im Einzelnen können bis zu 800 Soldaten der ABC-Abwehrtruppe, bis zu 250 Soldaten der Sanitätstruppe, 100 Soldaten aus dem Bereich der »Spezialkräfte«, 500 Soldaten der Lufttransportkräfte, 1800 Marinesoldaten sowie 450 Soldaten zur allgemeinen Unterstützung der Bundeswehreinheiten zum Einsatz kommen. Einsatzgebiet: Nato-Territorium, arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien, Nord-Ost-Afrika und angrenzende Seegebiete. Auftrag: »Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten.«

Kriegsminister Scharping hat das erst im Juli 2001 neu aufgestellte Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam mit der Planung und Führung der Bundeswehroperationen beauftragt. Das Einsatzführungskommando ist ein Kernelement der Umstrukturierung der Bundeswehr, um weltweite Bundeswehreinsätze zu planen und Einsätze durchzuführen.

### *Transportkräfte*

Der deutsche Einsatz begann offiziell am 26. November 2001. Seitdem fliegen täglich bis zu drei Transportmaschinen vom US-Stützpunkt Ramstein nach Incirlik in der Türkei, aufgrund begrenzter Reichweite der Transporter mit Zwischenstopp bei Istanbul. Diese Flüge versorgen die US-Truppen mit Nachschub (Wolldecken, Stroh, Medikamente). US-Flugzeuge transportieren die Materialien ins Einsatzgebiet weiter.

### *ABC-Abwehrkräfte*

Die zur Bereitstellung für den Einsatz vorgesehenen ABC-Einheiten mit bis zu 800 Soldaten sind mit dem Spürpanzer »Fuchs« ausgestattet, einem gepanzerten Kraftfahrzeug, das die Fähigkeit besitzen soll, atomare und chemische Kontaminationen aufzuspüren, zu markieren und Proben für Feinanalysen zu nehmen. Das Fahrzeug wurde im zweiten Golf-Krieg durch die USA, Großbritannien und Israel eingesetzt. Allerdings ist es zum Aufspüren von biologischen Kampfstoffen nicht geeignet.(3) Wo diese Einheiten eingesetzt werden sollen, ist nicht geklärt. Der Verband soll im Februar 2002 einsatzbereit sein. Äußerungen des Generalinspekteurs der Bundeswehr ist zu entnehmen, daß dieser deutsche ABC-Abwehr-Verband »nach einem möglichen terroristischen Angriff mit Massenver-

*(1) Siehe dazu auch: Ulrike Gramann, Ralf Siemens: Out of area. Über humanitäre Einsätze zum Krieg. In: Frieden schaffen! Mit UNO-Waffen? Hg. v. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Berlin 2000.*
*(2) FAZ vom 08.11.01.*
*(3) Süddeutsche Zeitung vom 08.11.01.*
*(4) Interview des Generalinspekteurs mit Intr@net aktuell zur deutschen Beteiligung an der Operation »ENDURING FREEDOM«, 11. Dezember 2001; www.bundeswehr.de*
*(5) ebd.*
*(6) Süddeutsche Zeitung vom 14.12.01.*
*(7) Die Welt vom 04.12.01*

*Dortmund 17.11.2001: »Gewaltspirale durchbrechen!« (Foto: Arbeiterfotografie)*

nichtungswaffen zur raschen, qualifizierten ABC-Aufklärung und Dekontamination eingesetzt werden (soll), um die Basen der für ›Enduring Freedom‹ eingesetzten Soldaten zu schützen, gegebenenfalls auch die betroffene Zivilbevölkerung zu unterstützen. Die Masse des Personals wird in Deutschland in einer hohen Verlegebereitschaft verfügbar gehalten.«(4)

***Marineeinsatzverband***

Anfang Januar soll ein Marineverband mit bis zu 10 Schiffen in Richtung arabische Halbinsel auslaufen. Zu ihm gehören Fregatten, Schnellboote, Versorger, Hubschrauber und möglicherweise auch Minensucheinheiten. Sie sollen die für den Westen strategisch wichtigen Seeverbindungen »vor terroristischen Angriffen« sichern, die »Versorgung terroristischer Gruppen von See her unterbinden« und auch verhindern, daß »Terroristen« über See flüchten können.(5)
Außerdem steht ein Airbus MEDEVAC der Luftwaffe zum Transport verwundeter, verletzter bzw. schwer erkrankter Soldaten in Köln/Wahn in ständiger Bereitschaft. Er soll auf Anforderung der USA in das Einsatzgebiet fliegen, um deutsche oder US-Soldaten auszufliegen. Bis Redaktionsschluß ist es zu keinem Einsatz gekommen.

Die 100 Soldaten aus dem Bereich der »Spezialkräfte« werden nicht automatisch dem Kommando Spezialkräfte (KSK) angehören, da auch die verbliebenen beiden Luftlandebrigaden der Bundeswehr auf Spezial- und Kommandoeinsätze ausgerichtet sind.
Zusätzlich sind im Rahmen der Nato-Unterstützung fünf AWACS-Aufklärungsflugzeuge mit rund 200 Soldaten des Nato-Frühwarngeschwaders aus Geilenkirchen in die USA verlegt worden, um seit dem 12. Oktober den nordamerikanischen Luftraum zu überwachen. Sie ersetzen entsprechende US-Maschinen. Die Bundeswehr stellt ca. 25 % des Personals. Eine Fregatte und ein Tanker der bundesdeutschen Marine sind im Rahmen eines Nato-Flotteneinsatzverbandes in das östliche Mittelmeer entsandt worden, um ebenfalls US-amerikanische Streitkräfte zu entlasten.

***Bundeswehrbeitrag ist militärisch wertlos***

Der Beitrag der Bundeswehr zum Krieg der USA ist militärisch bedeutungslos. Nicht, weil die Bundeswehr formal lediglich 100 Kommandosoldaten zur Verfügung stellt, sondern weil die USA auf allen militärischen Feldern eine haushohe technologische und zahlenmäßige Überlegenheit haben: strategischer Transport, Logistik, Aufklärung, Flugzeuge, Kommunikation, Seekriegsmittel, Kommandokräfte... Ihre militärischen Kapazitäten sind auf eine globale Machtentfaltung und -durchsetzung ausgerichtet. So erfolgten die US-Luftangriffe hauptsächlich von auf atombetriebenen Flugzeugträgern stationierten Kampfjets und von Stützpunkten in den USA und Diego Garcia im Indischen Ozean. Zum Einsatz kamen neben hochmodernen und zum Teil erstmalig eingesetzten Flugzeugtypen und Waffen auch »alte« Bomber B-52, die bereits in den 60er Jahren Städte Nordvietnams in Schutt und Asche bombten. Die am 7. Oktober 2001 begonnene Bombardierung Afghanistans wurde von einem Aufmarsch von lediglich etwa 15.000 US-amerikanischen Bodensoldaten in der Region begleitet. Die eigentlichen Bodentruppen stellte die Nordallianz.
Die USA haben im Jahr 2000 allein etwa 300 Milliarden US-Dollar für ihre Hochrüstung ausgegeben, und damit mehr als dreimal soviel wie die europäischen Führungsmächte Großbritannien, Frankreich und die BRD zusammen. Welche enormen finanziellen Ressourcen die USA in ihre Kriegsführungsfähigkeit stecken, wird vielleicht am folgenden Beispiel deutlich: Mitte 2001 gab das Pentagon der Rüstungsfirma Lockheed Martin grünes Licht für den Bau von voraussichtlich 2.852 Maschinen des neuen Kampfflugzeugs »Joint Strike Fighter«. Kosten: 200 Milliarden US-$.

Die Bundeswehr, mitten im Umbau zur weltweit einsatzfähigen Armee, könnte gegenwärtig keinen nennenswerten Kriegsbeitrag leisten. Es geht vielmehr um militärische Symbolik, darum, weltweite militärische Einsätze der Bundeswehr gesellschaftlich salonfähig werden zu lassen. Die rot-grüne Bundesregierung, ein Kabinett aus anerkannten Kriegsdienstverweigerern und Drückebergern, hat erfolgreich Kriegseinsätze der Bundeswehr »normalisiert«. Diese Entwicklung geht offensichtlich selbst der Bundeswehrführung zu schnell: Der Heeresinspektor Gudera und der Generalinspekteur Kujat warnten angesichts des deutschen Angebots, die Führungsrolle der internationalen UN-Sicherheitstruppe in Afghanistan zu übernehmen, vor einer Überstrapazierung der Bundeswehr. (6) »Die Welt« berichtete von heftigen Auseinandersetzungen in der Heeresführung, titelte gar von einem »Aufstand der Generäle«. (7) Die Bundesregierung ruderte zurück und blies zum geordneten Rückzug.

*Ralf Siemens*

## Islamismus in Südasien:

# Das Revivalist Movement

Seit sich im Laufe des Septembers abzeichnete, daß die USA einen längeren Krieg um Afghanistan vorbereiten, waren im Fernsehen Bilder aufgebrachter Demonstranten zu sehen, die zum »Heiligen Krieg« gegen die Amerikaner aufriefen. Der »Spiegel« suggerierte uns im Titelbild seiner Ausgabe vom 15. Oktober, daß nun der Krieg zwischen westlich-technologischer Zivilisation und einem fanatischen, zur Durchsetzung seines mittelalterlichen Weltbildes fest entschlossenen Mobs begonnen habe. In den Berichten wurde deutlich, daß die Islamisten nicht die Mehrheit der Muslime repräsentieren – in Pakistan und Bangladesch beispielsweise wird das Wählerpotenzial der »religiösen« Parteien seit Jahren stabil auf etwa 20% geschätzt. Für eine eingehende Darstellung der Motive und Ziele der islamistischen Strömungen blieb trotzdem kaum Platz. Dieser Beitrag zeichnet deshalb die Entwicklung der puristischen, normfixierten Strömung des politischen Islam Südasiens nach. Das Spektrum des politischen Islams, der die Religion vorwiegend als Gesellschaftsmodell statt als ein persönlichen Glaubens- und Kultsystems auffaßt, umfaßt natürlich auch modernistische Strömungen. Im Folgenden wird aber allein die mit dem Begriff Islamismus, in Südasien auch unter der Selbstbezeichnung *Revivalist Movement*, benannte Bewegung behandelt. Der historische Abriß soll dabei die vielfältigen Gründe für ihren Aufstieg sowie – anhand eines ihrer einflußreichsten Theoretiker – einige ihrer zentralen Aussagen verdeutlichen.

### *Gegen koloniale Dominanz*

Als sich 1857 die indischen Söldner gegen ihre Herren von der britischen East India Company erhoben, erkannte die Kolonialmacht, daß die Bewohner des riesigen Territoriums nicht länger allein mit Gewalt zu kontrollieren waren. Die britische Krone entzog der Handelsgesellschaft ihre administrativen Privilegien und übernahm selbst die Kolonialverwaltung. In den folgenden Jahrzehnten erweiterte das Britische Empire seinen Machtbereich bis an die Grenzen des russischen Einflußgebietes – u.a. verdanken sich die Grenzen Afghanistans dem Geschacher der beiden Großmächte um eine Pufferzone zwischen ihren Kolonien – und intensivierte die administrative Durchdringung und Kontrolle seiner wertvollsten Kolonie auch nach innen erheblich. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Kolonialherren Indien infrastrukturell weitgehend erschlossen, die verbliebenen Fürstentümer zu Marionetten degradiert und in ihren Schulen eine einheimische Elite aufgebaut, die die mittleren Ränge der Verwaltung stellte. Ihre Überzeugungen, Weltbilder und Lebensweisen beherrschten den städtischen öffentlichen Raum nahezu uneingeschränkt.

Auch als Reaktion darauf – die westeuropäischen Rationalitätsmaßstäbe und der Lebensstil war nun breiteren Schichten bekannt, gleichzeitig blieb aber die ganz überwiegende Mehrheit von den Privilegien seiner Träger ausgeschlossen – fühlten viele Muslime, besonders unter den religiösen Gelehrten *(ulama)*, das Bedürfnis, ihre Lebensweise und ihr Verständnis des Korans gegen die Demütigungen der Kolonialherren zu verteidigen.

Ein weiterer Grund für ihr Engagement ist die seit derselben Zeit zu beobachtende Politisierung des Hinduismus. Dessen Vertreter begannen damals ebenfalls, der Kolonialmacht ihr Monopol auf Öffentlichkeit streitig zu machen und projizierten europäische Nationalismen auf ein zu schaffendes *Hindustan*. In diesem Kontext nahmen ländliche Geistliche wie auch Angehörige der städtischen muslimischen Oberschicht sowohl die Macht der Briten als auch die hinduistische Bevölkerungsmehrheit als Bedrohung für die Autonomie der Muslime wahr.

Auch die Interpretationen liberaler Intellektueller wie Sayyid Ahmad Khan und der europäischen Islamwissenschaft – die damals noch ganz überwiegend Kolonialwissenschaft war – sowie das Bekanntwerden der weiten Verbreitung synkretistischer Praktiken, in denen Elemente verschiedener Religionen verschmelzen, innerhalb des Volksislams untergruben den Einfluß und das Weltbild der schrifttreuen traditionalistischen Gelehrten.

### *Die Goldene Frühzeit als Rettungsanker*

Gemeinsame Basis der seit dieser Zeit entstandenen puristischen Reformbewegungen ist die besondere Bedeutung, die der frühislamischen Periode zugemessen wird: Die Durchsetzung des Islam durch den Propheten und seine Getreuen innerhalb einer feindlichen Umgebung und die frühe Expansionsphase unter den ersten vier Kalifen gilt als vorbildhaft für die Situation in der Moderne, in der die Grundlagen des Glaubens bedroht scheinen. In dieser Wahrnehmung werden die in Koran und *sunna* (kanonisierte Überlieferungen zu Aussprüchen und Taten des Propheten) geäußerten Glaubensinhalte in erster Linie als gesellschaftlich bindende Normen interpretiert. Ziel ist es, die Macht und Einheit des frühen Kalifats wiederherzustellen.

Dennoch kann die Bewegung zur »Wieder-«Bele-

*(1) Mehr zu den Deobandis und daraus hervorgegangenen politisch-religiösen Bewegungen: www.suedasien.info*

*(2) Die meisten muslimischen Theologen unterscheiden beim Begriff Jihad einen »kleinen« und »großen« Kampf: Während der erstere (al-jihad al-asghar) die äußere Komponente, also die Verbreitung des Islam bezeichne, umfasse der Größere (al-jihad al-akbar) auch den inneren Kampf um ein sittliches Leben. Die Terminologie geht auf die klassische, expandierende Periode des Islam zurück.*

*(3) Aus einer Rede des pakistanischen Staatsgründers Muhammed Ali Jinnah von 1940, zit. nach Sources of Indian Tradition II, New Delhi 1992, S. 228-231.*

*(4) Dennoch lebt eine große Zahl südasiatischer Muslime weiterhin in Indien: mit knapp 140 Mio.(etwa 12% der Gesamtbevölkerung) ähnlich viele wie in Pakistan (97% der 140 Mio. Pakistanis) und deutlich mehr als die etwa 110 Mio. Muslime in Bangladesh (85% der Bevölkerung).*

*(5) Auch in Bangladesh strebt die Partei eine umfassende Islamisierung des Staates an. Aufgrund ihrer Kollaboration mit den westpakistanischen Streitkräften im Unabhängigkeitskrieg 1971 mieden die großen Parteien sie bisher noch stärker als in Pakistan. Nach den Wahlen vom 1. Oktober 2001 sind ihre 17 (von 300) Abgeordneten jedoch erstmals Regierungspartner.*

*(6) Englische Übersetzungen einiger Schriften unter www.islamicinterlink.com/author/maudoodi.html*

*Aktuelle Informationen über Islam, Islamismus und Südasien, darunter auch eine Geschichte Afghanistans: www.suedasien.info*

*Köln 23.11.2001: SchülerInnen gegen Krieg (Foto: Arbeiterfotografie)*

bung eines purifizierten, schrift- und normfixierten Islam nicht als allein traditionalistisch oder orthodox beschrieben werden. Selbst die *Deobandis,* eine äußerst einflußreiche Schule, die Armen und unteren Mittelschichten eine strikt traditionelle religiöse Ausbildung (Kurse in Arabisch, Rhetorik, sunnitischer Theologie und Logik) verschaffte und einen von lokalen Einflüssen gereinigten Islam propagierte, (1) sah sich als Teil der modernen, von Kolonialismus und Nationalismus beeinflußten Gesellschaft. Schon 1888 erlaubte eines ihrer Gutachten *(fatwa)* die Mitarbeit im (säkularen) Indischen Nationalkongreß.

Unter radikaleren, vorwiegend städtischen Strömungen war der Bezug auf die Moderne selektiver: Durch koloniale Herrschaft und hinduistische Bevölkerungsmehrheit sei der Subkontinent nun *dar al-harb,* Machtbereich der Ungläubigen, in dem die Muslime ihren Glauben nicht mehr frei ausüben könnten. Die Gemeinde sei deshalb zum *jihad* berufen. *Jihad* wurde von diesen Gelehrten in erster Linie und fast ausschließlich als bewaffneter Kampf verstanden. (2) Aufgrund der politischen Situation in Indien – die Muslime lebten ohne zentralen kulturellen Mittelpunkt und unter verschiedenen, teilweise muslimischen Herrschern über das ganze Land verstreut – wurden diese Vorstellungen jedoch (auch) damals vor allem auf die nordwestlichen Randgebiete projiziert:

In Afghanistan, dessen Einfluß auf Baluchistan und die nordwestliche Grenzprovinz (im heutigen Pakistan) die Briten mittels zweier Kriege beschnitten hatten, erhoben sich immer wieder Truppen gegen die britischen Garnisonen, auch über die mitten durch paschtunisches Siedlungsgebiet verlaufende Grenze hinüber. Diese Guerilla war sowohl politisch motiviert, gegen den britischen Einfluß und den von den Briten eingesetzten Emir Abdur Rahman, als auch von pan-islamischen und traditionalistischen Ideen beeinflußt.

***Die »Muslimische Nation« in Indien***

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gewann die Religion weiter an Bedeutung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die sich von Honoratioren- zu Massenparteien wandelnden Parteien *Indian National Congress* und *Muslim-League* vereinbarten separate Wahlkreise für Muslime bei den Landtagswahlen. Das führte dazu, daß bei den Wahlen 1937 und in den folgenden Jahren die Religionszugehörigkeit zum bestimmenden Merkmal der Politiker und der Wähler, an die sie damit appellierten, wurde. Ihren Höhepunkt erreichte die Fixierung der politischen Auseinandersetzung auf die Religionszugehörigkeit mit der Zwei-Nationen-Theorie: Danach seien Hindus und Muslime nicht nur Angehörige verschiedener Religionen, sondern die »tiefverwurzelten geistigen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Unterschiede« (3) zeigten statt dessen die Existenz zweier Nationen innerhalb Britisch-Indiens. Aufgrund ihres geringeren Bevölkerungsanteils sei die Muslim-Nation nach der Unabhängigkeit in einem gemeinsamen Staat auf immer der Dominanz der Hindus unterworfen.

Während weite Teile der *ulama* der Zwei-Nationen-Theorie aufgeschlossen gegenüber standen, lehnte eine radikale Fraktion um Abul A'la al-Maududi diese ab: Der Islam als universale Religion dürfe nicht als Fundament eines Nationalstaates mißbraucht werden. Doch auch wenn der später einflußreichste Theoretiker der *Revivalists* die Zwei-Nationen-Theorie zunächst ablehnte, hatte er es doch dem mit religiösem Vokabular durchsetzten Wahlkampf der großen Parteien und deren Stilisierung der indischen Muslime zu einer von ihren hinduistischen Nachbarn völlig verschiedenen Nation zu verdanken, daß seine autoritäre und statische Deutung des Islams später solche Bedeutung erlangte.

***Abul A'la al-Maududi: Der Ideologe der Jama'at-i-Islami***

Mit der Teilung Indiens im Zuge der Unabhängigkeit 1947 verlagerte sich der kulturelle Schwerpunkt des indischen Islams nach Pakistan, vorwiegend in die westpakistanischen Provinzen Punjab und Sindh, wo sich die meisten muslimischen Flüchtlinge, darunter große Teile der nordindischen städtischen Intelligenz, niedergelassen hatte. (4) Auch Maududi ging nach Pakistan. In Lahore begann er mit dem Aufbau seiner *Jama'at-i-Islami* (etwa: Islamische Vereinigung) zu einer straff organisierten Kaderpartei mit gestaffelter Mitgliedschaft. Anders als in Indien, wo sich die Partei vorwiegend der inneren Missionierung der Muslime widmet, ist das Ziel in Pakistan die konsequente Islamisierung des Staates. (5)

Bis zu seinem Tod 1979 propagierte Maududi seine Ideen in unzähligen Aufsätzen und Reden: (6) Die Souveränität Gottes erstrecke sich auf alle Bereiche des Lebens. Stellvertreter dieser Souveränität sei der Staat, dessen Macht somit kein Aspekt des Lebens entzogen sei. Staatliche Normen und Institutionen hätten sich allein aus Koran und *sunna* herzuleiten, denn diese böten ein umfassendes, abschließendes und eindeutiges Modell gesell-

anarchistisch gewaltfrei

graswurzel revolution

- widerstand gegen staat und krieg
- befreiung im alltag
- transnationalismus
- aktuelle politik aus gewaltfrei-anarchistischer sicht
- rezensionen
- concert for anarchy

u.v.m.

Jahresabo: 40 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 3 Ausgaben gegen 10 DM Vorkasse
Förderabonnentinnen und SpenderInnen herzlich willkommen

Graswurzelrevolution
Vertrieb
Straßburger Str. 24
D-10405 Berlin
Fax 030/442 81 85
www.comlink.de/graswurzel

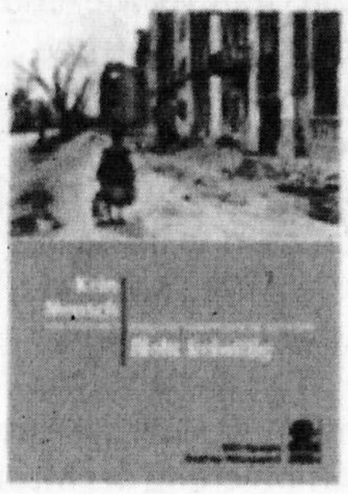
GWR
Postbank Hamburg
Kto.-Nr.: 26657207
BLZ 200 100 20

NEU

Bücher der Graswurzelrevolution:

Lou Marin
Ursprung der Revolte
Albert Camus und der Anarchismus
326 S. · 39,80 DM
ISBN 3-9806353-0-9

GWR (Hg.)
Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende
203 S. · 29,80 DM
ISBN 3-9806353-1-7



**Kein Mensch flieht freiwillig**

Fluchtursache:
Krieg und innerstaatliche Konflikte

**Aus dem Inhalt**

Kleinwaffen ·
Folterwerkzeuge ·
Ausstattungshilfe ·
Rüstungsexporte ·
Frauen und Krieg ·
Länderbeispiele:
Türkei, Afghanistan, Sierra Leone, Birma

**Bezug über**

BUKO Kampagne
„Stoppt den Rüstungsexport"
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel.: 0421-326045;
FAX.: 0421-3378177
e-mail:
rexbuko@oln.comlink.apc.org
Preis 6,- DM

schaftlichen Zusammenlebens. Diese statische und konsequent ahistorische Sicht verbindet er mit einer engen, fast wortklauberischen Auslegung, in der die Beziehung des Gläubigen zu Gott vor allem in Begriffen der Autorität beschrieben wird. Nicht Liebe zu Gott – wie sie die im indischen Volksislam weit verbreiteten mystischen Strömungen betonen – sondern Gehorsam zeichne den wahrhaft Frommen aus. Die Anhängerschaft der *Jama'at* findet sich denn auch vorwiegend unter städtischen Schichten: von staatlicher Verteilungspolitik vernachlässigte Händler und kleine Geschäftsinhaber und ganz überwiegend Männer.

***Die Jama'at als Partei und Bewegung***

Ihre Kampagnen sichern der *Jama'at* in der pakistanischen Öffentlichkeit eine Aufmerksamkeit, die weit über den schwachen Einfluß ihrer wenigen Parlamentsabgeordneten hinausreicht. Die Feststellung der Souveränität Gottes, die staatliche Einziehung der Wohlfahrtssteuer zakat, die Einführung des Scharia-Gerichts zur Anpassung der Gesetze und andere Verfassungsänderungen gehen auch auf die Kampagnen der *Jama'at-i-Islami* zurück. Dabei stellten die Erfolge unter Militärdiktator Zia ul-Haq die Partei vor ein neues Problem: Zunehmend sah sie sich nicht nur als Protestbewegung gegen die herrschenden Eliten, sondern von diesen als Legitimationsquelle vereinnahmt. Erst der Putsch des säkular orientierten Generalstabschefs Pervez Musharraf im Herbst 1999 ermöglichte es der Parteiführung um Amir Qazi Hussain, sich erneut eindeutig als Protestbewegung zu profilieren. Waren die ersten Kampagnen nach dem Putsch inhaltlich noch eher dürftig – gegen die Verbreitung der »Cola- und Burger-Kultur« – bietet der Krieg in Afghanistan nun die Möglichkeit, mehr als nur die Menschen anzusprechen, die sich vom kulturellen Einfluß des Westens überfahren fühlen. Bei den für Herbst 2002 erhofften Parlamentswahlen wird sich das aufgrund des reinen Mehrheitswahlrechts nicht notwendig in Mandatsgewinnen ausdrücken. Aber die amerikanische Allianzbildung mit den autoritärsten Regimen Asiens kann der Strategie der Islamisten, sich als sittliche Alternative zu den korrumpierten Eliten des Landes zu profilieren, nur hilfreich sein.

*Torsten Otto*

# Berichte
## -News-

### *Parteisoldaten im Reichstag*

Unter dem Motto »Parlamentarische Parteisoldaten stoppen!« protestierten am 16.11. zahlreiche VertreterInnen der undogmatischen Friedensbewegung, darunter die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär gegen die Entsendung deutscher Soldaten. Mehr als 300 Demonstranten versammelten sich vor Sitzungsbeginn am Reichstag. Um 7.30 Uhr wurde über dem Westportal des Reichstages ein Transparent mit dem Text »Kriege bringen keinen Frieden« entrollt. Mehrere Personen legten sich vor den Eingang, um den Zugang zum Parlament zu verhindern. Später blockierten weitere 100 Demonstranten die Straße des 17. Juni am Brandenburger Tor und wurden von der Polizei geräumt. Es kam zu Festnahmen, von der Polizei wurden mehr als 100 Platzverweise ausgesprochen. Insgesamt beteiligten sich etwa 500 Personen an den Protesten. Die Aufforderung an die Bundestagsabgeordneten lautete: »Sagen Sie NEIN zur Anmaßung der Bundesregierung, ihr eine nahezu schrankenlose Kriegsvollmacht auszustellen! Wir brauchen keine parlamentarischen Parteisoldaten, sondern aufrechte Demokraten!« Aber die Bundestagsabgeordneten hörten nicht: Trotz der regelwidrigen Verknüpfung der »Vertrauensfrage« mit einer, noch dazu schwerwiegenden, Sachfrage, bekam Kanzler Schröder das Vertrauen der rot-grünen Koalition ausgesprochen. Die Gegenstimmen aus den »eigenen Reihen« wurden so abgezählt, daß die Mehrheit gesichert blieb. CDU/CSU und FDP stimmten zwar mit Nein, aber nicht etwa, weil sie gegen den Krieg wären. Ein wirkliches Nein zum Krieg erklärte diesmal lediglich die PDS.

*Berlin 16.11.2001: Vor dem Reichstag appellieren KriegsgegnerInnen an das Gewissen der Bundestagsabgeordneten*
*(Foto: Christian Herz)*

### *Wer wovon profitiert...*

Bald nach den Anschlägen des 11. Septembers verbreitete sich in den USA, aber auch in anderen Staaten eine wahre Milzbrand-Panik. Enthielt ein Teil der in den USA aufgefundenen Briefe offenbar tatsächlich Anthrax-Sporen und kam es in den USA auch zu einigen schwer verlaufenden und tödlichen Erkrankungen, so konnte man in der Bundesrepublik nur von Hysterie reden. (Oder gibt es jemanden, der einen mit deutschen Briefmarken frankierten, aber mit dem Absender »Ahmed aus Islamabad« versehenen Brief bei kühler Überlegung für mehr als einen ziemlich makabren Scherz halten würde?) Was zu Anfang der Berichte schon durchklang, stellt sich nun als wahrscheinlich heraus: Das Anthrax stammt offenbar aus US-amerikanischen Labors. Die bisher identifizierten Erreger kommen aus Stämmen, deren Anzucht bisher nur in den USA gelungen ist, und die hohe Konzentration der Bakterien verweist darauf, daß sie auch erst in letzter Zeit produziert sein müssen. Zudem wurden bereits vor dem September solche Bakterien mit der Post verschickt – im ganz normalen Briefverkehr zwischen verschiedenen Labors der Biowaffenforschung. An diese Tatbestände anknüpfend, darf frei spekuliert werden... Keine Spekulation indessen könnte sein, was Greenpeace herausfand: Ein US-Mikrobiologe habe die Briefe versandt, um über diesen Weg Druck auszuüben und mehr Geld für die Forschung an Biowaffen herauszuschlagen. So über Leichen zu gehen, wäre für einen Krimi ein fast unglaubliches Motiv, aber in der Realität ist alles möglich. Der Zusammenhang zu den Urhebern der Anschläge des 11. Septembers, der sich den Medien zu Anfang förmlich anbot, wird dagegen immer unwahrscheinlicher, und – o Wunder! – die permanenten Meldungen über neue Fälle verstummen.

### *Keine Diskussionen*

Bis Ende September 2001 hatte die Nato in Mazedonien sage und schreibe 3.300 Waffen eingesammelt, wobei die UCK sicherlich auch die Gelegenheit genutzt hat, ihre veralteten Bestände loszuwerden. Nach dieser Aktion soll sich, ihren eigenen Angaben zufolge, die UCK aufgelöst haben. »Alle Kämpfer«, so soll ein Sprecher der Organisation laut Bundeswehr erklärt haben, »gehen (...) wieder ihren normalen Beschäftigungen nach«. Lassen wir mal beiseite, was die normale Beschäftigung eines UCK-Kämpfers ist und wenden wir uns der Bundeswehr zu. Trotz der angeblich so erfolgreichen »Essential Harvest« wurde der Bundeswehr Ende September durch den Bundestag ein Nachfolgemandat (»Task Force Fox) erteilt. Darüber hinaus steht die Nato-Truppe in Mazedonien nunmehr unter dem Kommando der Bundeswehr und hat ein »robustes Mandat«, im Klartext: einen Auftrag, der über die reine Selbstverteidigung hinausgeht. Im

***Ja.*** Ich abonniere ***illoyal.*** Journal für Antimilitarismus
ab der nächstmöglichen Ausgabe für ein Jahr (vier Ausgaben).
Das Abo verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

❍ Euro 12,50 für ein Jahresabo
❍ Euro 25 für ein UnterstützerInnenabo
habe ich auf das Konto von Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Nr. 741 834 109 bei der Postbank Berlin (BLZ 10010010)
unter dem Stichwort *illoyal* überwiesen.
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen.

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V., Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin senden.

Dezember wurde eine erneute Verlängerung des Mandats um weitere drei Monate beschlossen. Um dies aus der Presse zu erfahren, mußte man schon ins Kleingedruckte schauen. Die Debatten sind gelaufen, jetzt wird nur noch abgenickt.

***Tapferkeitspreise***

Der »robuste Einsatz« naht, mit Verlusten ist zu rechnen, und deshalb müssen Zielprämien ausgelobt werden, Leute! Das dachte sich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Hohmann und schlug deshalb vor, das Eiserne Kreuz – warum nicht gleich das Ritterkreuz, Herr Hohmann? – wieder einzuführen und zwar für die tapferen Soldaten, die ihr Leben in Afghanistan riskieren.
Besonders tapfer ... sind in Wahrheit die MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen, die bis zum Beginn des Angriffs gegen Afghanistan dort ausharrten und, kaum bemerkt von der Weltöffentlichkeit, nicht selten unerwünscht und schikaniert von den Taliban, den Menschen in Afghanistan die dringend benötigte humanitäre Hilfe zukommen ließen.
Besonders tapfer finden wir zum Beispiel Ursula Nölle, die in pakistanischen Flüchtlingslagern Schulen für afghanische Kinder gründete und das Netz dieser Schulen auch in mehrere Regionen Afghanistans zog. Darunter sind Mädchenschulen, die einen großen Zulauf erfahren und so beweisen, daß afghanische Eltern auf die Bildung ihrer Töchter durchaus Wert legen. Dafür gibt's keine eisernen Kreuze, aber das Wort »Nölle« ist in den betreffenden Gegenden zum Synonym für »Schule« geworden.

***Schönheitspreise***

Kommt der Winter, werden die Abende im Feldlager lang und kalt. Um den Soldaten der Bundeswehr im Kosovo das Warten aufs Christkind zu versüßen, hat nun die Bild-Zeitung einen begrenzten Beistandspakt mit der Bundeswehr geschlossen. Immer nur »Spindluder« bringt's halt nicht, und mit Musik geht alles besser, also wurden Mitte Dezember die »No Angels« für einen Auftritt im Kosovo angeheuert, fünf Frauen, die sich offenbar für nix zu schade sind und jedenfalls unpolitisch genug, auf ihrer aktuellen Single im militärischen Outfit auf einer Landepiste zu stehen, beinahe realistisch – nur nicht so zugeknöpft. Wer es dagegen bodenständiger mag, auch für den hat die nationale Truppe was zu bieten: Der Schlagersänger Gunther Gabriel ist von seinem einstigen Kampffeld Autobahn nun auf das Schlachtfeld für den Frieden übergewechselt: Sang er doch im letzten Jahr schon für die Kfor, und zwar ohne Schützenhilfe der Bild-Zeitung, ganz in Eigeninitiative. »Für mich war das selbstverständlich, Ehrensache – jenseits aller Kriterien, warum überhaupt unsere Soldaten da unten sind. Erst einmal bin ich für sie da unten, das allein zählt.« Neuerdings tritt er bevorzugt in Soldatenheimen auf, laut SZ zum Bundeswehr-Soli-Sonder-Eintrittspreis von DM 6,-. Noch ein Zitat von seiner Homepage? Bitte: »Es gibt viele Nebengleise, Bahnen, die neu sind, Wege, die voller Gefahren sind, aber auch voller Schönheit.« Genau, egal warum, egal für wen, Hauptsache Gefahren, Hauptsache Schönheit. »Er ist ein Kerl, ein ganzer Mann...«

***Zunehmend Zweifel ...***

... an der Rechtmäßigkeit der Wehrpflicht zeigen deutsche Gerichte. Den Beginn machte das Potsdamer Landgericht. In einem Verfahren wegen seiner totalen Kriegsdienstverweigerung konnte Volker Wiedersberg, langjähriger Mitarbeiter der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, das Gericht von der Rechtswidrigkeit der Wehrpflicht überzeugen. Im März 1999 setzte das Landgericht das Verfahren aus und rief das Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflicht an. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht setzte im April 2001 ein Klageverfahren eines Abiturienten bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes aus, um prüfen zu lassen, ob die ausschließlich für Männer geltende Wehrpflicht gegen die europäische Gleichstellungsrichtlinie verstoße. Zwei Soldaten und ein Zivildienstleistender, die sich »unerlaubt vom Dienst entfernt« hatten, standen im Oktober 2001 vor dem Düsseldorfer Amtsgericht. Da auch hier der Richter von der Verfassungswidrigkeit der Wehrpflicht überzeugt ist, setzte er das Verfahren ebenfalls aus und rief das Bundesverfassungsgericht an. Wegen des gleichen Vorwurfs stand ein Zivildienstflüchtiger am 10. Dezember vor dem Münchener Amtsgericht. Der Prozeß wurde vertagt, da der Richter für sich die Rechtmäßigkeit der Wehrpflicht erst prüfen müsse, bevor er urteilen könne. Im zentralen Wiedersberg-Verfahren entscheidet das Bundesverfassungsgericht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2002: Daumen drücken.

# Berichte
## - Südafrika-

## *Erfüllte Hoffnungen oder Ernüchterung am Kap?* Friedlicher Wandel in Südafrika.

Südafrika wird vielfach als Beispiel eines gelungenen Friedensprozesses angesehen. Besonders das Ende der Apartheid und die ersten freien Wahlen 1994 machten positive Schlagzeilen in der internationalen Presse. Wie kam es zu diesem friedlichen Wandel? Welche Faktoren spielten eine entscheidende Rolle? Der Blick der Weltöffentlichkeit liegt in den letzten Jahren auf anderen Konflikten und Regionen. Der Prozeß des Wandels in Südafrika ist allerdings noch lange nicht abgeschlossen. Haben sich die Hoffnungen der Menschen erfüllt oder herrscht Ernüchterung vor? In diesem Beitrag wird versucht, den relativ friedlichen Wandel zu würdigen, aber auch die noch offenen Probleme aufzuzeigen.

***Wie kam es zum Ende der Apartheid ?***

Der Kontext, in dem das »kleine Wunder« des friedlichen Endes der Apartheid möglich wurde, ist äußerst komplex. Die weltpolitische Lage nach den Reformen Gorbatschows und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes beraubte das Apartheidsystem seines Feindbildes vom »bösen Kommunisten« in Gestalt des ANC-Widerstandskämpfers. Ebenso schwand die geopolitische Bedeutung Südafrikas als Bollwerk gegen den Kommunismus an der Südspitze Afrikas. Die Anti-Apartheid-Bewegung im Westen gewann an Einfluß, und schließlich wurden wirtschaftliche Sanktionen erlassen, und westliche Investoren zogen sich zurück. Für die Stimmung im Lande war es keineswegs unbedeutend, von internationalen Sportveranstaltungen ausgeschlossen zu sein. Im Gegensatz zu heute war es nicht schick, in Südafrika Urlaub zu machen. Weiße Südafrikaner fühlten sich oftmals als Aussätzige, wenn sie sich den bohrenden Fragen des Auslandes stellen mußten.

So wichtig die äußeren Einflüsse waren, entscheidend für den Wandel und seinen friedlichen Verlauf waren innenpolitische Faktoren. Beispielsweise belasteten wirtschaftliche Probleme die südafrikanische Gesellschaft seit den 80er Jahren. Bereits die Ölkrise von 1973 und der Verfall des Goldpreises hatten das Land schwer getroffen. Internationale Sanktionen und Disinvestment, aber vor allem die schwache Binnenkonjunktur stürzten Südafrika in eine tiefe, strukturell bedingte Rezession. Das System der Apartheid hatte nach einigen goldenen Jahren in den 60ern seine ökonomischen Grenzen erreicht. Es fehlte an Binnennachfrage, da es nicht genügend Kaufkraft auf dem südafrikanischen Markt gab und regionale oder internationale Märkte waren unzugänglich. Demographisch gesehen, nahm der Anteil der Weißen an der Gesamtbevölkerung stetig ab. Zudem hielt das Apartheidsystem die Mehrheit der Bevölkerung in bitterer Armut. Das Geld langte oftmals nicht einmal zum Überleben, geschweige denn zum Kauf von Konsumgütern. Das bewußt auf Minderwertigkeit ausgelegte Bildungssystem für Nicht-Weiße führte letztlich zu einem Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß die von Weißen dominierte Wirtschaftselite Reformen einforderte. Die ersten zaghaften Liberalisierungsmaßnahmen ab 1978 waren denn auch wirtschaftlich motiviert und zielten auf die Stabilisierung des Apartheidsystems durch die Schaffung einer konsumfreudigeren schwarzen Mittelklasse.

Ökonomische Faktoren sollten jedoch nicht überbewertet werden. Im Lande regte sich mehr und mehr Widerstand, der neue Formen annahm. Der bewaffnete Widerstand des ANC fand viel internationale Aufmerksamkeit, während der zivile Widerstand in seiner Bedeutung eher vernachlässigt wird.
Die ersten Reformen im Arbeitsrecht – noch zu Zeiten der Apartheid – ermöglichten es nun auch Schwarzen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Damit gab erstmals nach dem ANC-Verbot von 1960 eine legale Plattform für politischen Protest. In den Townships bildeten sich Parallelstrukturen zur Administration des Apartheidsystems. Sogenannte »civic organisations« entstanden im kommunalen Bereich, um den Alltag in gewählten Straßenkomitees selbst zu organisieren. Nach den Schüleraufständen von 1976 und ab 1984 trat eine neue Generation den Kampf gegen das Apartheidsystem an. Mit der »End of Conscription Campaign« wandten sich nun auch weiße Jugendliche massiv gegen das Apartheidregime. Sie wehrten sich gegen den Wehrdienst und waren nicht bereit, gegen das Gespenst der roten Gefahr in den sogenannten Frontstaaten um Südafrika herum zu kämpfen. Kriegsdienstverweigerer wurden vor Gericht gestellt – vergleichbar den bundesdeutschen Totalverweigerern – und mit Gefängnis bestraft. Daraus entstand eine politische Bewegung gegen den Wehrdienst.

Der Widerstand im Lande regte sich auf allen Ebenen und wurde mit einer neuen Welle der Repression beantwortet. Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes 1985, wurden oppositionelle Gruppen in den Untergrund gedrängt. In immer neuen Strukturen organisiert, wuchs der Widerstand zum »Mass Democratic Movement« an. Massenproteste, Arbeitsniederlegungen sowie Boykotte und die Selbstorganisation in den Town-

ships machten das Land nahezu unregierbar. Es ist davon auszugehen, daß es nach Jahrzehnten des Widerstandes und der Repression zu einer Patt-Situation gekommen war. Keine Seite hatte einen Sieg errungen oder hatte Aussicht darauf. Die Zeit war reif für Verhandlungen und Kompromisse. Die Reformer setzten sich gegen die Falken durch. In seiner Antrittsrede vor dem Parlament im Februar 1990 hob Frederik W. de Klerk das Verbot zahlreicher Widerstandsorganisation, einschließlich des ANC, auf und stellte das Ende der Apartheid und die Freilassung Nelson Mandelas, eines Symbols des Freiheitskampfes der Schwarzen, in Aussicht.

***Viele Mandelas***

Politische Analysen richten ihren Fokus häufig auf die nationalen Führungseliten und erklären den Wandel mit dem Verhalten dieser Akteure. Der positive Einfluß solcher Führungspersönlichkeiten auf beiden Seiten, wie die Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu und Nelson Mandela sowie Frederik W. de Klerk, ist nicht gering zu schätzen. Jedoch kann ein Frieden nicht von oben diktiert werden. Es gibt in Südafrika viele kleine und große Mandelas, auf allen Ebenen und aus allen Schichten.

Eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren hat den Widerstand mobilisiert und trägt bis heute den gesellschaftlichen Transformationsprozeß voran. Die Verhandlungen über die Zukunft Südafrikas fanden keineswegs nur auf der höchsten politischen Ebene zwischen den Parteiführern statt, sondern vor allem auch auf der kommunalen Ebene. Bevor nach vierjährigen Verhandlungen die Übergangsverfassung erarbeitet war und freie Wahlen stattgefunden hatten, diskutierten die früheren Feinde in lokalen Foren und »peace committees« alle Fragen des Wandels. Es mußten Lösungen gefunden werden für die kommunale Wasser- und Stromversorgung und alle anderen strukturellen Probleme des Landes. Vertrauen mußte auf beiden Seiten erst langsam aufgebaut werden. Beispielhaft möchte ich sogenannte »community policing fora« anführen. Hier setzen sich bis heute Menschen aus den Townships mit ihren »neuen« Nachbarn aus den angrenzenden weißen Wohngebieten zusammen, um Sicherheitsfragen zu besprechen und Vertrauen in die Polizei und das Justizsystem zu fördern.

***Friedlicher Wandel ohne wirklichen Frieden***

Nach Jahrhunderten des Kolonialismus und weiteren Jahrzehnten der Apartheid ist die südafrikanische Gesellschaft auch heute von diesem Erbe gezeichnet. Sieben Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen ist Gleichheit auf politisch-rechtlicher Ebene formal hergestellt. Sozio-ökonomische Gegensätze lassen sich jedoch nicht per Gesetzesänderung in wenigen Jahren ausgleichen. Am Beispiel der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission lassen sich die Schwierigkeiten des friedlichen Wandels genauer beleuchten. International hoch geachtet für ihre Arbeit, herrscht vor allem auf Seiten der schwarzen Apartheidopfer Enttäuschung vor. Der Ansatz der »truth and reconciliation commission« (TRC) bestand darin, geständigen Tätern Amnestie zu gewähren, wenn diese die volle Wahrheit ausgesagt hatten und es sich um politisch motivierte Taten in einem bestimmten Zeitrahmen handelte. Ein TRC-Slogan lautete: Die Wahrheit schmerzt, aber das Schweigen tötet. Durch den öffentlichen Charakter der Anhörungen, die zum Teil im Fernsehen übertragen wurden, konnte nicht nur der Wahrheitsfindung gedient werden. Zukünftige Interpretationen der südafrikanischen Geschichte werden die Verbrechen im Namen der Apartheid nicht mehr verleugnen können. Viele Opfer würdigen die Anerkennung der eigenen Lebens- und Leidensgeschichte durch die TRC. In diesem Sinne kann die Arbeit der Kommission als durchaus erfolgreich gewertet werden.

Versöhnung erschöpft sich jedoch nicht mit der Wahrheitsfindung. Für die Opfer geht es vor allem um Wiedergutmachung. Mir berichteten zahlreiche Opfer und ihre Angehörigen, daß sie sich erleichtert fühlten, nachdem sie vor der TRC ausgesagt hatten. Als sie jedoch am selben Abend nach Hause kamen, brach die Realität über sie hinein: Es mangelt weiterhin an Essen für die Kinder. Sie sitzen noch immer in ihrer Wellblechhütte, während die Täter sich im eigenen Swimmingpool laben und gut von ihrer Pension leben können.

Der Versöhnungsprozeß war mit der Veröffentlichung des Abschlußberichts der TRC Ende Oktober 1998 keineswegs vollendet. Ihrem Mandat folgend sind über 20.000 Opfer gehört worden, und von über 7.000 Anträgen auf Amnestie wurden nur etwa 850 positiv beschieden. Im Hinblick auf Wiedergutmachung für die Opfer konnten von der TRC jedoch nur Empfehlungen ausgesprochen werden, die allerdings sehr eindeutig für finanzielle Entschädigung ausfielen und konkrete Summen und Finanzierungsmodelle benannten. Dennoch drückt sich die südafrikanische ANC-geführte Regierung bis heute vor dieser Verantwortung und verweist auf die wirtschaftlichen Probleme. Der zunehmende Protest der zumeist schwarzen Opfer richtet sich zum einen an die eigene Regierung, aber auch an die Weißen im allgemeinen und die Apartheidprofiteure in allen Lagern im Besonderen, vor allem in der Wirtschaft. Zivilgesellschaftliche Akteure, wie Zusammenschlüsse von Apartheidopfern oder auch akademische Kreise, sind es, die versuchen, den ins Stocken geratenen Versöhnungsprozeß in Bewegung zu halten und zu vertiefen.

Als weiteres Beispiel für die Komplexität des Transformationsprozesses kann das sogenannte »recon-

struction and development programme« gelten, mit dem der ANC 1994 in die Wahlen zog und dieses später zum Regierungsprogramm machte. Die darin formulierten Ziele, beispielsweise innerhalb von 5 Jahren bis zu einer halben Million neue Arbeitsplätze zu schaffen, nährten unrealistische Hoffnungen. Die Bilanz des Wandels ist ernüchternd: Die Arbeitslosenrate unter den Schwarzen liegt bei rund 40 %, die der schwarzen Jugendlichen wird auf bis zu 70 % geschätzt. Inzwischen ist das Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm durch ein neoliberales Konzept ersetzt worden, daß auf Wirtschaftswachstum und Auslandsinvestitionen als Motor des Wandels ausgerichtet ist.

Auch wenn es einen friedlichen Übergang zur Demokratie gab, so ist das »Post-Apartheid«-Südafrika noch weit von einem sozialen Frieden entfernt. Statt dessen herrscht strukturelle und kulturelle Gewalt vor, die nicht selten in direkter Gewalt zum Ausdruck kommt.
Bezeichnenderweise hat das Ministerium für Sicherheit ein Moratorium verhängt und veröffentlicht seit einigen Jahren keine Kriminalitätsstatistiken. So läßt sich das genaue Ausmaß der Gewalt nicht beziffern. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß die politische Gewalt im Vergleich zur Apartheidära deutlich zurückging, während sich die sozialen Gegensätze nun – zum Teil erschreckend brutal – in krimineller Gewalt ausdrücken.

***Es braucht den langen Atem der vielen Mandelas***

Der Wandel in Südafrika war relativ friedlich und wurde auf der politisch-rechtlichen Ebene formal vollzogen. Es gilt allerdings, den sozio-ökonomischen Wandel und die innergesellschaftliche Versöhnung umzusetzen und im Alltag der Menschen spürbar zu machen. Während staatlich gelenkte Versuche, wie das Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm oder auch die nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission, nur begrenzt erfolgreich waren, sind es die vielen Mandelas auf der kommunalen Ebene, die den Wandel in Bewegung halten. Es wird auf den langen Atem der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteure ankommen, immer wieder neue Impulse zu setzen und Druck auf die staatlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger auszuüben. Südafrika stehen noch schwierige Jahrzehnte bevor. Trotz gewisser Ernüchterung besteht berechtigter Grund zur Hoffnung auf eine Fortsetzung des friedlichen Wandels.

*Jochen Neumann*

# Berichte
## - Warum töten?-

## *Vom massenhaften gegenseitigen Töten*
## oder:
## Wie die Erforschung des Krieges zum Kern kommt

Unter diesem Titel fand vom 2. bis 4. November bei der Evangelischen Akademie in Loccum die – für Interessierte offene – Jahrestagung des »Arbeitskreises Historische Friedensforschung« statt.
Ehrgeiziges Ziel der Tagung war es, das Schweigen vom Töten – für die Forscher eines der zentralen Hindernisse gesellschaftlicher Zivilisierungsprozesse – zu brechen, wissenschaftlich vorzustoßen in die weitestgehend tabuisierten Bereiche der Tötungshandlung.
Die Frage, ob Menschen in der Lage sind, das gegenseitige Töten abzuschaffen, wurde zu Beginn der Veranstaltung von den Initiatoren gestellt und war als Leitfrage für die gesamte Tagung gedacht – sie allerdings wurde zu keinem Zeitpunkt besprochen, geschweige denn beantwortet. Und überhaupt wurden (gesellschafts)politische Konsequenzen aus den gewonnenen Forschungsergebnissen an diesen beiden Tagen nicht einmal gedanklich gestreift.
Einige Vorträge vermittelten vorwiegend empirische Forschungsergebnisse – gewonnen z.B. durch die Analyse von Feldpostbriefen, die Untersuchung von Darstellungen in der Literatur des 20. Jahrhunderts, der Darstellung des Tötens in Dokumentar- und Spielfilmen und von Interviews mit Kriegsberichterstattern. Andere, wie der des Journalisten Winfried Scharlau, der während des Vietnamkrieges persönlich mehrere Jahre von dort berichtete, beschrieben aus eigener Erfahrung – hier der mit der Medienpolitik – die Wirkung unzensierter Kriegsrealität auf die »Moral an der Heimatfront«, sprich auf die Bereitschaft von Menschen, in das angeordnete, kollektive Töten einzuwilligen. »Nach den Erfahrungen des Vietnamkrieges haben Militärs das Informationsmonopol nie mehr aus der Hand gegeben.«
Über gezieltes Töten während des Zweiten Weltkrieges wurde anhand der Beispiele Belo-Rußland und Babij Jar (Ukraine) berichtet und darüber, wie verschwiegen und verdrängt und wie die Aufzeichnungen der Wehrmacht gesäubert wurden.
Zu den für Nicht-Profis aufschlußreichsten Ausführungen gehörten die über atomare Vergeltung, deutsche Atombewaffnung und die Vorbereitung der Täter auf den Atombombenabwurf auf Hiroshima, vorgetragen von Detlef Bald, die der in Deutschland lebenden und lehrenden Wissenschaftlerin Elcin Kürsat-Ahlers zur historisch-soziologischen Deutung des Tötens in Genoziden und die des Sozialpsychologen Rolf Pohl zur Psychogenese von Massenmördern. Bernd Greiner vom Hamburger Institut für Sozialforschung sprach über die Dynamik eines Massakers, exemplarisch dargestellt an den Ereignissen in My Lai, und formulierte die einzige provozierende These der Tagung: Seine Forschungen belegten, daß sexuelle Gewalt gegen Frauen den zentralen Schlüssel zum Verständnis von Gewalt im Krieg darstellt. Die Erfahrung der Verletzlichkeit des eigenen Körpers wird mit Vergewaltigungsverbrechen kompensiert, Gewalt gegen Frauen als Mittel gegen die Angst vor der Bedrohung der männlichen Unbesiegbarkeit und vor Machtverlust. Die irritierten Blicke und ungläubigen Nachfragen der männlichen Historikerkollegen brachten die unvoreingenommene Zuhörerin abrupt wieder auf den Boden der gesellschaftlichen Tatsachen zurück, wo die Frage, ob Menschen in der Lage sind, das gegenseitige Töten (und Vergewaltigen) abzuschaffen, noch immer offen und unbeantwortet lauert.

*Sabine Schaaf*

## *Männliches Schläferpotential*

*illoyal: Herr Pohl, ist es egal, ob man im Partisanenkrieg, im Bürgerkrieg oder im offiziell erklärten Krieg kämpft? Läuft das Töten immer in derselben Form ab, oder gibt es Unterschiede?*
*Pohl:* Es gibt zwar ähnliche Grundmotive und -mechanismen, aber es gibt große Unterschiede, was die Verlaufsformen und die Dynamik dieser unterschiedlichen Kriegsformen angeht. Die Motivation des Handelns bzw. Tötens, also, ob es aus Haß oder Leidenschaft passiert, ist entscheidend für den einzelnen und auch für die einzelne Kampfhandlung.

*illoyal: Was gehört denn zum Töten im Krieg?*
*Pohl:* Die wichtigste Bedingung ist, daß die ansozialisierte und erworbene Tötungshemmung aufgehoben wird, also das Tötungstabu durchbrochen wird, und zwar in der Regel in der Vorbereitung oder in der Dynamik des Krieges. Die Soldaten werden ja dazu ausgebildet, das Geschäft des Tötens zu erlernen, also eine Lizenz zum Töten zu erwerben, das heißt: Es wird ihnen erlaubt und dann auch noch belohnt.

*illoyal: Gehört das Töten also zum »normalen« Mann und muß nur gegebenenfalls aktiviert werden? Modisch ausgedrückt, gehört es zum männlichen »Schläferpotential«?*
*Pohl:* Ich bin nicht der Meinung, daß eine Lust zum Töten irgendwie anthropologisch gegeben und

angeboren ist. Das kann man nicht auf ein biologisches oder Triebpotential zurückführen. Es gehört gleichwohl zur Grundausstattung von Männlichkeit in den kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnissen bei uns, die sicher viele frühe, archaische Potentiale benutzt und mobilisiert und in eine Richtung bringt, nämlich Richtung Feindbild, Richtung Zerstörung, Richtung Wiederaufrichtung durch Zerstörung eines fremden Objekts. Aber das ist kein »Trieb«, sondern es wird erworben, erlernt und im Krieg und zu seiner Vorbereitung systematisch erzeugt.

*illoyal: Könnte man, wenn es eine erworbene Eigenschaft ist, nicht auch das Gegenteil antrainieren? Daß also die Tötungshemmung verstärkt und unüberwindbar wird? Kurz: Kann man dann nicht auch eine zivile Umerziehung von Männern in der Gesellschaft bewirken?*
*Pohl:* Das haben ja schon viele versucht und sind daran gescheitert, durch zivile Verteidigungsstrategien zum Beispiel oder Trainingsprojekte gegen männliche Gewalt, aber die dann scheitern müssen, wenn sie das Aggressionsproblem als ein isolierbares, aus den Männern durch gezielte Maßnahmen herauszubringendes Element auffassen. Also die Gewalt aus den Männern »rausbringen« wollen, aber dabei vernachlässigen, welche Einstellungen zum eigenen und zum anderen, also weiblichen Geschlecht in diesen Gewalthandlungen zum Ausbruch und zum Ausdruck kommen. Und diese Idee, also Weiblichkeit, Anti-Weiblichkeit, Frauenbild mit Feindbild zu verknüpfen, was zum Beispiel in den Massenvergewaltigungen ganz stark zum Ausdruck kommt, wird damit nicht durchbrochen. Es muß also vielmehr an diesen inneren Feindbildern und Projektionsneigungen gearbeitet werden. Ein weiterer Gesichtspunkt, ob wir dazu zu bringen sind, vom gegenseitigen, massenhaften Töten abzulassen, wäre der, genauer zu untersuchen, was bei Männern stattfindet, bei Soldaten, also bei denen, die in solche Kriegssituationen hineingebracht werden, die sich dem Töten verweigern oder sich nicht daran beteiligen. Ist da die Hemmung ausgeprägter? Welche Faktoren spielen bei denen eine Rolle? Das ist leider viel zu wenig erforscht.

*illoyal: Warum?*
*Pohl:* Weil man zuerst eher das Augenmerk auf die spektakulären Fälle massenhaft ausbrechender Gewalt richtet und nicht auf die Deserteure und Kriegdienstverweigerer zum Beispiel hinsichtlich ihrer psychischen Widerstände, Abwehrformen und so weiter, was ja im Ausdruck sehr unspektakulär ist, weil es sich im Inneren der Männer abspielt, also ein eher »stilles« Szenarium abgibt. Solche Untersuchungen könnten meiner Meinung nach sehr wohl dazu beitragen, Hilfen zur Immunisierung gegen solche Verrohung und Verführung zu Gewalt und Zerstörung aufzuzeigen.

*illoyal: Also ist es auch eine Frage der Politik und herrschenden Ideologie, welches Männerbild, bzw. welche Bild von Männlichkeit gefördert und forciert wird?*
*Pohl:* Zumindest ist es keine Frage, die sich nur durch Erziehung oder ein Erziehungsprogramm lösen läßt. Man sieht das ja an der Gewalt und Gewaltfaszination von Heranwachsenden, die ja in unserer Kultur so verbreitet ist. Diese Gewaltbereitschaft und Faszination gehört bei uns zur Ausstattung von Männlichkeit in den Aufwachsbedingungen. Sie sind ganz schwer zu analysieren und auszutreiben, und natürlich gehören sie zu dem prägenden Bild von Männlichkeit, das in Amerika mit dem »John-Wayne-Mythos« in Verbindung gebracht wird, und auch wieder dieser Verknüpfung von sozialer und sexueller Potenz und diese in einer Gefechtsituation unter Beweis zu stellen. Margarete Mitscherlich hat einmal die Gefechtsituation mit der Geschlechtsituation verglichen, das heißt, banal gesagt, daß in beiden Situationen der Mann »seinen Mann stehen« und sich »beweisen« muß. Stärke, Macht und die Überlegenheit über das andere Geschlecht gehören demnach zu unserem Bild von Männlichkeit, das nicht nur einmal, sondern das ganze Leben zu beweisen ist. Denn das einmal unter Beweis zu stellen, reicht nicht hin, jedenfalls nicht für ein ganzes Männerleben!

*illoyal: Das heißt wenn man dieses Bild, diese Art von Männlichkeit überhaupt ändern will, muß sich zuerst in den Köpfen etwas ändern?*
*Pohl:* Es reicht nicht, nur andere Männerbilder in den Köpfen zu entwerfen. Ich glaube, im Moment geht es darum, überhaupt herauszufinden, worin diese Strukturen zur Herstellung des herkömmlichen Männlichkeitsdilemmas und der Widersprüchlichkeit, in der sich Männer befinden und die sie durch gewaltsame Weise zu lösen versuchen, bestehen und wie man da eingreifen kann. Eine der wesentlichen Fragen berührt tatsächlich das Geschlechterverhältnis , also, wie darin eine Form der Pazifizierung und damit Zivilisierung gelingen kann.

*illoyal: Das klingt nach Kompensation und Komplexen, daß Männer es also nötig haben, sich so »aufzumandeln«.*
*Pohl:* In den Kulturen der »hegemonialen Männlichkeit« wie unserer werden wir uns immer mit diesen Herstellungsproblemen starker, stabiler, überlegener, machtvoller Männlichkeit und gleichzeitig auch immer mit der Fragilität der narzistischen Kränkbarkeit und der Anfälligkeit des Männlichkeitsmythos und den entsprechenden, militärischen »Lösungsformeln« dieser Krisenproblematik auseinandersetzen müssen.

*Rolf Pohl ist Sozialpsychologe am Sozialpsychologischen Institut der Universität Hannover. Die Fragen stellte Rosa Bölts.*

*»Soldatenseelsorge« oder »Militärseelsorge« als offizielle Aufgabe, die von Pfarrern im Auftrag des Verteidigungsministeriums erfüllt wird – in der DDR wäre eine solche Form staatsnaher Verquickung von Kirche und Militär undenkbar gewesen. Nicht nur, daß der atheistische Staat den als feindlich verstandenen Eingriff christlicher Amtsträger ins Militärgetriebe ablehnte, sondern auch die Glaubensinstitution Kirche wäre ihren Mitgliedern unglaubwürdig geworden. Unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus war noch Allgemeingut, daß Waffen zum Schießen und Soldaten zum Kriegführen da sind, und viele Pfarrer propagierten die Losung »Schwerter zu Pflugscharen«. Nun, da die ehemalige DDR einem Staat beigetreten ist, in dem die Trennung von Staat und Kirche ein Fremdwort ist, scheint es offenbar auch Kirchenleuten mit DDR-Biographie nicht mehr undenkbar, in Kasernen zu gehen und Soldaten im Kriegsdienst mit der Waffe zu begleiten – und nicht etwa mit der Aufforderung, die Waffen umzuschmieden. (die Red.)*

## Jesus als Truppenbetreuer – auch nach 2003

Mit Ende des Jahres 2003 läuft die Rahmenvereinbarung aus, in der sich 1996 die Evangelische Kirche in Deutschland und das Bundesministerium der Verteidigung (westlicher Werte und anderer Ressourcen weltweit) auf eine Sonderregelung für die »Seelsorge« an Soldaten der Bundeswehr in den östlichen Bundesländern geeinigt hatten. Die Rahmenvereinbarung löste ihrerseits eine Sonderregelung für den Osten der größeren BRD ab, die der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR noch installiert hatte. Die Kernpunkte, die die Ex-DDR-Landeskirchen vor einem Beitritt zum westlichen Militärseelsorgevertrag (MSV) zurückschrecken ließen, waren die Verquickung von Staatsmacht und Kirchen-Anspruch in der rechtlich-organisatorischen Konstruktion der »Militärseelsorge«, so die Qualifizierung des Kirchenamts für die Bundeswehr als nachgeordnete Dienststelle des Verteidigungsministeriums und der Status der Militärpfarrer als Bundesbeamte auf Zeit. Die Finanzierung des ganzen Unternehmens aus der Staatskasse versteht sich dabei von selbst – mit allen für einen derart sensiblen Bereich sich daraus ergebenden Abhängigkeiten.

Den ostdeutschen Kirchen wurden ihren Vorstellungen gemäß für eine Übergangsfrist Sonderregelungen eingeräumt. Faktisch ließen jedoch die Realitäten, Aufgabenstellungen und Abläufe an den Standorten auch die ostdeutschen »Soldatenseelsorger« rasch in die Rolle ihrer westdeutschen »Militärpfarrer«-Kollegen hineinwachsen. Die realen Unterschiede verwischen sich. Dies um so mehr, als ein vorgeblich »unabhängig« agierender ostdeutscher »Soldatenseelsorger« in der Praxis ja nicht unbedingt mehr innere Unabhängigkeit, kritisches Denken und Rückgrat besitzen muß als sein rein formal abhängigerer Westkollege.

Nun muß vor Ablauf der Frist über die Zukunft der Beziehungen zwischen Kirche und Militär ab 2004 entschieden werden. Einige Aktive, so auch der Dietrich-Bonhoeffer-Verein und der Versöhnungsbund, ja auch zwei ostdeutsche Landeskirchen (Kirchenprovinz Sachsen und Thüringen) haben sich gegen eine Fortschreibung des MSV und den Beitritt der Ostkirchen positioniert. Sie plädieren statt dessen für eine Neuregelung für die ganze BRD nach den ostdeutschen Grundsätzen. Dies hatte auch schon die Zustimmung der Mehrheit aller deutschen Landessynoden, die jedoch nicht die Mehrheit der »Gläubigen« repräsentieren, gefunden.

Am Rande sei vermerkt, daß bei allen Diskussionen ein dritte Variante der Seelsorge an Soldaten außer Acht gelassen wird; bei ihr gibt es keine Pfarrer in den Kasernen, sondern die Freiheit für die Soldaten, sich an Pfarrer und Gemeinden an ihren Standorten zu wenden. Und was wäre bei Auslandseinsätzen? Erst einmal sollten solche Einsätze überhaupt nicht als Normalität betrachtet und ins Kalkül gezogen werden. Sollten sie doch stattfinden und die Seelen der Soldaten der Kirche so teuer sein, würden sich dann wohl auch Auswege finden lassen.

Die Synode der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD) hat nun kürzlich in Amberg eine leicht modifizierte Fortschreibung des MSV zur Beratung in den Landeskirchen auf den Weg gebracht. Man kann die geplanten Änderungen als kosmetisch betrachten. Durch sie soll den Ostdeutschen das Gefühl vermittelt werden, man sei auf einige ihrer Bedenken, so weit es sich eben machen ließ, eingegangen. So sollen die Militärpfarrer in Zukunft wählen können, ob sie Staatsbeamte oder Staatsangestellte auf Zeit sein möchten, die Leitungsposten, bisher staatsverbeamtet auf Lebenszeit, sollen ebenfalls befristet werden, Leiter des Kirchenamtes bei der Bundeswehr soll ein Jurist werden, und es soll mehr Stellen im Nebenamt geben. Dafür will jedoch die EKD die Militärseelsorge als ihre Gemeinschaftsaufgabe definiert wissen und mit dieser Grundordnungsveränderung ein für allemal den Gliedkirchen jede Mitwirkung an weiteren Kirchengesetzen in dieser Sache aus der Hand nehmen. Wollen die ostdeutschen Synoden sich derart entmündigen lassen?

Wenn man mit höheren Kirchenfunktionären spricht, so wird als ausschlaggebendes Argument gegen grundlegende Änderungen ins Feld geführt, man müsse es um jeden Preis vermeiden, daß sich der Bundestag mit dem Thema befassen müsse, da dann die Gefahr bestehe, daß das ganze Geflecht der Staat-Kirche-Beziehungen, mit den vielen Vorteilen, die es für die Kirche biete, Schaden nehmen

*Ein Fall für die Seelsorge?*
*Foto: Bundeswehr*

könne. Aber auch der Bundesregierung dürfte wenig daran gelegen sein, auf diese Weise durch die Hintertür eine möglicherweise brisante »verteidigungspolitische« Debatte ins Haus zu bekommen. Falls es der EKD-Spitze gelingen sollte, die MSV-Klippe erst einmal im Sinne des Status quo zu umschiffen, dann müssen eben andere Ansätze gesucht werden, um die von ihr gefürchteten Diskussionen in Gang zu setzen.
Erfreulicherweise kommt Ines-Jaqueline Werkner (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr) in ihrer unter dem Titel »Soldatenseelsorge versus Militärseelsorge« veröffentlichten Dissertation von ganz anderen Voraussetzungen zu ganz ähnlichen Schlußfolgerungen wie die innerkirchlichen Kritiker des MSV.
Wir sollten uns mit dem MSV nicht zufrieden geben. Durch ihn wird Jesus zum Truppenbetreuer gemacht. Das Evangelium wird ein Mittel der »Inneren Führung« einer Armee, deren bloße Existenz seinem Geist und Buchstaben widerspricht.
Der MSV wurde 1957 von der damals noch gesamtdeutschen EKD-Synode beschlossen. Sie durfte diesen Vertrag nicht diskutieren, sondern die Synodalen hatten nur die Möglichkeit, dafür oder dagegen zu stimmen bzw. sich zu enthalten. Unterzeichnet war er längst durch Bischof Dibelius und Franz Josef Strauß. Die DDR-Regierung hatte die Verabschiedung des Vertrags zu verhindern versucht. Sie selbst gedachte jedenfalls, keinen solchen Vertrag mit der westdominierten EKD abzuschließen, wäre dies doch in dieser Zeit der sich immer mehr verfestigenden Ost-West-Konfrontation einer Übertragung der geistig-moralischen Truppenführung an die Ideologen des gegnerischen Lagers gleichgekommen. So hat der MSV selbst noch zu einer Vertiefung der Gegensätze und zur Spaltung der EKD in den folgenden Jahrzehnten beigetragen.
Den Geist, in dem dieser Vertrag abgeschlossen und verabschiedet wurde, erhellen die folgenden Zitate. So sagte der nachmalige Militärbischof Kunst, »der Weg als Bundesbeamter müsse die Militärgeistlichen nicht notwendig zur Verleugnung Jesu Christi führen« (Synodalbericht von Renate Maria Heydenreich in der Jungen Kirche 7/8-57). Otto Dibelius schreibt: »Und was den Krieg anlangt: nachdem die Würfel nun einmal gefallen sind und wir wieder Streitkräfte haben, und zwar auf beiden Seiten, wird es von Bedeutung sein, daß nach dem neuen Seelsorge-Vertrag ein Soldat, der durch die Atomwaffen in Gewissensnöte gebracht worden ist, mit seinem Militär-Geistlichen zum Kommandeur gehen und ihn bitten kann, ihn von einer Pflicht zu befreien, die er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann.«(ebd.)
Wenn ich die Dokumente von damals lese und mir die Kontinuität zu heutigen Entscheidungen und Verlautbarungen der evangelischen Kirchen angesichts neuer Entwicklungen (Umprofilierung der Bundeswehr zur weltweit operierenden Angriffsarmee, Jugoslawienkrieg, Afghanistan / »Antiterrorallianz«) vor Augen halte, dann kommen mir allerdings Bedenken, daß unser Engagement für eine Ersetzung des MSV durch die Ost-Variante ein Kampf auf einem Nebenschauplatz ist. Sollten wir es nicht deutlich und mit mehr Nachdruck sagen: Ein Christ/eine Christin hat in dieser Armee überhaupt nichts mehr zu suchen. Dann erübrigt sich auch der Streit um die kirchliche Truppenbetreuung. Mit einer klaren Stellungnahme in dieser Frage würde dann allerdings der Druck erhöht, nach Alternativen zum Militärischen zu suchen und für eine Welt zu arbeiten, in der es nur noch als abschaffenswerter Anachronismus betrachtet wird.

*Hans-Jochen Vogel*

# Berichte
## - Geld -

## *In der Rüstung sind sie fix...*
## Sozialabbau und Aufrüstung

3 Mrd. DM zusätzlich für sogenannte Antiterrormaßnahmen – davon 1,5 Mrd. DM für die Bundeswehr – stellt die Bundesregierung zur Verfügung. Aber 5 Mrd. DM zur Sanierung der Krankenkassen – dafür hat Rot-Grün kein Geld. Die drei Tage vom 17.–19. September sind das öffentliche Signal, wie die Regierung vor der Rüstungsindustrie einknickt und gleichzeitig den Gewerkschaften in sozialen Fragen die kalte Schulter zeigt. Am 17. September war zu lesen, daß die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer einen Bundeszuschuß von 4 Mrd. DM für versicherungsfremde Leistungen von der Regierung fordert, um das Minus der Krankenkassen auszugleichen. Postwendend lehnten Bundesgesundheitsministerin Ursula Schmidt und Finanzminister Hans Eichel ab. Einen Tag später allerdings entwickelte die Bundesregierung ein Hilfspaket besonderer Art: das sogenannte Antiterrorpaket. Rund eine Mrd. DM jährlich aus unseren Taschen – durch erhöhte Steuern auf Versicherungen und Tabak – brachte sie als Morgengabe an die Rüstungsindustrie ein. Anders jedenfalls ist nicht interpretierbar, daß Scharping Zeitungsberichten zufolge aus dem nun dauerhaft um 1,5 Mrd. gestiegenen Rüstungshaushalt neue Schützenpanzer und ein Transportschiff anschaffen und »Fähigkeitslücken« beim Tornado schließen will. Unklar bleibt, wie mit einem Transportschiff oder Tornados Terrorristen gesucht, gefunden und verhaftet werden sollen.

Ein einmaliger Ausrutscher der Bundesregierung in Zeiten höchster Not, um die eigene und die US-amerikanische Bevölkerung vor Terroristen zu schützen? Wohl kaum, denn der Verteidigungsetat wird dadurch dauerhaft auf 47,7 Mrd. DM steigen. (1) Ein raffinierter Schachzug also, um weiteres Kriegsgerät zu beschaffen. Das fordern Scharping, die Militärs, der Bundeswehrverband und die CDU-Opposition schon lange. Grundlage ist der Bundeswehrplan 1997 (2), in dem die Beschaffung von 215 Rüstungsprojekten vorgesehen ist, deren Kosten der »Spiegel« im Frühjahr 2001 mit 220 Mrd. DM für die nächsten 15 Jahre beschreibt. Im November 1999 erläuterte Bundeskanzler Schröder auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr vor den Spitzen des deutschen Militärs diese »Neuausrichtung der Bundeswehr«. Experten schätzen, daß für die Nutzung noch einmal das 1,4fache gebraucht wird. Zusammen ergibt das 528 Mrd. DM. Rechnet man das auf zwanzig Jahre hoch – weil die Nutzung später einsetzt – muß man durchschnittlich pro Jahr 26 Mrd. DM ansetzen.

Woher nehmen? Direkt aus unsern Taschen fließt das Geld zu den Rüstungskonzernen, wie die Erhöhung der Steuern um 3 Mrd. DM jährlich auf Versicherungen und Tabak zeigen. So deutlich sichtbar sind andere Bereiche nicht. Gesetzesänderungen, z.B. zuungunsten der Kommunen, haben dazu geführt, daß ihnen seit 1998 jährlich 11,3 Mrd. DM weniger zur Verfügung stehen. Im Ergebnis sind das schlechter ausgestattete Schulen, Kindergärten, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Museen und/oder höhere Zahlungen durch die Benutzer – und das sind bekanntlich wir. Die Kommunen stellen fest, daß ihr Investitionsvolumen heute unter dem Niveau von 1992 liegt. Die Städte und Gemeinden müßten bis zum Jahr 2009 1.300 Mrd. DM investieren, um Lebensqualität und wirtschaftliche Attraktivität wenigstens auf dem heutigen Niveau zu halten. Das meiste Geld benötigen die Kommunen für Nahverkehr, Straßenbau, Soziales, Umweltschutz und Wasserversorgung. Das geht aus einer Studie des deutschen Städtetages hervor. Es gibt keine Indizien dafür, daß hier zu Lasten des Verteidigungsetats umgeschichtet wird. Was jedoch sinnvoll, sozial und ökologisch nützlich wäre und ebenfalls zu Arbeitsplätzen führen würde.

### *... für die Bildung tun sie nix*

In der Zwischenzeit pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die reiche Bundesrepublik, was die Bildung anbelangt, auf den hinteren Rängen der Industriestaaten zu finden ist. Im weltweiten Schülertest Pisa belegten deutsche Schüler beim Textverständnis Rang 25 von 32, in den Naturwissenschaften die Ränge 19 bis 23. In keinem anderen Industrieland ist darüber hinaus die soziale Herkunft so entscheidend über den Schulerfolg wie in der Bundesrepublik. Mit Ausgaben in Höhe von 5,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes wird weniger investiert, als im Durchschnitt der OECD-Länder, der bei 5,7 Prozent liegt. McKinsey-Chef Jürgen Kluge veranschlagt 6 Mrd. DM als Ausweg aus der Bildungskrise. Er schlägt vor, die Krippenplätze in den nächsten zwei Jahren zu verdreifachen. Dann würde für jedes fünfte Kind ein Platz zur Verfügung stehen, die Kosten würden sich auf rund 2 Mrd. DM belaufen. Ganztagsschulen für jeden dritten Schüler würden weitere 3 bis 4 Mrd. DM kosten. Man darf gespannt sein, ob die Bundesregierung diesem Vorschlag folgt oder ob es bei der Verpflichtungserklärung von 10 Mrd. DM für den Kauf von 40 militärischen Transportflugzeugen Airbus A400M und weiteren 10 Mrd. DM im Jahr 2003 für zusätzliche 33 Militärtransporter bleibt (3). Zu vermuten ist, daß sich ohne Druck von Friedensbewegung, Gewerkschaften, Schülern und Lehrern nichts an der militärischen Ausrichtung der Politik ändern wird. Denn die Erkenntnisse über den Bildungsnotstand in der Bundesrepublik sind nicht neu. Bereits 1997 hatte die Timms-Studie auf deut-

*(1) www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_61204_434.htm vom 26.10.2001.*
*(2) Pflüger, T.: Die neue Bundeswehr, Köln 1997.*
*(3) Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18.11.2001.*

liche Schwächen beim Unterricht in Naturwissenschaften und Mathematik hingewiesen. Trotz »Timms-Schock« (4) sank der Bildungsetat des Bundes von 1998 auf 1999, während die Verteidigungsausgaben im gleichen Zeitraum stiegen.

Konkret drückt sich der Geiz im Bildungsetat so aus: Für Schulcomputer werden in Baden-Württemberg jährlich 100 Millionen ausgegeben – »mehr« schreibt die Stuttgarter Zeitung in der Überschrift. Im Kleingedruckten liest man, daß ursprünglich vom einem doppelten Investitionsvolumen ausgegangen wurde. Um 100 Mio. DM wurde gegeizt, bei der Rüstung aber wurde festgelegt, daß 292 Mio. DM für 2001 zusätzlich für den Mazedonien-Einsatz zur Verfügung gestellt wurden. Auch das eine reine Beschaffungsmaßnahme, die mit dem angeblichen Auftrag, freiwillig abgegebene Waffen einzusammeln und zu zerstören, wenig zu tun hat, betrachtet man Beschaffungsposten, wie 57 Dingos (gegen Blastminen geschützte Fahrzeuge), 15 Wiesel (sanitätsdienstliche Unterstützung), 500 Schutzwesten, 50 Nachtsichtgeräte und 1200 Heißwetterbekleidungen. Dagegen ist sich Baden-Württemberg aber nicht zu schade, 50 Mio. DM im Zeitraum von 1997 bis 2000 von Langzeitstudenten einzusammeln, und die Stadt Stuttgart verlangt pro Kind im Regelkindergarten demnächst 5 Euro pro Monat mehr.

***Wo das Geld herkommt...***

Beim Rüstungshaushalt wird weiter zugelangt als der offizielle Einzelplan 14 vermuten läßt. Als einziger Bundesminister darf Scharping »Tafelsilber« der Bundesrepublik, das heißt Grundstücke und Immobilien, verscherbeln und das Geld für Beschaffungen in seinem Haushalt verwenden. Geplante Mehreinnahmen für nächstes Jahr: ca. 1 Mrd. DM. Zusätzlich geht Scharping von einer weiteren Milliarde für Beschaffungen durch seine Zusammenarbeit mit der Industrie bei Investitionen im Fahrzeugpark, dem Bekleidungswesen und der militärischen Kommunikationstechnik aus. So wird der Rüstungsetat 2002 erstmals seit 1992 wieder über 50 Mrd. DM liegen, bei einer allerdings erheblich geringeren Zahl von Soldaten und Beschäftigten.

Bei der Rente hat sich der Bund entlastet. Die Bundesregierung erklärt offen in ihrem »Deutschen Stabilitätsprogramm«, daß der Bund »durch die Beitragssenkungen in der Rentenversicherung langfristig beim allgemeinen Bundeszuschuß und den Beiträgen für Kindererziehungszeiten entlastet« wird, und zwar im Jahr 2030 um 16,3 Mrd. DM. Auch bei den Geringerverdienenden wird zugelangt. Stellte der Bund für den sozialen Wohnungsbau 1997 noch 2 Mrd. DM jährlich zur Verfügung, sind im Haushaltsentwurf für 2002 nur noch 800 Mio. DM vorgesehen, 1,2 Mrd. DM weniger. Den Alleinerziehenden wurde der Haushaltsfreibetrag gestrichen, teils schrittweise, teils sofort. Das führt dazu, daß ausgerechnet diese besonders belastete Gruppe von der Kindergelderhöhung nicht profitiert, wieder ca. 1 Mrd. weniger an sozialen Leistungen. Und seit Beginn 2001werden jährlich 1,2 Mrd. DM weniger Beiträge an die Krankenkassen für die Arbeitslosenhilfe überwiesen.

Beispiele kennt jeder aus seinem Freundes- und Kollegenkreis. Meist werden diese Kürzungen sozialer Leistungen aus Steuergeldern nicht im Zusammenhang gesehen mit der gleichzeitigen Aufrüstung. Teils, weil es sich um verschiedene Ausgabentöpfe von Bund, Länder und Gemeinden handelt, teils, weil der Zusammenhang sich nicht sofort erschließt. Bundesaußenminister Josef Fischer aber hat ihn offen benannt. Als die Bundesregierung 1999 nach Lafontaines Ausscheiden nicht mehr den Abbau der Arbeitslosigkeit als Politikziel sah, sondern den Abbau von Schulden, beschloß sie das sogenannte »Sparpaket« von 160 Mrd. DM. Alle Ressorts sollten 7% »sparen«. Das Arbeits- und Sozialministerium, zuständig für die Finanzierung des in Jahrzehnten erkämpften Sozialstaats, muß am meisten hergeben: in vier Jahren 68 Mrd. DM. (5) Scharping aber blieb verschont. Für den Jugoslawienkrieg wurden ihm 1999 sogar zusätzliche zwei Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Fischer deckte die Karten auf: »... der Sparkurs werde es der Bundesregierung ermöglichen, Prioritäten neu zu bestimmen. 'Dazu gehört, dass Deutschland seiner Verantwortung in der Sicherheits- und Außenpolitik ... gerecht wird. Wir müssen über alles reden'«. (6) Der »Sparpaket« genannte Sozialabbau, wird sich im »sicherheitspolitischen« Beschaffungsprogramm des Aufrüstungsministers wiederfinden. Die Finanzierung von Kriegen und Kriegsgerät durch Umverteilung ist keineswegs eine Erfindung der rot-grünen Regierung. Schon für den Golfkrieg zahlte die Kohl-Regierung 16 Mrd. DM an die USA und erhöhte später die Mehrwertsteuer dauerhaft.

In anderen Ländern werden – unter dem Widerstand der Bevölkerung – die Prioritäten anders gesetzt: Griechenland z.B. hatte für 10 Mrd. DM Eurofighter bestellt, die Bestellung mußte im April diesen Jahres auf 2004 vertagt werden. Hintergrund waren Massenproteste und Streiks der griechischen Bevölkerung, die zu einer Neuausrichtung der Haushaltspolitik führten. Die freigewordenen Gelder flossen in den Sozialsektor. Eine geplante Verschlechterung des Rentensystems – wie sie in der Bundesrepublik bei Verwirklichung der jetzigen Pläne eintreten wird – wurde in Griechenland auf diese Weise abgemildert.

*(4) Financial Times Deutschland vom 5.12.2001.*
*(5) Zukunftsprogramm 2000, in »Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Beschäftigungspolitik statt Sparbesessenheit«, Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen, 9/1999.*
*(6) Financial Times Deutschland vom 23.2.2000 (Hervorhebung durch die Autorin).*

***... und wo es hingeht***

Die Interessenlage von Teilen der Industrie ist eindeutig. Der Verteidigungsetat müsse für die nächsten zehn Jahre um jeweils 2,7 Mrd. DM steigen, forderte der Leiter der BDI-Abteilung für öffentliche Aufträge, Timm Meyer. Dringend notwendig sei auch eine Anhebung des Investitionsanteils am Verteidigungshaushalt. (7) Die wehrtechnische Industrie geht weiter. Sie fordert, den Rüstungshaushalt auf 60 Mrd. DM anzuheben und den Investitionsanteil von derzeit 21 % auf 40 % zu erhöhen. (8) Dabei nimmt man kein Blatt vor den Mund: »Wer nur die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen wehrtechnischen Industrie im Auge hat, übersieht diese politisch-strategische Funktion« erklärt Ludolf von Wartenberg vom Bundesverband der Deutschen Industrie. »Deutsche Mitsprache bei der Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der EU und der Sicherheitspolitik des Bündnisses wie deutsche Mitsprache im Rahmen der europäischen und transatlantischen Rüstungszusammenarbeit setzen voraus, daß Deutschland auch Rüstungsfähigkeiten einbringen kann.« (9)

Folgerichtig erhält Bundeskanzler Schröder auf der Unternehmertagung 2001 in Düsseldorf, »immer wieder Beifall« als er den Einsatz von deutschen Militär in Afghanistan begründete. »Der nordrhein-westfälische Arbeitgeberpräsident Jochen Kirchhoff begrüßte den Mut der Bundesregierung zum Kampf gegen den Terrorismus«. (10) Da zeigt sich Sparkommisar Eichel beim »Wehretat gesprächsbereit« und äußert, die »Bundeswehrreform soll nicht am Geld scheitern.« (11) Nicht umsonst sollte ein Zwischenkredit von bis zu drei Milliarden DM her, um Löcher im Wehretat zu stopfen. (12)

***Konversion muß sein***

Die Gewerkschaften sollten gemeinsam für eine »qualitative und quantitative Abrüstung« eintreten, wie die ÖTV Bezirksdelegiertenkonferenz Hamburg der ÖTV (13) beschlossen hat, und auf die Bundesregierung einwirken, »dass die Beschaffung neuer Waffensysteme gestoppt und insbesondere auf den Bau des Eurofighters verzichtet wird«. (14) Das hat die IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart 1999 auf dem IGM-Gewerkschaftstag gefordert. Wird diese Forderung erfüllt, könnte z.B. auch der derzeit 11-prozentige Unterrichtsausfall in Stuttgarter Berufschulen mit Hilfe von attraktiveren Besoldungs- und Arbeitsbedingungen verhindert werden.

Der Arbeitskreis »Wehrtechnik und Arbeitsplätze« der IG Metall dagegen, in dem Betriebsräte aller wehrtechnischen Unternehmen vertreten sind, fordert in einem Positionspapier, »den Streikräften mehr investive Mittel zur Verfügung« zu stellen.

Das ist eine friedens- und gewerkschaftspolitische Katastrophe. Mehr Geld für Investitionen heißt mehr Geld für Kriegsgeräte, wie Eurofighter oder Kriegsschiffe. Nur damit kann der geplante Umbau der Bundeswehr von der Verteidigungsarmee zur Angriffsarmee erfolgreich durchgeführt werden. Wollen wir das gefährliche Auf- und Wettrüsten verhindern, müssen wir dazu beitragen, daß die Gelder für Aufrüstung – die investiven Mittel – gestoppt werden, daß Sandkörner in das Getriebe der Aufrüstung gestreut werden.

Dem Erpressungsdruck der Rüstungskonzerne zum Erhalt von Arbeitsplätzen nachzugeben ist nicht nur kurzsichtig, sondern auch gefährlich. Rüstungsmilliarden töten nicht nur im Krieg sondern bereits im Frieden – weil Mittel sowohl im Sozial- und Entwicklungshilfebereich als auch für die Entwicklung sozial nützlicher und umweltschonender Produkte fehlen. Die Konferenz »Conversion2001« in Bremen, an der 200 internationale Experten teilgenommen haben, forderte Ende April, »verstärkte friedenspolitisch notwendige europäische Initiativen« und »intelligente Koppelung von Abrüstung ... mit Konversionsprogrammen«. (16) Damit liegt die Konferenz in einer Linie mit der Erklärung des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der ebenfalls ein »Konversionsprogramm für die von Standortschließungen und -reduzierungen betroffenen Städte und Gemeinden« fordert. (17)

In der kapitalistischen Gesellschaft, mit einer Massenarbeitslosigkeit von fünfeinhalb Millionen Arbeitslosen, ist die Drohung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen wie Geiselnahme. Darauf können wir uns nicht einlassen. Wir dürfen aber auch nicht wegschauen und unsere Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie und an den Standorten der Bundeswehr mit ihrer Angst um den Arbeitsplatz allein lassen.

*Anne Rieger*

*(7) Spiegel online, 20.4.2001.*
*(8) FAZ vom 24. Mai 2000.*
*(9) Soldat und Technik 6/2000.*
*(10) wdr Online, 7.11.2001.*
*(11) Stuttgarter Zeitung vom 3.3.2000.*
*(12) Spiegel Online, 8.4.2001.*
*(13) ÖTV-Bezirksdelegiertenkonferenz 8.5.2000, Hamburg.*
*(14) Antrag 108 auf dem 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg.*
*(15) Metallpressedienst 45/2001, 23.4.2001.*
*(16) Erklärung der internationalen Konferenz »Conversion 2001« am 27./28.4.2001 in Bremen.*
*(17) Pressemitteilung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes , Nr. 32, 26.4.01.*

# Berichte
## - Gegen den Krieg -

## *Eindrücke aus der Türkei nach dem 11.09.2001*

»Militär ist ein Verbrechen«, »Sag Nein« »Gewissensverweigerung gegen den Krieg« stand auf den T-Shirts der zwei Aktivisten, die am 11. November 2001 auf der Tüyap-Buchmesse in Istanbul rote Farbe verschütteten. Mit der Aktion wollten die Mitglieder der Initiative gegen Herrschaft und Krieg gegen die Beteiligung türkischer Soldaten am Krieg in Afghanistan in demonstrieren. Über eineinhalb Stunden gingen sie danach über die Messe und verteilten Flugblätter. So unbemerkt von den Sicherheitskräften oder der Polizei zogen sich die Aktivisten zurück, nachdem 700 Flugblätter verteilt waren.

Nicht immer gelingen Aktionen der KriegsgegnerInnen in der Türkei. Die Überwachung und Bedrohung des türkischen Staates gegen eine Opposition zum Krieg ist deutlicher als sowieso schon üblich. Zum Beginn der Bombardierungen hatten sich KriegsgegnerInnen spontan auf der Istiklal Caddesi, der zentralen Einkaufsstraße Istanbuls versammeln wollen. Nur per Telefon verständigten sie sich miteinander. Was eine Demonstration von fünfzig Personen hätte werden sollen, wurde von Hunderten Polizisten durch Absperrungen und durch die Präsenz mehrerer Hundertschaften vereitelt. Rund zwei Wochen nach den Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon hatten sich in den großen und größeren Städten der Türkei Antikriegsplattformen gegründet. Aber viele ihrer Aktivitäten sind schnell unterbunden worden, und zwar mit Begründungen, die als eine deutliche Warnung an die türkische und kurdische Linke zu verstehen sind. Eine Pressekonferenz in Istanbul wurde mit der Begründung verboten, die Pressekonferenz richte sich zum einen gegen eine Entscheidung des Staates und zum anderen sei die Organisationsform einer Plattform rechtswidrig. Plattformen sind aber das seit Jahren gängige Mittel sich organisations- und parteiübergreifend zu organisieren.

Trotz der Repression blieben die Anti-Kriegsplattformen aktiv und verstärkten bis Mitte Oktober ihre Aktivitäten. Innerhalb weniger Tage wurden z.B. in Izmir 15.000 Unterschriften gesammelt und an den Parlamentspräsidenten geschickt. Die zeitgleichen Demonstrationen gegen den Krieg in Istanbul, Ankara, Izmir und Incirlik wurden aber verboten. Seit Mitte Oktober ist es um die Anti-Kriegs-Plattformen ruhig geworden, die mit ihren Aktionen kaum Eingang in die Medien gefunden haben. Dabei waren die Ausgangsbedingungen durchaus günstig, ist doch ein Teil der gläubigen Bevölkerung und mit ihr u.a. die AK-Partei gegen eine Beteiligung türkischer Soldaten am Krieg. Den beiden Kriegsdienstverweigerern, die sich mit Unterstützung des Menschenrechtsvereins IHD am 27. Oktober in Ankara öffentlich verweigerten, gelang der Sprung in die Medien nicht.

Seit Ende Oktober beteiligt sich die prokurdische Demokratische Partei des Volkes HADEP, die stärkste Kraft in der linken Opposition, nicht mehr an den Antikriegsplattformen. Eine offizielle Stellungnahme gibt es nicht, aber aus Kreisen der Partei war zu hören, die HADEP möchte sich in diesem Konflikt nicht mit dem türkischen Staat anlegen. Die selbstauferlegte Friedenspflicht folgt strategischen Überlegungen, wie sie zur Zeit an vielen Orten durchdacht werden. Was geschieht nach einem »erfolgreichen« Krieg in Afghanistan, wenn die dort versammelten US-amerikanischen Truppen mit Unterstützung der Alliierten den Irak angreifen? Der Irak würde zweifellos zerfallen. Ein unabhängiger Kurdenstaat könnte entstehen, in der Übergangszeit wohl ein Gebiet unter UN-Mandat mit der Türkei als führender Militärmacht.

Die Reise des US-Außenministers Anfang Dezember zeigt deutlich, daß sich die USA um eine Zustimmung Ankaras für einen Angriff auf den Irak bemühen. Denn schon als sich der Krieg in Afghanistan abzeichnete, wurde in der Türkei ängstlich spekuliert, welche Folgen die geplanten sogenannten Kriege gegen den Terrorismus haben werden. Die Gedanken an einen Krieg gegen den Irak lassen Begehrlichkeiten und Ängste wachsen. Begehrlich blickt die türkische Regierung schon lange auf die kurdischen Gebiete im Irak. Insbesondere im Süden Kurdistans liegen Erdöl- und Erdgasreserven, die unter einem türkischen Protektorat ausgebeutet werden könnten. Wahrscheinlicher aber, und da rührt die Angst her, wird dieses Gebiet ein autonomes kurdisches – wenn nicht ein Staat – werden. Damit wäre nicht nur der Zugriff auf Rohstoffe futsch, sondern auch die kurdische Bewegung in der Türkei gestärkt.

Ein Krieg gegen den Irak kann die Türkei aber auch finanziell teuer zu stehen kommen. Die Erfahrungen aus dem Golfkrieg lehren das genauso, wie sie die Erinnerungen an das Flüchtlingsdrama wecken. Finanziell hat US-Außenminister Colin Powell schon die Unterstützung der USA zugesagt. Nato und EU begrüßen beide, daß die Türkei eine Vermittlerrolle zwischen den westlichen und den islamischen Staaten übernehmen will. Auch wenn türkische Politiker immer noch Widerstände gegen einen Krieg äußern, wird die Regierung in Ankara unter Zugeständnissen bereit sein, der zentrale Ausgangspunkt für Militäroperationen zu sein. Bereits Mitte Oktober gab es Nachrichten aus dem Grenzgebiet zum Irak, daß dort Landminen geräumt würden. Die kurdische Wochenzeitung

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

... wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und AntimilitaristInnen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Außerdem setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und letztendlich Auflösung der Armeen ein.

Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:
- Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer
- Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht, KDV
- internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung durch Projekte und Unterstützung befreundeter Gruppen im Ausland, z.B. in der Türkei
- Herausgabe der Zeitschrift *illoyal*-Journal für Antimilitarismus

Als Mitglied erhältst Du
- kompetente Hilfe bei allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung
- aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.
- Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater
- viermal jährlich die Zeitschrift *illoyal* frei Haus

Wir sind ins Vereinsregister eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Du kannst uns durch Mitgliedschaft, Förderung und durch Deine Mitarbeit unterstützen.

❍ Ich möchte weitere Informationen über den Verein.
❍ Ich möchte Mitglied von »Mit uns gegen die Wehrpflicht« werden.

Name

Adresse

Bitte ausschneiden und an folgende Adresse senden:
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin

Yedinci Gündem vom 6.12. berichtet, daß die Türkei unter Zustimmung des PUK-Führers Celal Talabani 120 weitere Panzer nach Südkurdistan, also auf irakisches Hoheitsgebiet verlegt hätten. (Die PUK ist die kurdische Partei, die sich in der Schutzzone im Nordirak die Macht mit einer weiteren Partei, der KDP unter ihrem Führer Barzani, teilt.) Damit sollen sich bis zu 160 türkische Panzer im Südkurdistan befinden. Anfang Dezember begann auch ein kleineres Manöver der Türkei, Israels und der USA, an dem 600 Soldaten beteiligt gewesen sollen und in dem Such- und Rettungsoperationen geübt wurden.

In der türkischen Linken werden die aktuellen Entwicklungen mit großer Sorge verfolgt. Bedenklich stimmt in dieser Situation, daß die Antikriegsplattformen dadurch Kraft verlieren, daß sich im ganzen Land die HADEP und regional, wie in Izmir, die ÖDP (Freiheits- und Solidaritätspartei) nicht mehr an den Plattformen beteiligen. Im Herbst dieses Jahres hat ein hoffnungsvoller Austausch zwischen türkischen und kurdischen Feministinnen in Istanbul begonnen. Die Frauen setzen ihre gemeinsame Arbeit auch in Stellungnahmen gegen den Krieg fort. Daraus entstanden in Istanbul und Ankara Antikriegsplattformen von Frauen. In Izmir wird in diesen Tagen, Anfang Dezember, eine ähnliche Initiative gestartet. Treibende Kraft sind dabei »anfem«, die antimilitaristischen Feministinnen, eine Gruppe von Frauen, die aus dem Verein der KriegsgegnerInnen hervorgegangen ist. Die gemeinsame Aktion von Frauen, über die Grenzen von Herkunft, Sprache, Religion und politischer Weltanschauung hinweg macht Mut für den Kampf gegen einen Wahn, der maßgeblich von Männern angezettelt wird.

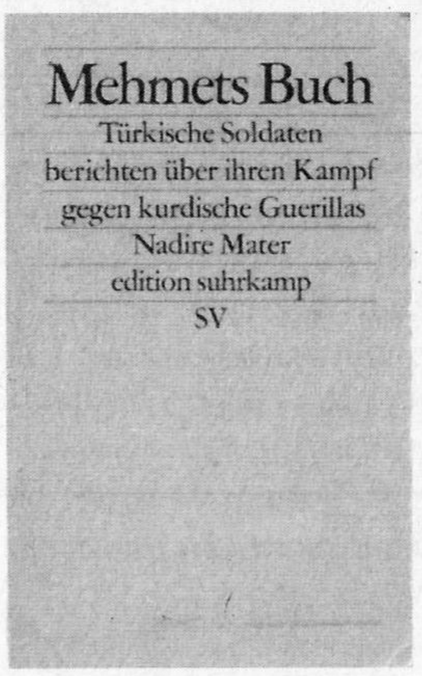
*Poyraz*

**MITTEILUNG AN ALLE MITGLIEDER:**

**Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. intern – Euro-Umstellung der Mitgliedsbeiträge**

Mit diesem unvermeidlichen Thema hat sich in weiser Voraussicht bereits die Mitgliederversammlung im April 2000 befaßt. Dort wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Minimalbeitrag von monatlich 5 DM, der schon seit 1992 unverändert Bestand hat, ab dem 1. Januar 2002 auf den glatten Betrag von 3 Euro moderat anzuheben. Da die überwiegende Zahl unserer Mitglieder die Vereinsarbeit mit höheren Beiträgen unterstützt, besteht hier nur wenig Handlungsbedarf. Daueraufträge und Abbuchungen werden automatisch mit dem gültigen Euro-DM-Faktor (1,956 DM/Euro) umgerechnet. Zur Arbeitserleichterung bitten wir jedoch alle, die per Überweisung zahlen, ihren umgerechneten Beitrag auf einen glatten Euro-Betrag zu runden.
Bei weiteren Fragen oder Unklarheiten wendet Euch bitte vertrauensvoll ans Vereinsbüro .

Für den Vorstand: Udo Kroth




*Nadire Mater, Mehmets Buch. Türkische Soldaten berichten über ihren Kampf gegen kurdische Guerillas. Aus dem Türkischen von Johannes Cassar. Frankfurt am Main: edition suhrkamp 2001, 435 S., Euro 15,29*

# Mehmet im Krieg

*»Wir töteten ein paar Leute, die die Gendarmerie von Tokat nicht töten konnte. D.h., wir machten bei Scharmützeln mit, nichts weiter. Wir wussten auch nicht, was das für Leichen waren, die wir erbeutet hatten, besser gesagt, wer die Leute waren, gegen die wir da gekämpft hatten. Man sagte es uns nicht, und wir fragten auch nicht danach. ›Das waren Terroristen‹ hieß es, mehr nicht.«*
*(Protokoll Nr. 1)*

»Mehmets Buch« erschien 1999 in der Türkei. Es enthält 41 Protokolle von Berichten türkischer Wehrpflichtiger – »Mehmets« -, die den Militärdienst im Südosten der Türkei abgeleistet haben. Kaum erschienen, war das Buch ein Bestseller, wurde jedoch im Juni 1999 verboten, und Nadire Mater, die Autorin, wurde wegen »Beleidigung der Armee« angeklagt. Inzwischen jedoch ist sie freigesprochen. Mater berichtet in ihrem sehr persönlichen Vorwort, wie sie Kontakt mit den ehemaligen Soldaten aufnahm und diese ihr unter strenger Wahrung der Anonymität einen Einblick in den »Krieg geringer Intensität« und seine Folgen ermöglicht haben. Viele der Männer erzählten und hatten Angst dabei. Manche erzählten nicht alles, manche sprachen nach dem Ende des Interviews weiter und erzählten Dinge, die ihnen zu hart oder zu persönlich für eine Veröffentlichung erschienen. Durch ihren Kontakt mit den ehemaligen Soldaten und die intensive Beschäftigung mit dem Krieg in Kurdistan kam Mater zu der Einsicht, daß das Militär und der Krieg im Zusammenhang damit stehen, daß »sich die Gewalt mit wachsender Geschwindigkeit in der ganzen Gesellschaft ausbreitet«.

In der OHAL-Zone, dem Gebiet des Ausnahmezustands, ist alles anders: *»Dort – im Südosten – vergeht die Zeit wie Blei.« – »Du hast überhaupt keine Beziehung zur Menschlichkeit, Verzeihung, du wirst zum wilden Tier. Der Grund liegt darin, dass es jeden Tag Kampf und jeden Tag Tote gibt. Da wird gestorben, gebrandschatzt und gefoltert. Du hast Hunger und Durst. Du weichst dein Brot ein, du haust es mit einem Stein durch und isst es. Du findest kaum Wasser, und das ist dann pechschwarz. Du breitest ein Taschentuch drüber und trinkst, du musst trinken.« – »Dort sieht ein Toter nicht so aus wie hier im Westen. Bei uns wird ein Leichnam quittegelb oder schneeweiß. Wenn einer erschossen worden ist, wird er schwarz, und Blutgeruch vermischt sich mit dem Geruch nach Gewehrkugeln.« – »›Was für ein Ohr?‹, fragte ich. Sie lösten die Ohren der Terroristen, die sie getötet hatten, mit Säure in Coca-Cola auf, und aus den Knorpeln, die dabei übrig bleiben, haben sie Schlüsselanhänger gemacht.«*

Die Erzählungen der jungen Männer sind unmittelbar, erschreckend, absurd, durchsetzt von der nicht gewollten Poesie des mündlichen Berichtens. Äußere Stationen der Biographie – wann und wo die Soldaten eingesetzt wurden, ob sie eine Freundin hatten etc. – wechseln oft abrupt mit den Schilderungen von Entbehrungen und Hunger, von Schikanen durch Vorgesetzte und von Menschenrechtsverletzungen: von denen die Soldaten hörten, die sie miterlebten, die sie selbst begingen. Folter und Mord, in Zeitungsmeldungen und Verlautbarungen militärkritischer Gruppen meist auf nüchterne Wendungen reduziert, bekommen hier ein Gesicht, zum Beispiel das einer 13-jährigen kurdischen »Terroristin«, die sich aus Angst und weil sie keine Munition mehr hat, freiwillig ergibt. Die Existenz von Kindersoldaten bei der kurdischen Guerilla wird hier – ebenso wie die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Militärs – durch Augenzeugen bestätigt. Und überhaupt bleibt es in den Erzählungen der jungen »Veteranen« keine bloße Behauptung, daß die kurdische Bevölkerung der Türkei zwischen Militär und Guerilla zerrieben wird. Besonders hart trifft es diejenigen Kurden, die zum Militär eingezogen und selbst im Krieg im Südosten der Türkei eingesetzt werden, die als Soldaten ihren eigenen Familienangehörigen und unmittelbaren Mitbürgern gegenüberstehen.

Das 42. Protokoll gibt nicht den Bericht eines einzelnen Wehrpflichtigen wieder, sondern zählt Beispiele ehemaliger Soldaten auf, die nach ihrer Entlassung aus dem Militär Gewalt gegen sich selbst und andere übten. Der Zusammenhang mit den Erlebnissen beim Militär ist in den zitierten Fällen unmittelbar deutlich. Mater hat diese Ereignisse einfach aufgezeichnet; sie sprechen für sich. Sie entschuldigt nicht, sie entlastet die Täter, die ihre Verwandten, Geliebten oder fremde Menschen umbrachten oder Menschen in einem Flugzeug entführten, nicht von ihrer Verantwortung. Sie zeigt lediglich den Zusammenhang. Und sie nennt in einem umfangreichen Anhang Zahlen: die Höhe der Militärausgaben und den Prozentsatz des Staatshaushalts, der für Bildung reserviert ist, die Zahl der nicht genehmigten Waffen, die Zahl der »Sicherheitskräfte«, die im Südosten der Türkei eingesetzt sind, die Zahl der Wehrpflichtigen, die sich ihrer Dienstpflicht entzogen, nicht zur Musterung erschienen oder fahnenflüchtig waren, mehrere Hunderttausend. Und so weiter.

Ein ehemaliger Soldat sagt: *»Ich hatte keine Angst vor dem Sterben. Ich hatte Angst davor, nicht zu sterben.«* Wer gern zum Militär will und wer auf keinen Fall zum Militär will, sollte das Buch von Nadire Mater lesen.

*Ulrike Gramann*

TKDV

# *Brief aus dem Arrest*
# Nur ein Stein im Getriebe?

*Malik Sharif war zum 1. November 2001 einberufen. Am 3. meldete er sich bei »seiner« Einheit, verweigerte jedoch alle Befehle. Bei Redaktionsschluß befand er sich noch in Arrest.*

**Kontakt über**

*Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär*
*Tel. 030 / 440 13 00*
*E-Mail: info@kampagne.de*

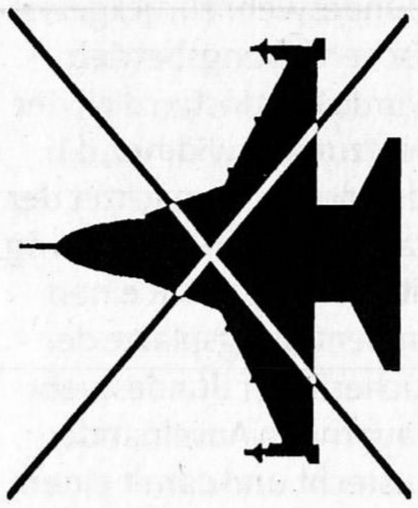
Was mußte ich mir nicht alles anhören: »Das ist nicht der richtige Weg!« »Das bringt doch eh nichts.« »Hast du auch mal an deine Zukunft gedacht?« »Du bist noch nicht reif genug, eine so weitreichende Entscheidung zu treffen.« »Du handelst egoistisch.« »Neun Monate, dann hast du's hinter dir.« »Du bist dir doch nur zu schade.«

Diese Einwände und Vorwürfe sind leider bezeichnend für eine Denkweise, die weit verbreitet ist in vielen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen in Deutschland. Es ist eine Sicht auf die Dinge, die aus der Sättigung, besser gesagt Übersättigung und Bequemlichkeit entsteht. Demjenigen, der nicht den Weg des geringsten Widerstandes geht, schlägt Unverständnis entgegen. Es besteht halt immer noch der Glaube, die Regierenden würden nur Gesetze schaffen, um uns davor zu bewahren, bestimmte Gefahrenzonen zu betreten, und uns vor uns selbst zu schützen. Deshalb sei der Weg, den die Gesetze offen lassen, der sicherste, beste, richtige. Nicht selten stürzen allerdings Flüsse, die immer den Weg des geringsten Widerstands nehmen, über einen Abgrund.
Mein Weg hat mich derzeit in eine Arrestzelle der Freiherr-von-Fritsch-Kaserne geführt. Der Grund dafür ist mein Nein zum Kriegsdienst und zum Militär. Ich sage deswegen nein, weil ich nicht denke, daß Frieden eine Utopie ist, weil ich eine Welt ohne Waffen durchaus für möglich halte. Ich kann das deshalb so überzeugt sagen, weil es Gemeinschaften gab und gibt, die in Frieden und ohne Armeen untereinander und mit ihrer Umwelt leben konnten bzw. können. Ich will mich hier nicht über die Argumente auslassen, die gegen Krieg und Militär sprechen. Allein in dieser Zeitschrift stehen auf jeder Seite Gründe genug. Ich will vielmehr erklären, warum ich es doch für sinnvoll halte, eine so scheinbar sinnlose Auseinandersetzung zu führen wie meine.
Die wenigen, die Zivildienst wirklich aus Gewissensgründen leisten, handeln in dem Glauben, einen echten Friedensdienst zu leisten. Nur leider sind sie alle genauso Teil der Kriegsinfrastruktur wie die Wehrdienstleistenden auch. Sie tragen halt nur keine Waffe, und zum Kriegsdienst ohne Waffe darf in Deutschland jeder – auch gegen sein Gewissen – gezwungen werden. Zivildienst kann demnach nur »Vogel-Strauß-Pazifisten« beruhigen: »Ich habe keine Waffe in der Hand, also unterstütze ich auch nicht den Krieg.«
Da sich auf diese Art mein Gewissen nicht zufriedengibt, verweigere ich total. Es spielt für mich durchaus die Frage der persönlichen Glaubwürdigkeit in meine Entscheidung hinein. Wie könnte ich einen Soldaten zur Desertion ermutigen, wenn ich selbst nicht bereit wäre, die entsprechenden Konsequenzen zu tragen?
TKDV ist für mich aber natürlich noch mehr als derartige Gewissensberuhigung. Ich will mich gerade in Zeiten wie diesen, in denen die Kriegspropaganda auf Hochtouren läuft, querstellen und andere Menschen darauf aufmerksam machen, daß es auch noch andere Sichtweisen als die offiziell verordnete gibt. Ich will anderen Wehrpflichtigen zeigen, daß es mit den mittlerweile neun Monaten eben nicht gelaufen ist. Für ein paar Mark Wehrsold haben sie ihr Leben an den Staat verkauft, der sie dann bei Bedarf für seine Ziele verheizen kann, die meistens noch nicht mal mit den eigenen Gesetzen konform sind.
Lohnt es sich aber bei dem vergleichsweise geringen Erfolg, die damit verbundenen Folgen in Kauf zu nehmen? Lohnt es sich, für ein paar Artikel auf den letzten Seiten von Tageszeitungen und einige Gespräche mit Wehrdienstleistenden mehrere Wochen Kasernenarrest abzusitzen und im schlimmsten Fall auch noch zu einer Gefängnisstrafe verurteilt zu werden?
Es lohnt sich. Die paar Artikel, die paar Rekruten, denen ich Sachen erzählt habe, die sie von ihren Ausbildern selten hören, sind vielleicht wenig, aber das ist mehr, als wenn überhaupt nichts derartiges passieren würde. Wenn niemand einen Anfang macht, wird sich auch nichts bewegen. Ich bin zwar nicht der erste Totalverweigerer, aber es wird für mich ja auch nicht dabei bleiben. Am Zielbahnhof Frieden sind wir noch lange nicht angekommen. Doch auch noch der größte Pragmatiker braucht ein scheinbar utopisches Ziel, weil er sonst nur herumirrt. Und all diejenigen, die immer mit den angeblich verlorenen Karrierechancen argumentieren, möchte ich fragen: Was wäre gewesen, wenn sich Gandhi Sorgen um seine berufliche Zukunft als Anwalt gemacht hätte? Ich will mich auf keinen Fall mit Gandhi auf eine Ebene stellen, aber manch einer macht sich Gedanken über seine Berufsaussichten, ein anderer tut etwas für die Zukunft der Menschheit. Und wenn man ansonsten keine Zukunft hat, hilft einem auch der bestbezahlte Job nicht weiter.
Ich kämpfe vielleicht gegen Windmühlen, aber die Bundeswehr ist kein echter, übermächtiger Riese, sondern eine Maschine. Und schon ein kleiner Stein kann ein Getriebe aus dem Gang bringen.

*Malik Sharif*
*Breitenburg, 13.11.2001*

# Innenansichten
## - Heide -

Kyritz - Wittstock - Ruppin



## Bombodrom Wittstock: Zweite Halbzeit hat begonnen !

Nach neun Jahren gelebten Widerstands gegen die Einrichtung des Bombodroms Wittstock ist die Halbzeitpause vorbei. Die Auseinandersetzung geht in eine neue und entscheidende zweite Halbzeit. Es muß als großer Erfolg der BI FREIe HEIDe angesehen werden, daß zu Beginn dieser zweiten Halbzeit eine dreifache Pattsituation herrscht: auf der politischen, ökonomischen und juristischen Ebene.

Halbzeit der Auseinandersetzung war, als das Bundesverwaltungsgericht letztinstanzlich das Urteil im Prozeß der Anliegergemeinden gegen die Bundeswehr auf Untersagung der militärischen Nutzung auf dem Truppenübungsplatz Wittstock verkündete. Das Gericht untersagte der Bundeswehr die militärische Nutzung, weil sich die Menschen in der Region hinreichend gewehrt haben.

Gleichzeitig widmete es das Gelände der Nutzung als Truppenübungsplatz, weil die Regierung Militär brauche und auf das Bombodrom großen Wert lege. Darüber hinaus wurde der Bundeswehr ein Weg aufgezeigt, wie sie den Platz in Zukunft militärisch nutzen kann: Sie muß sich im Rahmen eines sogenannten »Anhörungsverfahrens« demokratisch legitimieren. Ob dies gelingt, wird die Zukunft zeigen.

Am 14. November 2001 wurde das Ende der Halbzeitpause eingeläutet. Lautstark begleitet von BombodromgegnerInnen und BundeswehrsympathisantInnen fand in Wittstock ein erster Schritt im Rahmen der vom Bundesverwaltungsgericht angeordneten Anhörung der Anliegergemeinden durch die gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg statt. In der Sache soll geklärt werden, ob die Interessen der Gemeinden hinter den Interessen der Bundeswehr zurückstehen müssen oder nicht, ob einer zivilen oder einer militärischen Nutzung des Platzes in der Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide der Vorrang eingeräumt wird. Die Spielregeln der Anhörung sind jedoch noch nicht festgelegt und müssen selbst Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung werden. Bisher werden sie von der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Bundeswehroffizier und jetzigen brandenburgischen Innenminister Schönbohm festgelegt.

### *Rückblick*

Das Gelände zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin wurde nach 1950 vom sowjetischen Militär schrittweise besetzt. Die Eigentümer wurden zwangsenteignet, um einen Artillerieschieß- und Bombenabwurfplatz einzurichten. Das »Bombodrom« genannte Gelände erstreckt sich über 20 km in Nord-Süd- und 7 km in Ost-West-Richtung. Vierzig Jahre lang übten die Jagdbombergeschwader der Sowjetarmee alle Arten von Bombenabwürfen im Tiefflug, und die Artillerie übte den Stellungskrieg. Es gab Detonationen in der Nähe eines Kindergartens, Tiefflugterror, Risse in den Häusern und eine zunehmende Landflucht. Für die Anwohnerinnen und Anwohner ging der 2. Weltkrieg praktisch nie zu Ende.

Nach der Auflösung der DDR 1990 zog auch die Sowjetarmee ab. Die Bevölkerung in der Region spürte das Ende des Kalten Krieges mehr als die meisten anderen und begann, eine zivile Zukunft zu gestalten. Gesperrte Straßen wurden wiedereröffnet, und erste Schritte zur touristischen Erschließung der bevölkerungsarmen, aber seen- und waldreichen Landschaft wurden unternommen. Der Bund beteuerte ebenfalls, das Gelände der zivilen Nutzung zu überlassen.

Zur Überraschung aller war das Bombodrom Wittstock im 1992 veröffentlichten Truppenübungsplatzkonzept als Bombenabwurfplatz ausgewiesen. Die Welle des Protests schlug hoch. Alle Parteien Verbände und Gruppen, fast alle Menschen in der Region konnten es nicht fassen, daß ein Rechtsstaat in gleicher Weise agiert wie die Stalinsche Diktatur. Das tief verwurzelte Unrechtsbewußtsein und die allgemeine friedenspolitische Einstellung sind die wesentlichen Bedingungen des anhaltenden Protests gegen die Pläne der Bundeswehr.

### *Protest und Widerstand*

Eine große Stärke der 1992 gegründeten BI FREIe HEIDe ist ihre Verankerung in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die enge Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung, sowie ihre Verankerung auch außerhalb der Region in Verbänden, Gruppen und Einzelpersonen, vornehmlich aus Brandenburg und Berlin. All dies drückt sich u.a. darin aus, daß der Vorsitzende der BI FREIe HEIDe gleichzeitig Bürgermeister einer Gemeinde ist und von allen Befürworterinnen und Befürwortern der FREIen HEIDe geschätzt wird. Dabei ist gewaltfreies Handeln aller Mitstreiterinnen und Mitstreiter eine wichtige Grundlage der Zusammenarbeit.Es verwundert auch nicht, daß die BI einige Spaltungsversuche seitens der Bundeswehr gestärkt überstand. Widerstand und Protest sind anhaltend, regelmäßig und stark kulturell ausgerichtet, wobei Demonstrationen auf dem Bombodrom und vergleichbare begrenzte Gesetzesübertretungen von weiten Teilen der Anhänger der FREIen HEIDe gemeinsam begangen werden. Es vergeht kein Monat ohne eine Aktion der BI. Diese gewaltfreie Widerstandskultur führte zur Stärkung der BI nach innen und außen. Hierzu leisteten die »Auswärtigen« ihren wohl größten Beitrag. Auch die Bundeswehr fürchtet die lokalpolitische Stärke der BI. Beispielsweise hatte der Platzkommandant eine

### *Kontakte*

*BI FREIe HEIDe:*
*Helmut Schönberg*
*Tannenstr.12*
*16909 Schweinrich*
*Tel: (033966) 60246, Fax: 60248*

*FREIe HEIDe Berlin:*
*Andreas Will*
*Fehrbelliner Str. 7*
*10119 Berlin*
*Tel: (030) 44 99 77 9*
*Fax: (030) 44 05 15 96*

### *Informationen*

*H. Nehls und S. Hoch, Hrsg.: »Buch der FREIen HEIDe«. Espresso Verlag Berlin 2000*

*Dem Militär den Boden entziehen! Für eine FREIe HEIDe! Beilage des Friedensforums 1996*

*Presseerklärung des BVerwG im Internet: www.bundesverwaltungsgericht.de (BVerwG 4 C 12 und 13.99)*

24-stündige Platzbesetzung der MusikerInnen-Initiative »Lebenslaute« und deren UnterstützerInnen nach einem klassischen Konzert am 6. August 2001 toleriert. Anfang November wurde ein angekündigtes Manöver mit 1.000 Soldaten nach anhaltenden Protesten und Blockadeandrohungen der BI kurzfristig abgesagt.

***Der Rechtsweg und die Urteile***

Am 22. Dezember 1993 übertrug das Bundesvermögensamt die Liegenschaft an die Bundeswehr. Fast gleichzeitig verschickte die Oberfinanzdirektion Cottbus Eigentumstitel an Gemeinden, Kirchgemeinden und einige Privatpersonen. Im Frühjahr 1994 reichten viele Anliegergemeinden, Kirchgemeinden und Privatpersonen gemeinsam eine Klage auf Unterlassung der militärischen Nutzung und Herausgabe des Eigentums beim Verwaltungsgericht Potsdam ein. Die Klagen der Privatpersonen, die sich auf das Recht der körperlichen Unversehrtheit beriefen, wurden abgewiesen. Die Klagen der Kirchgemeinden wurden vom Verwaltungsgericht Potsdam bereits zurückgestellt, bis in der Hauptsache entschieden sei. Als entscheidend wurden die Klagen der 14 Gemeinden angesehen, die sich auf das grundgesetzlich verankerte kommunale Planungsrecht beriefen. Sie bekamen in der ersten und zweiten Instanz recht, weil der Einigungsvertrag, auf den sich die Bundeswehr berief, keine expliziten Weiternutzungsrechte für Flächen der Alliierten vorsah. Die Bundeswehr müsse danach die Neueinrichtung des Truppenübungsplatzes im Rahmen eines förmlichen Planungsverfahren anstreben. Dennoch blieben die Urteile salomonisch, weil das Besitzrecht bei der Bundeswehr blieb. Damit bekamen die Gemeinden nicht die Möglichkeit, das Gelände zivil zu nutzen und selbst Fakten zu schaffen.

Das Bundesverwaltungsgericht folgte hinsichtlich der militärischen Nachnutzung nicht den Vorinstanzen. In der Begründung des Urteils heißt es: »Der Einigungsvertrag hat ... die Grundlagen dafür geschaffen, daß auch die Liegenschaften, die von den sowjetischen Truppen ... für militärische Zwecke genutzt worden sind, in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland übergegangen sind und für Zwecke der Bundeswehr weitergenutzt werden dürfen.« (Presseerklärung des BVerwG 14.12.2000)

Das eigentlich Überraschende aber war, daß die FREIe HEIDe trotzdem in den anderen Punkten recht bekam. Der Bundeswehr wurde der weitere militärische Übungsbetrieb rechtskräftig untersagt. Mit Bezug auf die Gemeinden heißt es weiter: »Ihre Betroffenheit und ihre planerischen Vorstellungen vor allem in Bezug auf die städtebauliche Entwicklung sind nicht ausreichend ermittelt und in die Abwägung eingestellt worden.« Die Entscheidung der Bundesregierung zum Truppenübungsplatzkonzept von 1992 sei eine planerische Entscheidung gewesen, die zu einer angemessenen Lastenverteilung und zum Erhalt der am besten geeigneten Standorte führen sollte. Eine Planung sei »auch unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen Betroffenheiten« zu führen.

Die Betonung der Verhältnismäßigkeit kann man nur so interpretieren, daß damit die politische Arbeit der BI FREIe HEIDe belohnt wurde. Das konsequente, aber gewaltfreie Einfordern der im Grundgesetz verankerten Gemeinde- und Persönlichkeitsrechte (Recht auf körperliche Unversehrtheit etc.) hat wohl auch die Richter beeindruckt und überzeugt. Auch das BVerwG drückte sich um eine klare Entscheidung herum. Einerseits hatte das BVerwG die Revision der Bundeswehr zurückgewiesen und jeglichen militärischen Übungsbetrieb untersagt. Andererseits wurde letztinstanzlich der Platz einer militärischen Nutzung gewidmet, d.h. als Truppenübungsplatz deklariert, ungeachtet der ungeklärten Eigentumsfragen und unter Berufung auf die Vornutzung. Damit hat das Gericht einen Präzendenzfall für alle Truppenübungsplätze der Allierten verhindert und sicherte der Bundeswehr für den Fall einer langandauernden Auseinandersetzung mit der BI das Hausrecht und damit einen weiten Gestaltungsspielraum. Die Bundesrepublik macht somit die stalinistischen Zwangsenteignungen der 50er Jahre und die Einrichtung des Bombodroms per Erlaß zum rechtmäßigen Vorgang.

Um hier für den Krieg üben zu können, muß die Bundeswehr ein förmliches Anhörungsverfahren durchführen. Besonders interessant daran ist, daß niemand weiß, was ein förmliches Anhörungsverfahren ist, da dieser Vorgang erstmalig ist. Hierbei handelt es sich nicht um ein Anhörungsverfahren im Rahmen der Raumordnungsplanung. Anhaltspunkte können der Urteilsbegründung des BVerwG entnommen werden. Darin wurden der Bundeswehr einige »Hausaufgaben« aufgegeben. Die Bundeswehr muß:

- begründen, warum sie das Bombodrom Wittstock zur Landesverteidigung braucht (Nur dann müßte eine Gemeinde die Bundesinteressen hinnehmen),
- die genauen Grenzen des Platzes festlegen,
- Eigentumsfragen an Grundstücken klären,
- den Umfang der Nutzung nennen,
- die Immissionsdaten nennen,
- Ansprüche an das Bauplanungsrecht der Gemeinden angeben,
- nachweisen, daß die Planung mit einer gerechten Lastenverteilung zwischen West und Ost vereinbar ist.

Hiervon sind insbesondere zwei Punkte wichtig, die Eigentumsfragen und der Nachweis des Bedarfs zur Landesverteidigung. Hinsichtlich der Eigentumsfragen ist ungeklärt, ob die Bundeswehr die sonstigen Eigentümer wird enteignen müssen – hierfür steht ihr wie keiner anderen juristischen Person das sogenannte Landbeschaffungsgesetz zur Verfügung – oder ob sie sich mit ihrer Anzweiflung der Rechtmäßigkeit der Rückübertragungen durchsetzen kann. Das Enteignen ist auch für die Bundeswehr im Osten politisch heikel. Der Nachweis, daß Wittstock zur Landesverteidigung benötigt wird, ist eine gesamtpolitische Angelegenheit. Hier ist offensichtlich, daß Wittstock Angriffskriegen und nicht der Verteidigung dient. Hinzu kommt, daß die Reduzierung der deutschen Luftwaffe seit Anfang der neunziger Jahre von 892 (mit

NVA) auf 506 Flugzeuge den Nachweis eines erhöhten Bedarfs erschwert.

Eine weitere Revision des Urteils ist nicht mehr möglich. Das Bundesgericht war die dritte und letzte Instanz. Obwohl die Gemeinden zum Sieger erklärt wurden, kann das Urteil, kritisch betrachtet, nicht als Sieg interpretiert werden. Immerhin ist mit dem Verbot der militärischen Nutzung die Inbetriebnahme des Bombodroms innerhalb weniger Jahre und ohne Rücksichten auf die föderale Struktur der Bundesrepublik untersagt worden. Die Gerichte haben das politische Problem grundsätzlich an die politische Ebene zurückgegeben. Damit kommt es jetzt vor allem auf das politische Kräfteverhältnis und das Durchhaltevermögen der BI FREIe HEIDe und anderer Einzelpersonen und Gruppen an.

***Ausblick***

Die zweite Halbzeit begann am 4. Dezember 2001, dem ersten Termin im Anhörungsverfahren. Die beim Anhörungstermin von der Bundeswehr vorgelegten 20 Seiten erscheinen wie ein Aprilscherz, und man ahnt, auf welch mühsame Auseinandersetzung die BI festgelegt wurde. Als kleines Beispiel sei hier das Gutachten zur Lärmbelastung durch den Übungsbetrieb erwähnt. Es besteht aus einer 4-seitigen Studie, in der auf der Grundlage von Angaben der Bundeswehr und des Umweltbundesamtes, mit Hilfe eines selbst entwickelten Programms (alles nicht frei zugänglich) Lärmbelastungen ausgerechnet wurden. Es wurden gewichtete Mittelwerte über einen Tag angegeben. Die Angabe der ebenfalls gesetzlich vorgeschriebenen Maximalwerte fehlt vollständig. Es wundert niemanden, daß der Mittelwert des Lärmpegels von 100 bis 200 Tornados im Abstand von einem Kilometer keinen höheren Mittelwert ergibt als eine Autobahn und doch wissen alle, daß man während der Übungen hundertmal am Tag einen Schrecken bekommt, von den Kindern ganz zu schweigen.

Ob die Bundeswehr sich hinsichtlich des Bombodroms in den nächsten Jahren durchsetzen kann, wird vom Engagement der Freundinnen und Freunde einer FREIen HEIDe abhängen, lokal und überregional. Viele in der BI FREIe HEIDe sind gern bereit, die Auseinandersetzung – jetzt mit besseren Aussichten als vorher – fortzusetzen, doch es kostet viel Kraft, erfordert zum Teil viel Fachwissen und viel Zeit.

*Roland Brinckmann und Andreas Will*


***illoyal***
Journal für Antimilitarismus

BISHER ERSCHIENEN:
Heft 0: Zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Sieben Jahre Kampagne *(vergriffen)*
Heft 1: Schöne neue Bundeswehr. Weltweit einsatzbereit *(vergriffen)*
Heft 2: Helm ab! Europa verweigert
Heft 3: TraditionsREICH. Militaristische Traditionen
Heft 4: Hang zum Zwang. Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär
Heft 5: Verstehen, vermitteln, versuchen. Zivile Konfliktbearbeitung
Heft 6: Innere Sicherheit
Heft 7: Frauen, Männer, Militär. Militär und Geschlechterverhältnis *(vergriffen)*
Heft 8: Ökologisch denken – europaweit handeln. Nato-Krieg in Europa
Heft 9: System Folter
Heft 10: Verweigern verboten! *(vergriffen)*
Heft 11: Antimilitarismus anderswo
Heft 12: Krieg wie geschmiert
Heft 13: Rüstungsexport
Heft 14: Nach der Reform ist vor dem Krieg
Heft 15: Bewegt, befreit, am Ende?
Heft 16: Vernichtung muß sein – Deutsche Rüstzeit
Heft 17: Nato-Herbst
Von Heft 2 bis 17 sind noch Einzelhefte lieferbar. Sie werden zum Einzelpreis von 1,50 Euro zuzüglich Porto abgegeben.

***Ja.*** Ich bestelle *illoyal.* Journal für Antimilitarismus

○ Heft ..... ..... Stück
○ Heft ..... ..... Stück
○ Heft ..... ..... Stück
○ Heft ..... ..... Stück
○ Heft ..... ..... Stück

○ Einen Verrechnungsscheck über Euro ..... habe ich beigelegt.
○ Ich habe Briefmarken im Wert von Euro ..... beigelegt.
○ Ich zahle per Rechnung.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen.)

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und an
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Kopenhagener Str. 71 · 10437 Berlin senden

# Innenansichten
## - Netzwerk Friedenskoop. -

## *Eine Adresse, an der vieles zusammenläuft*

Das Netzwerk Friedenskooperative ist oft wichtiger Knotenpunkt und Koordinierungsstelle für außerparlamentarische Aktion und »Politik von unten«. Immer wieder geht es um Widerstand gegen Krieg und Militär, Vorschläge und Projekte Ziviler Konfliktbearbeitung, Solidarität mit Flüchtlingen und um Menschen- und Bürgerrechte. Hauptaufgabe ist Information und Vernetzung. Bis zum Regierungsumzug wurden »nebenbei« vom in Bonn ansässigen Büro der Friedenskooperative auch die Großdemonstrationen mit etwa 200.000 Menschen auf dem »Bonner Hofgarten« organisiert, z.B. zum Golfkrieg 1991 oder in der Asyldebatte 1992/93 sowie etliche kleinere Aktionen oder »Belagerungen« des damals durch eine weitläufige Bannmeile geschützten Bundestages am Rhein.

Hervorgegangen ist das Netzwerk Friedenskooperative aus dem »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« der achtziger Jahre. In der damaligen Raketendebatte hatte das bewegungspolitisch peinlichst austarierte Gremium aus 30 bundesweiten Organisationen die Großaktionen verantwortet. Als Ende der achtziger Jahre auch in der Bundesrepublik Zentralkomitees nicht mehr populär waren, die Großaktionen immer kleiner wurden und sich die Arbeit der Organisationen und Initiativen in der Friedensbewegung diversifizierte, zog »der KA« für sich selbst die Notbremse der Selbstauflösung. Bleiben sollte aber die gewachsene Kommunikationsstruktur zwischen bundesweiten und lokalen Gruppen, ein Service-Büro dafür und für das früher vom KA, inzwischen von einer unabhängigen Redaktion herausgegebene friedenspolitische Magazin »FriedensForum«. So wurden die 30 Organisationen Gründungsmitglieder des »Netzwerks Friedenskooperative«.

Anders als das frühere Gremium beschließt die Friedenskooperative nicht über Aktionen oder Stellungnahmen, sondern hält als eine der bundesweiten Vernetzungsstrukturen einen Diskussions- und Informationsaustausch aufrecht, dient als Koordinierungsstelle für gemeinsame Aktivitäten verschiedener Gruppen und leistet vor allem »Service« für Aktive und Interessierte. Das sechs mal jährlich erscheinende Magazin »FriedensForum« spiegelt alle Aktivitäten und Diskussionen wider und setzt eigene wechselnde Schwerpunktthemen.
Arbeitsgruppen im Netzwerk oder Bündnisse aus verschiedenen Organisationen führten und führen (eigenständig, aber oft vom Bonner Büro koordiniert) Kampagnen zu bestimmten Themenbereichen durch, versuchen »Lobbyarbeit« gegenüber Regierung und Bundestag, erstellen Informationsmaterialien oder veranstalten Treffen, Konferenzen oder Demonstrationen. Hervorzuheben sind hier die bereits langjährig arbeitende Kampagne »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!«, die Friedenskampagne Türkei/Kurdistan und die stetige Arbeit gegen Einsätze der Bundeswehr in aller Welt – die jetzt in die Aktivitäten gegen den weltweiten »Krieg gegen den Terrorismus« aufgeht – und die Propagierung der von den Regierungen so sträflich vernachlässigten Mittel der Zivilen Konfliktbearbeitung. Die vielen Aktivitäten zur Stärkung der Zivilgesellschaft und für den Wiederaufbau in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens waren in den neunziger Jahren dafür ein wichtiges Beispiel, über das die Friedenskooperative in einer Broschüre (und im Internet) informierte. Die Friedenskooperative arbeitet eng mit den Initiativen gegen Rüstungsexporte sowie mit Menschenrechtsorganisationen, antirassistischen Gruppen, Flüchtlingsinitiativen und Umwelt- sowie Anti-AKW-Gruppen zusammen – selbstverständlich auch mit den Kampagnen zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Zwangsdienste. Engagement gegen menschenrechtswidrige Abschiebungen ist im Netzwerk Friedenskooperative ebenso wichtig wie der Einsatz für die Stillegung aller Atomanlagen und eine entsprechende radikale Wende in der Energiepolitik und der beständige Widerstand gegen die Militarisierung der Politik. Und auch die Themen »Innere (Un-)Sicherheit« und Gefährdung der BürgerInnenrechte durch wieder polizeistaatlich agierende Ordnungspolitiker war im Netzwerk – auch im persönlichen Engagement der Büromitarbeiter beim Komitee für Grundrechte und Demokratie und beim »Bonner Forum BürgerInnen und Polizei« – auch schon vor den jetzigen Otto-Katalogen zur Terrorbekämpfung zentral.

Weltweite Abrüstung der Atomwaffen und die Etablierung einer Nuklearwaffenkonvention zu deren völkerrechtlichem Verbot statt der Entwicklung von Mini-Nukes für gezielte atomare Schläge, Überwindung der Grenzen statt Abschottung Kerneuropas, Strukturen gemeinsamer Sicherheit statt Nato-Osterweiterung, eine freiheitliche, solidarische, multikulturelle Gesellschaft statt Abbau von Bürgerrechten, Aufkündigung des Sozialstaats und Diskriminierung hier lebender AusländerInnen – diese Themen gehören in der täglichen Arbeit eng zusammen und sind innerhalb vieler praktischer Projekte, Kampagnen und Aktionen gar nicht abstrakt. Ein umfangreiches Informationssystem über all diese Themen (natürlich auch über »Terror und die Folgen«) und über Initiativen, Veranstaltungen und Aktionen hat das Netzwerk auch im Internet aufgebaut. Der Veranstaltungskalender umfaßt pro Jahr mehr als 2.000 Termine und ist für viele Gruppen und Journalisten der wichtigste Service. Über die Termin-Suchmaschine kann mensch dort

***Kontakt***

*Netzwerk*
*Friedenskooperative*
*Römerstr. 88*
*53 111 Bonn*
*Tel.: 02 28 / 69 29 04*
*Fax: 02 28 / 69 29 06*
*E-Mail:*
*friekoop@bonn.comlink.org*
*www.friedenskooperative.de*

*Spenden an den*
*»Förderverein Frieden e.V.«*
*Kto. 33035*
*bei der Sparkasse Bonn*
*(BLZ 38050000)*
*oder*
*Kto. 457876-500*
*bei der Postbank Köln*
*(BLZ 37010050)*

*Netzwerk Friedenskooperative gibt auch die Zeitschrift »FriedensForum« heraus.*

recht zielgenau recherchieren und auch die eigenen Aktionen und Veranstaltungen selbst eintragen. Für die inhaltliche Recherche zu Themen, Fakten und Meinungen wird jetzt ein ähnliches datenbankgestütztes System aufgebaut.

Von seiner Geschichte her ist die schon von ihrer Informationsaufgabe her nicht »organisationsegoistische« Friedenskooperative immer noch eine gute Adresse für Bündnisarbeit zwischen verschiedenen Organisationen – auch aus verschiedenen Themenbereichen der sozialen Bewegungen – und kann durch die vielen Verbindungen zu lokalen Gruppen auch von dort vieles aufgreifen, weitergeben und zur Verfügung stellen. Und manches Projekt kann über das Netzwerk initiiert werden. Eine der mit weit über 20.000 Unterschriften erfolgreichsten Initiativen gegen Krieg als Antwort auf die Terroranschläge wurde von der Friedenskooperative gemeinsam mit etlichen Organisationen sofort nach dem 11. September 2001 gestartet. Die Kampagne »Die Gewaltspirale durchbrechen« erhielt so großen Zuspruch, daß die doch geringen Kapazitäten im Bonner Büro ohne die tatkräftige Hilfe von attac und der Umweltwerkstatt Verden zusammengebrochen wären.

Für die Friedenskooperative wie die Gruppen und Organisationen der Friedens-, Bürgerrechts- und Anti-Globalisierungsbewegung ergeben sich durch den voraussichtlich lang anhaltenden weltweiten »Krieg gegen den Terrorismus« mit wechselnden Schauplätzen viele neue Fragen nach den politischen Prioritäten und Positionen wie den Bedingungen der Arbeit. Schon die Vorbereitung der gemeinsamen Demonstrationen vom 13. Oktober in Berlin und Stuttgart haben gezeigt, daß auch an friedenspolitischen Bündnissen – zumal für größere Aktionen in der Hauptstadt – neu »gestrickt« werden muß. Daran wird sich die Friedenskooperative aktiv beteiligen. Ein kleiner Schritt sind die vom Netzwerk und anderen initiierten Treffen von Organisationen in Hannover, die im Januar 2002 fortgeführt werden.

Das Netzwerk Friedenskooperative finanziert sich ausschließlich aus Förderbeiträgen von Mitglieds- bzw. befreundeten Gruppen, Abozahlungen, Verkauf des Magazins »FriedensForum« und Informationsmaterialien sowie den Spenden von Menschen, die unsere Arbeit oder einzelne Projekte wichtig finden. Es gibt keine Zuschüsse aus staatlichen Mitteln, keine vierstelligen Beträge von irgendwelchen Parteien oder Großorganisationen. Dies ist von großem Vorteil für die Unabhängigkeit der Arbeit, hat aber auch Schattenseiten.

*Manfred Stenner*


# Bürgerrechte & Polizei

Berichte, Analysen, Nachrichten zu den Themen Polizei, Geheimdienste, Politik „Innerer Sicherheit" und Bürgerrechte

**Schwerpunktthemen (Auswahl)**

Cilip 70 (3/2001): Terrorismusbekämpfung – alte und neue Irrwege
Cilip 69 (2/2001): Polizei und Strafverfolgung in der EU
Cilip 68 (1/2001): Staatsgewalt gegen rechts?
Cilip 67 (3/2000): Polizeiübergriffe – Polizeikontrolle
Cilip 66 (2/2000): Bürger – Nachbarn – Kontrolleure
Cilip 65 (1/2000): KriminalisierungvonAusländerInnen
Cilip 64 (3/1999): „Community Policing"
Cilip 63 (2/1999): Jugend – Kriminalität – Polizei
Cilip 62 (1/1999): Polizeien des Bundes
Cilip 59 (1/1998): Europas neue Grenzen

Einzelheft: 14 DM (Personen) • 21 DM (Institutionen)
Jahresabo (3 Hefte): 36 DM (Personen) • 63 DM (Institutionen)
Alle Preise inkl. Porto • Bitte fordern Sie ein Verzeichnis der lieferbaren Hefte an!

Bürgerrechte & Polizei/CILIP • c/o FU Berlin • Malteserstr. 74-100 • 12249 Berlin
Telefon: (030) 838-70462 • Telefax: (030) 775 10 73 • vertrieb@cilip.de • www.cilip.de

# Innenansichten
## - Kampagne Potsdam -

## *Preußenjahr 2001 – Ein Reinfall geht baden*

Das Jahr 2001 ist nicht nur durch den Science-Fiction-Klassiker von Stanley Kubrick bekannt. Es hat auch seine Anhänger unter den Rückwärtsgewandten, die statt in die Zukunft lieber in die Vergangenheit schauen. Sie stehen eher auf den Alten Fritz, und düstere Zukunftsvisionen lassen sie völlig kalt. Deshalb wandten sich die Preußen-Fans auch frohgemut und optimistisch diesem Jahr zu, denn es ist auch das Jubiläumsjahr der Selbstkrönung Friedrichs I. vor genau 300 Jahren. Und das sollte gefeiert werden, sollte der Anfang einer Preußen-Renaissance sein, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Die preußischen Werte und Tugenden werden ja in unserer Zeit um so mehr gebraucht.

Was wurde angekündigt, was wurde versprochen, wie hatten wir uns schon gefreut! Und ach, doch alles vergebens, nichts von alledem. Preußen bleibt eben doch Scheiße.

Noch im Jahr 2000 fanden sich Euphoriker im Verein »300 Jahre Preußen« unter dem Logo des stolzen Adlers, der selbst der Sonne trotzt, zusammen, um das Festjahr mit Hunderten von Veranstaltungen zu begehen. Vereinsvorsitzender Markus Wilhelmy, der kürzlich gerade die Bombardierung von Coventry durch die Wehrmacht 1940 als legitim und die Bombardierung Potsdams 1945 durch Briten und Amerikaner als terroristischen Akt bezeichnete, wurde nicht müde, Preußen als Vorbild des Landes Brandenburg heute darzustellen. Die Bevölkerung müsse endlich wieder eine Identität erhalten.

Doch Undank ist der Welt Lohn. Obwohl sich die Preußen-Fans mit etlichen Veranstaltungen mühten, blieb die Begeisterung in der identitätslosen Bevölkerung doch sehr verhalten. Schon im Vorfeld des Jubiläums hatte die Stadtverwaltung versichert, mit dem Verein »300 Jahre Preußen« habe man nichts zu tun. Der Start ins Preußenjahr begann dann auch gleich mit der Absage des für den Januar großmäulig angekündigten »Krönungsumzuges«, der eigentlich 500 Traditionalisten vereinen sollte.
Dann gab es die Umfrage der Berliner Tourismusmarketinggesellschaft zur Vermarktbarkeit Preußens. Das Ergebnis war vernichtend: Im Ausland steht Preußen für Bürokatie, Militär und Kleingeist. Ähnlich sah es im außerpreußischen Bereich des Bundesgebietes aus. Die Empfehlung lautete, auf die Werbung mit Preußen zu verzichten.
Auch die Bundesgartenschau in Potsdam hatte genug Selbsterhaltungstrieb, auf preußische Attribute zu verzichten. Nicht einmal die »Hauptattraktion« Potsdams, die Langen Kerls, spielten eine Rolle, durften aber immerhin bei 2 bis 3 Prominentenbesuchen unbeachtet als Kulisse herumstehen, was in der Blütenpracht durchaus seinen Charme hatte. Ansonsten ging es auf dem Haupt-Event des Jahres in der Ex-Sommerresidenz der ganz Großen Preußens bei süddeutscher Volksmusik und Thüringer Rostbratwurst erfrischend unpreußisch zu. Das Konzept der Konversion ging voll auf: genauso wie die BuGa aus einem Militärübungsplatz ein florale Rentnerfalle zauberte, machte sie das ureigenste Gebiet für eventuelle Preußen-Jubiläums-Exzesse zur Flower-Power-Zone. Von 300 Jahren Selbstkrönungs-Euphorie war in der brandenburgischen Landeshauptstadt nichts zu bemerken. Statt dessen Blumenkübel überall, über denen »Froschkönig Fritz« sein Zepter schwang.

Verschiedene Protagonisten versuchten, in den Medien das Thema zu propagieren, doch auch dies schlug fehl. Statt Preußens Glanz und Gloria bestimmten Kindesentführungen, Luder-Sommer und internationale Terrororganisationen die Agenda. Selbst der Ober-Preuße Schönbohm war thematisch so durch seine Tätigkeit als Innenminister eingebunden, daß er sich öffentlich statt mit Toleranz und Pflichtbewußtsein mit Maden in der Verpflegung der GesetzeshüterInnen zu beschäftigen hatte. Die Öffentlichkeit ist offensichtlich einfach noch nicht reif genug für Preußen.

Dafür nutzte die Preußen-Gegnerschaft die Gunst der Stunde, und das Antipreußentum feierte fröhliche Urständ. Am 25.2.2001 wurde feuchtfröhlich die Auflösung des Staates Preußen durch die Alliierten gefeiert. Wenig später zogen aufgeputschte Volksmassen unter dem Motto »Preußen bleibt Scheiße« demonstrierend durch die Straßen Sanssoucis. Die musikalische Botschaft des Glockenspiels der Garnisonkirche wurde verhöhnt durch ein »Blasglockenspiel« für mehrere Sänger und Chöre, die unpreußischstes Liedgut zum besten gaben. Insgesamt waren die Gegenveranstaltungen der Preußenkritischen gut besucht und sorgten für eine Atmosphäre, die jegliche Majestät einer festlichen Stimmung von vornherein ad absurdum führte.

Das Fazit des »Preußenjahres 2001« kann daher nur lauten: Wiederbelebungsversuch gescheitert! Der preußische Kadaver modert schon zu lange vor sich hin, als daß er noch irgend jemanden heutzutage vom Hocker reißen könnte. Das Volk ist preußenunwillig, wenn nicht sogar antipreußisch eingestellt und hat keinen Bock auf Sekundärtugenden und Identität. Und das ist gut so!

*Falk Richter*


***Kontakt***

*Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam*
*Lindenstr. 53*
*14467 Potsdam*

*Tel. 03 31 / 280 50 83*
*Fax 03 31 / 270 87 28*

*E-Mail: potsdam@Kampagne.de*

# Service

## *Aktuelle Änderungen im Wehrpflichtgesetz*

Am 01.01.2002 trat das »Gesetz zur Neuausrichtung der Bundeswehr« in Kraft. Dieses »Artikelgesetz« umfaßt die Änderung von neun Gesetzen, um den Dienst in der Bundeswehr einerseits attraktiver zu gestalten und andererseits, unter anderem durch Personalreduzierung, die Grundlage für die neuen Aufgaben der Bundeswehr zu schaffen. Darin eingebettet sind Änderungen des Wehrpflicht- und des Zivildienstgesetzes, die im weiteren vorgestellt werden.

*Grundlage der Änderungen: Gesetzbeschluß des Deutschen Bundestages, Drucksache 910/01, vom 09.11.01, Vorlage für den Bundesrat, »Gesetz zur Neuausrichtung der Bundeswehr (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz – BwNeuAusrG)«*

***Grundwehrdienst***

Der Schwerpunkt der Änderungen des Wehrpflichtgesetzes ist die Verkürzung des Grundwehrdienstes von zehn auf neun Monate. Diese Dienstzeit kann je nach Bedarf der Streitkräfte zusammenhängend oder in Abschnitten geleistet werden. Der bisherige abschnittsweise Grundwehrdienst aus Härtegründen (saisonale Gründe wie z.B. Erntezeiten von Bauern oder Winzern) und die Möglichkeit, über den Grundwehrdienst hinaus freiwillig zusätzlichen Wehrdienst bis zu einer Gesamtdauer von 23 Monaten zu leisten, bleiben unberührt. Die Verfügungsbereitschaft, der die Wehrpflichtigen bisher grundsätzlich im Anschluß an den Grundwehrdienst für zwei Monate unterlagen, fällt ersatzlos weg. Zu den Einberufungsgrundsätzen bei der Bundeswehr zählt weiterhin, daß alle Abiturienten und Fachhochschulabsolventen, unabhängig von ihrem Tauglichkeitsgrad, noch im Jahr ihres Abschlusses einberufen werden sollen.

Neu eingeführt wird die Möglichkeit einer »bedarfsgesteuerten Ableistung« des Wehrdienstes in Abschnitten. Das bedeutet: Wenn die Truppe Bedarf anmeldet, kann ein Wehrpflichtiger mit seiner Zustimmung statt eines zusammenhängenden Wehrdienstes von neun Monaten, zu Wehrdienst in mehreren Abschnitten einberufen werden. Die neun Monate werden aufgesplittet in einmal sechs Monate plus drei Monate oder einmal sechs Monate plus zweimal sechs Wochen. Es wird hierfür nur einen Einberufungsbescheid geben. Diese Regelung dient dazu, zu verhindern, daß Wehrpflichtige nach den ersten sechs Monaten den Restgrundwehrdienst verschleppen und dadurch gänzlich vermeiden können. Sie müssen den abschnittsweisen Wehrdienst »W9 A« bis zum 25. Geburtstag abgeleistet haben. Jedoch sind die Aussichten für die Praxis bei dieser bedarfsgesteuerten Einberufung miserabel. Bei einer Befragung von 150.000 Wehrpflichtigen im vergangenen Jahr haben sich nicht einmal 1.000 Personen für eine solche Regelung interessiert, das sind weniger als 6,5%.

***Musterung***

Laut Bundesministerium der Verteidigung wird wegen der künftig höheren Anforderungen an die Wehrpflichtigen der Verwendungsgrad T7 bei der Musterung gestrichen. Bereits seit einem Jahr wurden T7- Gemusterte nicht mehr einberufen. Ab 2002 können potentielle Wehrpflichtige bereits mit 161/2 Jahren gemustert werden. Dies soll dazu führen, daß mehr Wehrpflichtige von der Möglichkeit Gebrauch machen, bereits als Minderjährige mit Einverständnis der Eltern ihren Grundwehrdienst ableisten. Die Bundeswehr setzt also vermehrt auf Kindersoldaten, die leichter als ältere Wehrpflichtige zum Soldaten umerzogen werden können. Konkret erhofft man sich dadurch mehr Freiwillige, die an Stelle einer regulären Berufsausbildung die Ausbildung zum Töten als zukünftige Zeit- oder Berufssoldaten anstreben. Die offizielle Begründung lautet jedoch, daß dadurch den jungen Wehrpflichtigen zwischen Schule und Ausbildung weniger Wartezeiten entstehen sollen.
Eine weitere Änderung in der Musterungsverordnung betrifft die zweiwöchige Vorladungsfrist zur Musterung. Diese wird aufgehoben und ermöglicht es den Wehrersatzbehörden, unwillige Musterungsverweigerer direkt nach verstrichenem Musterungstermin ohne Gnadenfrist erneut zu laden.
Eine weitere nachhaltige Verschlechterung betrifft den Wegfall der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen gegen einen Tauglichkeitsüberprüfungsbescheid. Trotz eines Widerspruchs gegen den Musterungsbescheid bei einer erneuten Musterung ist der betroffene Wehrpflichtige in Zukunft einberufbar. Laut BMVg ist der Ausschluß der aufschiebenden Wirkung bei einem Widerspruch gegen einen Tauglichkeitsüberprüfungsbescheid erforderlich, weil es bisher möglich war, auch durch eigentlich unbegründete Widersprüche eine Einberufung für die Dauer des Widerspruchsverfahrens zu verhindern. Die Maßnahme dient dazu, Wehrpflichtige, die mit Hilfe dieses Tricks die Wehrpflicht vermeiden wollen, einberufen zu können.

Positiv ist der Wegfall der Antragsfrist, Zurückstellungs- oder Befreiungsgründe innerhalb von drei Monaten nach ihrem Eintreten geltend zu machen. Ausnahmen stellen die Gründe dar, die bereits vor der Bestandskraft des Musterungsbescheids eingetreten waren.

***Katastrophen- und Zivilschutz***

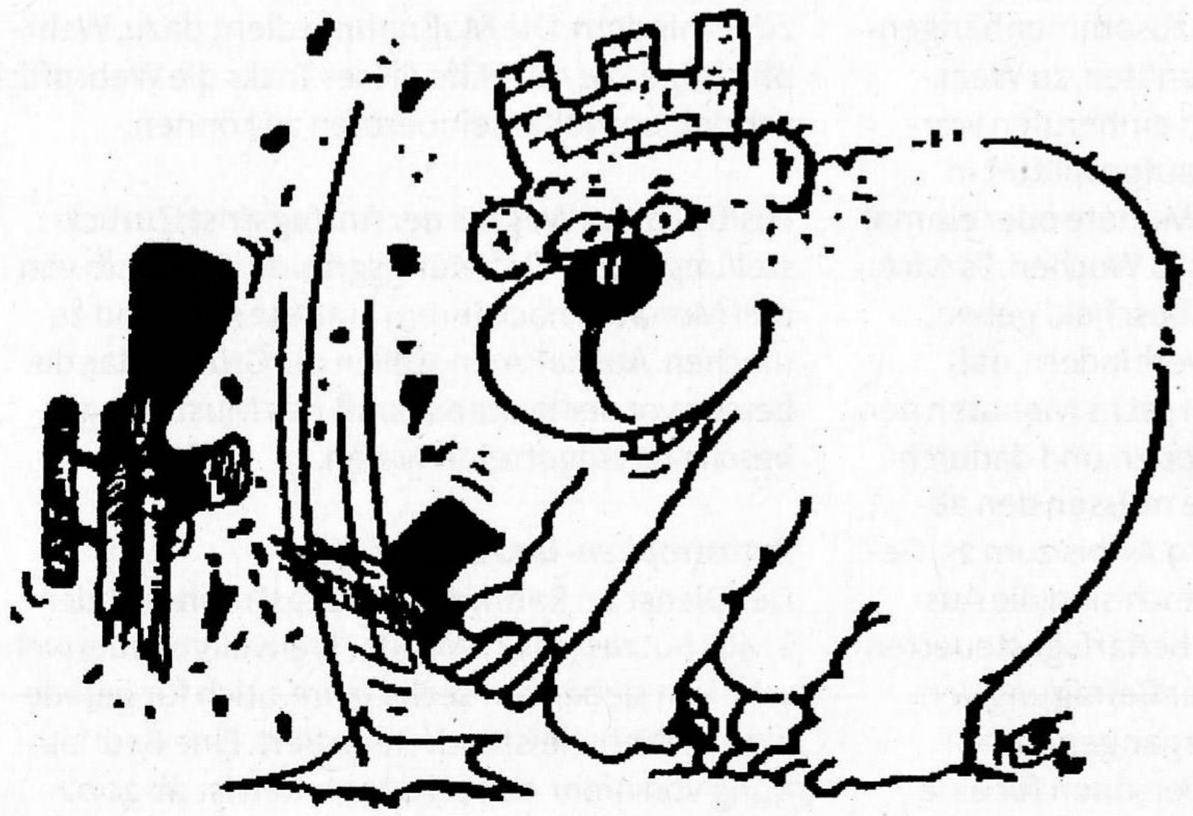
Der Dienst im Rahmen des Katastrophen- oder Zivilschutzes (z.B. THW oder Freiwillige Feuerwehr) wird von sieben auf sechs Jahre, auch für gerade aktuell Dienstleistende, reduziert. Eine Beurlaubung von mehr als sechs Monaten ist ab 2002 unschädlich für die Verpflichtung und führt nicht mehr zum Rausschmiß, da in solchen Fällen der

Verfügungszeitraum entsprechend verlängert wird. Katastrophenschützer unterliegen ab 2002 der Wehrüberwachung, das bedeutet, daß sie trotz ihrer Verpflichtung gemustert und eingeplant werden können. Über eine administrative Regelung soll es in Zukunft Wehrpflichtigen trotz laufendem Einberufungsverfahren ermöglicht werden, eine Verpflichtung im Katastrophenschutz einzugehen. Dies war zumindest offiziell bisher nicht der Fall.

***Zivildienst***

Die Änderungen des Zivildienstgesetzes werden analog denen des Wehrpflichtgesetzes durchgeführt. Der Zivildienst wird von elf auf zehn Monate reduziert und ist weiterhin noch einen Monat länger als der Grundwehrdienst. Es besteht ebenfalls wie im Grundwehrdienst die Möglichkeit, Zivildienst abschnittsweise zu leisten. Jedoch ergibt sich in der Praxis das Problem, daß kein Träger des Zivildienstes darauf erpicht ist, gestückelte Zivistellen anzubieten. Die meisten Träger beschweren sich seit Jahren über die fortwährenden Verkürzungen im Zivildienst und denken an Stellenabbau. Faktisch werden Zivis wohl kaum eine Stelle finden, die ihnen den abschnittsweisen Zivildienst ermöglicht.

Darüber hinaus steht in Aussicht, daß im Jahr 2002 ein Gesetz verabschiedet wird, in dem das »Freiwillige Soziale Jahr« und das »Freiwillige Ökologische Jahr« unter dem neu geschaffenen § 14 c ZDG als Möglichkeit der Dienstpflichterfüllung festgeschrieben werden. Zusätzlich werden die Einsatzmöglichkeiten auf den außerschulischen Jugendbildungsbereich, Sport und Kultur erweitert. Einsätze von Kriegsdienstverweigerern werden in den neuen Bereichen auch international möglich. Die Dauer des Dienstes soll flexibel zwischen mindestens zwölf und 18 Monaten liegen. Weil die Beschäftigungsstellen ein Kopfgeld pro Zivi in Höhe von 421,50 DM im Monat erhalten sollen, ergibt sich eine Konkurrenz gegenüber den nicht wehrpflichtigen Freiwilligen. Dieses Gesetz soll zum 01.08.2002 in Kraft treten. Es soll dann auch möglich sein, bereits mit 16 1/2 Jahren einen KDV-Antrag zu stellen.



Weiterhin gibt es Überlegungen, ob in Zukunft alle Kriegsdienstverweigerungsverfahren durch das Bundesamt für den Zivildienst bearbeitet werden sollen. Bisher werden die Verfahren von Vorbenachrichtigten, Einberufenen, Soldaten und Reservisten von den »Ausschüssen für Kriegsdienstverweigerung« im zuständigen Kreiswehrersatzamt bearbeitet. Ob sich daraus eine positive Wirkung für die Betroffenen ergibt, ist noch nicht abzusehen.

Im Bundesamt für den Zivildienst geht man davon aus, daß auch in Zukunft jeder anerkannte Kriegsdienstverweigerer einberufen werden kann. Zur Ableistung des Grundwehrdienstes hingegen werden nach den Berechnungen der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär immer weniger Wehrpflichtige benötigt. Daraus ergibt sich eine eklatante Ungleichbehandlung von Wehrpflichtigen, die als Kriegsdienstverweigerer anerkannt sind und solchen, die als Soldaten Grundwehrdienst leisten sollen.

Ein weiteres Beispiel dieser gesetzeswidrigen Ungleichbehandlung ist die immer noch längere Dienstzeit für Zivis, die keinesfalls zu rechtfertigen ist. Noch deutlicher wird diese Ungleichbehandlung bei einer Sonderregelung für die Übergangszeit bei der aktuellen Wehrpflichtverkürzung. So können derzeit Grundwehrdienstleistende, die ursprünglich für zehn Monate einberufen waren und deren Dienstzeit automatisch auf neun Monate verkürzt wird, freiwillig weiterhin zehn an Stelle von neun Monaten Wehrdienst leisten und Zivildienstleistende, elf an Stelle von zehn Monaten Zivildienst leisten. Grundwehrdienstleistende erhalten für den zehnten Monate einen Zuschlag von DM 1.200 sowie eine anteilige Erhöhung des Entlassungsgeldes. Zivildienstleistende erhalten für den freiwillig länger abgeleisteten Zivildienst keinerlei Vergünstigung. Als Antwort auf das neue Gesetz fordern wir die sofortige Abschaffung der Wehrpflicht und eine langfristige Reduzierung der Bundeswehr auf Personalstärke Null.

*Michael Behrendt*

# Service

## Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin
Tel. 0 30 / 44 01 30-0 · Fax 0 30 / 44 01 30-29
E-Mail: info@kampagne.de · www.kampagne.de
Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30
Information für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer, Soldaten, Reservisten und alle anderen Wehrpflichtigen: nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde: freitags 17.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung: freitags 16.30 (Bitte anmelden!)

## Adressen

Es gibt bundesweit zahlreiche Anlaufstellen. Wer eine aktuelle Adresse sucht, wende sich bitte an die Berliner Kampagne. Dort wird gern Kontakt vermittelt zu: Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit, TKDV-Anlaufstellen, Rechtshilfefonds, Schwulen Kriegsdienstgegnern und Zivildienstberatung.

## Bücher und Broschüren

anti wehrpflicht broschüre *von Michael Behrendt und Matthias Mücke, Standard-Ratgeber für alle Fragen der Wehrpflicht herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Neuauflage erscheint aufgrund der Tatsache, daß die Bundesregierung die Verabschiedung der Wehrrechtsneuregelung bis zur 51. Kalenderwoche verzögert hat, erst 2002.*

Nix wie raus – Kriegsdienstverweigerung für Soldaten und Reservisten *von Michael Behrendt, Klaus Dieter Meyer, Ralf Siemens, Herausgeber und Verlag Mit und gegen die Wehrpflicht, Berlin 2000, 64 S. DM 5,00*

Totalverweigerung – eine Streitschrift für die Totale Kriegsdienstverweigerung *von Christian Herz herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, 5. Auflage, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1995, 227 S., DM 13,00*

Askerligi Reddedelim – Kriegsdienste verweigern! Ratgeber für türkische Staatsangehörige und für deutsch-türkische Doppelstaater *von Christian Herz und Mustafa Ünalan, zweisprachig türkisch-deutsch, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 52 S., DM 3,00*

Auf keinen Fall zum Bund! Gespräche mit ratsuchenden Wehrpflichtigen *Redaktion: Ulrich Hesse, Herausgabe, Verlag und Vertrieb: Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin 1998, 50 S., DM 4,00*

## Termine

***31.Januar 2002 – 01.Februar 2002 Brussels (B)***
*International Conference of the European Network for Peace and Human Rights, at the European Parliament in Brussels*
Kontakt: Betrand Russell Peace Foundation
Tel.: +44/115/9784504
E-Mail: elfeuro@compuserve.com
www.russfound.org

***02.Februar 2002 München***
*12.00 Uhr Demonstration (Start: Marienplatz) zum Tagungsort des Nato-Gipfeltreffens: »Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik«*
Kontakt: Claus Schreer
E-Mail: smash_rasism@hotmail.com
www.buendnis-gegen-rassismus.de

***04.Februar 2002 Hamburg***
*20 Uhr, Hamburger Institut für Sozialforschung »Zwischen den Fronten. Die Zivilbevölkerung und der Krieg der Wehrmacht gegen die Partisanen in der Sowjetunion« mit Peter Klein*
Kontakt: Hamburg Institut für Sozialforschung
Tel.: 040/414097-0 · E-Mail: presse@his-online.de
www.his-online.de

***17.Februar 2002 Berlin***
*17 Uhr, Akademie der Künste, Hanseatenweg 10 Verleihung des »Friedensfilmpreises 2002« bei der Berlinale*
Kontakt: IPPNW · Tel.: 0 30 / 6 93 02 44
E-Mail: gorges@ippnw.de · www.ippnw.de

***01. – 03. März 2002 Bad Boll***
*Tagung »Die Kriege der Zukunft. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung« in der Ev. Akademie Bad Boll*
Kontakt: Ohne Rüstung Leben (ORL)
Tel.: 0711/608396 · E-Mail: orl@gaia.de
www.dfg-vk.de/orl/index.htm

***31. März 2002 14 Uhr 14 Fretzdorf / Kirche***
*Osterspaziergang für die FREIe HEIDe*
Kontakt: BI Freie Heide
Tel. 03 39 31 / 23 38 · www.freieheide.de

***14. – 16.Juni 2002 Erfurt***
*(Jahres)Tagung »Atomwaffen abschafffen« Augustinuskloster*
Kontakt: Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen«, Roland Blach
Tel.: 0 71 54 / 2 20 26 · E-Mail: roblach@s.netic.de

**Absender: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. ·**
**Kopenhagener Str. 71 • 10437 Berlin**
**Postvertriebsstück • Entgelt bezahlt • VKZ: A 45596**

# KEINE GEFAHR FÜR BIN LADEN, SONDERN...

**»Bin Laden umgibt sich mit einem Schutzkräfte-Kordon
von bestimmt hundert bis zweihundert Mann, die alle bereit sind, bis zum letzten Blutstropfen
zu kämpfen. Spezialkräfte kommen leicht bewaffnet, es würde ein Blutbad geben.
Keine Spezialeinheit der westlichen Welt könnte einem solchen Einsatz zustimmen.
Wir entschließen uns immer erst zum Zugriff, wenn wir bei der Risikoanalyse
eine 90-prozentige Erfolgsquote ansetzen können.
Denn selbst wenn Spezialkräfte-Operationen bis zum letzten Griff minutiös geplant werden,
bleibt immer noch ein unproportional hohes Risiko.«**

***(KSK-Kommandeur Reinhard Günzel
im Interview mit Spiegel-Online – 21. September 2001)***

# ... EIN FALL FÜR DIE FEUERWEHR

**KSK-Soldaten sind »die besten Soldaten Deutschlands, vielleicht sogar die besten der Welt.
Die gehen, wenn es sein muss, auf den Himalaja, weil sie brennen.«**

***(KSK-Kommandeur Reinhard Günzel
laut Morgenpost vom 08. November 2001)***

**EIGENTUMSVORBEHALT:**
Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.
ISSN 1434-2871